

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin

27. Kammer

VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7

10557 Berlin

Velbert, 21.Dez.2017

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11

Berlin

Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen

politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer

Ausuferung staatlicher Übergriffe

nach einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit

verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000

und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster

Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie

ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche

Diskriminierung) und

nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,

Am Buschkamp 10, 42549 Velbert

(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Geschädigter)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,

vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses

vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557

Berlin (Beklagte)

Hier: Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz &

Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale

Evolution

Fortsetzung durch Stellungnahme mit fortlaufender Nummerierung:

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.

Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert

Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“

„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“

„Von den USA abgehängt“

Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa

Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)

Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)

Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt

Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018. Weil kein Innovationswachstum aus

Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!

**System Deutschland ein Sanierungsfall?
Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?**

Deutscher Staat, Deutscher Bundestag, Deutsche Justiz, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk sind ausführlichst informiert. Zum Beispiel:

Mit Schriftsatz vom 29.01.2011 schrieb das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und jetzt Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems im Rahmen seiner Petition an den Deutschen Bundestag: An

Frau Monika Piel, ARD-Vorsitzende und Intendantin des WDR

Herrn Prof. Markus Schächter, Intendant des ZDF

Herrn Dr. Willi Steul, Intendant des DEUTSCHLANDRADIO

Herrn Ruprecht Polenz, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats

„Petition Pet 1-17-09-703-005442 Velbert, 29.01.2011

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Sehr verehrte Frau Piel, sehr geehrte Herren,

Wie ist es möglich,

> **dass** mit einer folgenschweren UMTS-Auktion 2000 Existenz-Grundlagen vernichtet werden,

> **dass** die Innovationsfähigkeit einer führenden Zukunftsbranche (Punkt 25 der Petition) begraben wird,

> **dass** ein Unternehmens-Genozid (Punkt 12 der Petition) ausgelöst wird,

> **dass** ein Jahrhundert-Desaster zum Schaden von Deutschland (Punkt 35 der Petition) veranstaltet wird,

ohne dass sich jemand darüber wundert? Das System Deutschland mit seinem Grundgesetz ist ein Sanierungsfall, weil es die Sensibilität für solche Schadensdimensionen verloren hat, weil Menschen dieses Landes trotz ihrer

Grundrechte darunter zu leiden haben, ohne dass sie sich wehren können und konnten. Darüber habe ich mit Schreiben vom 03.01.2011 im Rahmen meiner Petition beim Deutschen Bundestag Informationen geliefert, die zum Nachdenken anregen sollten. Die aktuellen Eingaben zur Petition: siehe PS am Ende dieses Schreibens.

Mit diesem Schreiben an verantwortliche Persönlichkeiten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
an **Frau Monika Piel**, ARD-Vorsitzende und Intendantin des WDR,
an **Herrn Prof. Markus Schächter**, Intendant des ZDF,
an **Herrn Dr. Willi Steul**, Intendant des DEUTSCHLANDRADIO
an **Herrn Ruprecht Polenz**, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats

möchten wir auf unsere Petition beim Deutschen Bundestag (Abschnitte 01-41) aufmerksam machen“

In ähnlicher Weise hat das Opfer auch die Klage am Verwaltungsgericht Köln/Berlin eröffnet

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf>

Damals wusste der Kläger nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist. Heute hat er nachgewiesen, dass der Öffentlich-rechtliche Rundfunk Mitwisser und Mittäter war und ihm einen Schaden von mind. 100.000 € zugefügt hat. Nach wie vor wird am Verwaltungsgericht Düsseldorf (**Zerschlagung 3**) trotz Nachweis und Zeugen-Benennung rechtliches Gehör versagt. Das ist verfassungswidrig.

Sieh **Anlage 1 zur Zerschlagung 3**

Das System Deutschland mit seinem Grundgesetz ist ein Sanierungsfall, weil Grundrechte nur noch Makulatur sind. Wie lange soll das so noch weiter gehen?

Umverteilung kann nicht darin bestehen, dass einem Bürger trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa einfach alles weggenommen wird und als Armer anschließend von einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft wie eine Sau durchs Dorf getrieben wird. Das ist Faktenlage 2017

Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

Sieh **Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!**

Antrag auf Härteleistung wie bei Asylanten für

Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit **extremistischer Ausuferung** staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Abgesehen davon, dass Deutschland mit den politisch motivierten Zerschlagungen ein großer Schaden zugefügt wurde.

Das Opfer hat mit

Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

nicht nur einen signifikanten Anteil am Aufbau und Aufstieg der deutschen IT und Telekommunikation zu einer digitalen Spitzenstellung im globalen Vergleich 2000 geleistet, sondern auch einen herausragenden Anteil am europäischen Zusammenwachsen der IT und Telekommunikation vorzuweisen.

93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall? Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017) wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017, nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)

Der Antrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017) beim Amtsgericht Mettmann wurde wegen infamer Zielsetzung einer Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zurückgewiesen. Die Zurückweisung umfasst folgende Kapitel:

Kapitel 102. „Staatsanwalt“ ist verantwortlich für kriminelle Hassjustiz seit 2011 gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, reagiert mit Antrag auf Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, nach Einspruch vom 05.12.2017 gegen Urteil vom 29.11.2017 nach Antrag des Justizopfers auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern: Justizopfer ist Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)!

Kapitel 103. „Staatsanwalt“, verantwortlich für politisch motivierte Zerschlagung Nr.5 seit 2011 mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, manipuliert zum wiederholten Mal die Dokumentation des Justizopfers im Internet mit rechtswidrigen Löschaktionen, betreibt kriminelle Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen, will mit Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft eine Geldbuße für eine nicht stattgefundene Verkehrsordnungswidrigkeit erpressen (strafbare Rechtsbeugung im Urteil 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.Aug.2016) leugnet penetrant die Kenntnis der Umstände, mit denen Altersarmut erzwungen wurde, diskriminiert und diffamiert, was das Zeug hält.

Kapitel 104. Unerträglich in einem Rechtsstaat: Staatsanwaltschaftliche Übergriffe unter Weisung durch das **beklagte** Bundeskanzleramt (Bundesrepublik Deutschland) Erzwungene Altersarmut und erhöhte Kosten infolge politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge sind Auswirkungen **staatlicher Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte: Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!** Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.

Kapitel 105. Unerträglich in einem Rechtsstaat:
Staatsanwaltschaftliche Übergriffe mit **Weisung durch das beklagte
Bundeskanzleramt**

auf Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1 bis 6,
auf Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems,
auf Zwangsbenutzer von Pfändungsschutzkonten.
Extremistische Ausuferung von schikanierenden
„Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann zu
Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, psychische Zerschlagung
seit 2011 (Zerschlagung 5)

Kapitel 106. Widerstand gegen staatsanwaltschaftliche Übergriffe ist ein
grundrechtsgleiches Recht nach Art. 20 Abs.4 GG
Erdrückende Beweislage: Beweise und Belege über kriminelle staatliche
Übergriffe, mit kapitalen Vermögensschäden inkl. Vernichtung ansehnlicher
Altersrücklagen im Zuge von politisch motivierten Zerschlagungen in zuständigen
Gerichtsverfahren längst vorgelegt

Staatsanwaltschaftliche Übergriffe öffentlich anzuprangern: Hasskriminelle
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
Definitiv abzulehnen und zu verabscheuen: Vorlage weiterer Belege ohne
Beachtung von erdrückender Beweislage, feiger Missbrauch von staatlich
erzwungener Altersarmut durch diskriminierende, diffamierende
Staatsanwaltschaft für finale Zerschlagung
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für
digitale Evolution in Deutschland und Europa:

> > > Übergabe an Verwaltungsgericht Berlin wegen Rechtsanspruch auf
Rehabilitierung mit Schadenersatz inkl. Schmerzensgeld infolge
feiger, staatsanwaltschaftlicher Übergriffe seit 2011

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln (siehe **Anlage 3
Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?**) sind zusätzlich in der Cloud
nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

**Das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer
Ausuferung staatlicher Übergriffe
und Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems**

hat bereits eine kriminelle Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung
erleiden müssen:

Zerschlagung 5: unter Verantwortung einer skrupellosen
Staatsanwaltschaft wegen verfassungswidrigem Missbrauch des
staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen
internationale Menschenrechte, für psychische Zerschlagung, für
schwere Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung und
Hausfriedensbruch, mit verwerflicher Rufschädigung
Extremistische Ausuferung von schikanierenden **Sieh**
„Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011,
Klageerzwingungsverfahren am BGH und
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Sieh auch

Schriftsatz vom 08.Nov.2017

Kapitel 90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge

trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:

Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt

Sieh auch

Kapitel 91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

Politisch motivierte Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge sind Gegenstand der gerichtlichen Klagen seit 2010:

> **Zerschlagung 1:** unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> **Zerschlagung 2:** unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung mit tödlichem Ausgang für seinen Bruder in 2012 und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd in NRW (mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1)

> **Zerschlagung 3:** unter Verantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Kenntnis von, mit medialer Rundfunksperre zu und wegen Mittäterschaft bei der Zerschlagung 1)

> **Zerschlagung 4:** unter Verantwortung des Sozialstaates wegen verfassungswidrigen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (soziale Zerschlagung anstatt soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung infolge staatlich erzwungener Notlage / Altersarmut

> **Zerschlagung 5:** unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft wegen verfassungswidrigem Missbrauch des staatlichen Gewaltmonopols für massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte, für psychische Zerschlagung, für schwere Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung und Hausfriedensbruch, mit verwerflicher Rufschädigung

> **Zerschlagung 6:** bis dato mit Versagung von Rehabilitierung mit Schadenersatz für ein herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> **Zerschlagungswende?:** Finale, skandalöse Zerschlagung mit juristischem Scherbenhaufen unter Verantwortung deutscher Justiz, Justizopfer mit Versagung von rechtlichem Gehör für erdrückende Beweislage zu staatlich erzwungener Altersarmut, einzige Ursache für verheerende Folgewirkungen

Justizopfer mit Verweigerung der Anerkennung eines herausragenden Lebenswerkes (**Rehabilitierung**),
Justizopfer mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, ohne Unterstützung durch einen qualifizierten Rechtsanwalt, für den ein juristischer Scherbenhaufen wirklich zu komplex ist, und ganz Deutschland schaut zu!

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern: Justizopfer ist Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

Das geht so: Die verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen für das wehrlose Justizopfer werden abgetrennt und mit Versagung von rechtlichem Gehör zu deren Ursachen wird das Justizopfer verantwortlich gemacht für die verheerenden Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen:

So werden Pflichtversicherungen für soziale Sicherheit für soziale Zerschlagung missbraucht. Sieh Anlage „**Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4**“

So werden internationale Menschenrechte ausgeschaltet durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft mit der perfiden Überzeugung, einen Kostenanspruch für solche Verfahren mit Zwangsmaßnahmen durchsetzen zu können. Sieh Anlage „**Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4**“

Dem Justizopfer wird eventuell eine anwaltliche Vertretung mit Prozesskostenhilfe zugestanden. Jedoch:

Eine qualifizierte anwaltliche Vertretung des Justizopfers ist praktisch unmöglich, weil qualifizierte Rechtsanwälte nicht bereit sind, zu PKH-Konditionen die anwaltliche Vertretung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens zu übernehmen: Sieh Kapitel 89 im letzten Schriftsatz vom 30.Okt. 2017:

Der Kläger ist gerne bereit, seine Überlegungen weiter zu entwickeln, um Rehabilitation und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa erreichbar zu machen, um Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum für und mit digitaler Evolution zu erreichen, um insbesondere wieder eine mittelständische Innovationseλίte heranzubilden, die in Deutschland eliminiert wurde. Professionelle Arbeitsweise, wie mit seinem Lebenswerk beispielhaft vorgeführt, erfordert nicht nur ein entsprechendes Know-how, sondern auch entsprechende Investitionen.

Eine unterstützende Entscheidung durch die 27.Kammer ist erforderlich.

Velbert, 21.Dez.2017



Albin L. Ockl

Anlagen dieses Schriftsatzes

Anlage 1 zur Zerschlagung 3:

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 200)

Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!

Antrag auf Härteleistung für

Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 16)

Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5

Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:

Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse

bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)

Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017

Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:

Anlage BVERFG-A:

Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Anlage BVERFG-B:

Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Anlage BVERFG-C:

Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

Anlage DEBEKA-D:

Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Anlage DEBEKA-E:

Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017

Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017

Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.

Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom 28.Aug.2017 :

mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)

Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)**Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1**

(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit

Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten

Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu

Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert)

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,

2 O 70/15 Landgericht Wuppertal

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines

herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller

Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung

wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung

mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit

anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz

(staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)**Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2**

(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten

Sippenzerschlagung mit Todesopfer

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,

2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,

Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,

nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,

nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,

nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines

einzigsten Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,

vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach

politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge

mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Anlage DOK-03-0

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Anlage DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)

auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."

> > > <http://www.euro-online.de/h5.htm>

Anlage DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst. **“Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen**

zusammen wie Hamburg und Hafen

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage DOK-03-4

**Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland
Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch**

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Anlage DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Anlage DOK-03-6

**EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft
der Europäischen Kommission**

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-03-7

**Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92**

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8

**24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Programm Broschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001**

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

Anlage DOK-03-9

Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'92

Bundesminister Dr. Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie Chris
Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

Anlage DOK-04-1

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001

Anlage DOK-04-2

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002

Anlage DOK-04-3

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003

Anlage DOK-04-4

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach
Einstellung der Congressmessen

Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Anlage DOK-04-5

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach
Einstellung der Congressmessen

Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05

Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung
für Opfer extremistischer Übergriffe

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:

Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise-)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1

Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche

> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980

Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress

Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal

Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal

Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD

in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich

1976-1979 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8>

Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal

ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen

Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse

1980-1984 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

Keynote Speaker > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>

ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf

3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990

ONLINE'81 Düsseldorf

4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation

ONLINE'82 Düsseldorf

5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation

ONLINE'83 Düsseldorf

6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation

ONLINE'84 Berlin

7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMM'84 Essen

Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer

1985-1987 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>

Keynote Speaker > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>

ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen

8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse

2.Deutsche Kommunikationsfachmesse

ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen

9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen

3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation

ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen

10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren

4.Europäische Congressmesse für Technische Automation

1988-1991 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5>

Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und

8 Workshop-Zentren

11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und

8 Workshop-Zentren

5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2

Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000

ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4>
Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congressse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congressse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congressse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>
 Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>
 ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und ...Firmensymposien
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 2000-2003 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2>
 Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>
 ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf>

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003

Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
 ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
 25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance

Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in
Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und
2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in
elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3

**Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-
Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung
(politisch motivierte Zerschlagung)**

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3

**Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der
ONLINE'84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der
ONLINE 96 in Hamburg**

Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS- Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines
qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele

> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung
im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten
Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):

„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“

„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht . . .“
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf>

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf>
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf>

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf>

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf>

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf>

Anlage 3.55:

Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf>

Anlage 3.56:

Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf>

Anlage 3.57:

Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf>

Anlage 3.58:

Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf>

Anlage 3.59:

Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf>

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005**Anlage 3.61:**

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Anlage 3.62:

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Anlage 3.63:

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf>

Anlage 3.64:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und
Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf>

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche**Anlage 3.71:**

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht
professionellen Innovationstransfer

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Anlage 3.72:

Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in
Deutschland ohne Perspektive

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf>

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort

Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in
Deutschland ohne Perspektive

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf>

Anlage 3.74:

Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen
Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Anlage 3.75:

Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen
Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

**3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt**

Anlage 3.81:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des
Mittelstands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Anlage 3.82:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf>

Anlage 3.83:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf>

Anlage 3.84:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf>

Anlage 3.85:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf>

Anlage 3.86:

Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom
11.01.2010 -

Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf>

Anlage 3.87:

Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-
Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf>

Anlage 3.88:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

**3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten**

Anlage 3.91:

Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und
des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige
Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:

Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Anlage 3.93:

Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Anlage 3.94

Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Anlage 3.95:

Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 3.96

Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
**Hilfesauftrag zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation**
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Auftrag ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Anlage 3.97

Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
**Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und
Justiz-Skandal**
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011, Seite 5-13

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger

(Seite 5-13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)

Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Anlage 4.01:

Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv

Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)

Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller

Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):

Congressband I Telekommunikation & Netze 2000

Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking

Congressband III Enterprise Networks & Call Centers

Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management

Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business

Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML

Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management

Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing

Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale

Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr

Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen

Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse

Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:

ONLINE Congressbände 1976-2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb) infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.

5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014

5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014

5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566) zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf>

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)

Pet 1-17-09-703-005442

Ergänzungen zu Anlage 3.91

6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)

6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)

6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)

6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt

trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c

6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie

Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf>

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler (Klage auf Schadenersatz und Rehabilitation, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015

Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE'84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor Dr. Günter Rexrodt

Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE'96 in Hamburg

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Legende mit Kapitelnummerierung

**Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung
und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)**

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014

01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolgreiche Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung

Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes

Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter

13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben

Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung

Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.

14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben“:

Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .

das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Europarat

Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung

wird behindert?

16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,

Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,

Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG

Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014

17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:

Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung. Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.

Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.

18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.

Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.

In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.

19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung

Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz

Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:

Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers

mit dem weltweit größten Congressangebot

mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten

mit flächendeckender Besucherwerbung und

mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung

Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann

21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:

Professionelle Dokumentation

hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form

auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft

Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen, zu den Innovationsschwerpunkten der

Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014

22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen

Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus

Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt

23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.

Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.

Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.

Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:

Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)

Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof

24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung

Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa

Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher

Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung

25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal

nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014

Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014

26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind , weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato

gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird

Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“

27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“

(Punkt 2a der Beklagten)

Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?

Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?

Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“

(Punkt 2b der Beklagten)

Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:

Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers

mit einem professionell operierenden Unternehmen,

mit einem exzellenten Lebenswerk,

mit ansehnlichen Altersrücklagen

Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“

29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum

Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der

Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000

März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte

Kommunikationsverweigerung zu erreichen

Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt

Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei

Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert

Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren

Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA

Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende

Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.

Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalters mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war

Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)

30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)

Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar

Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25

Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)

31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:

Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?

32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:

Was wird denn eigentlich beklagt?

Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur

> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch

> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität

33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:

Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger

Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:

Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden

35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers

Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird

36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist

sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen

Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)

37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG

Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden

2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa

Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)

38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG

Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011

Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei

Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung

39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin

Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG

40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,

an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),

ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > >

> > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.

Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014

Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011

41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs

Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten

Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution

Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert

Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .

Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > >

daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitation

42. Rechtsmittel der Beschwerde

im Rahmen des Prozesskostenhilfverfahrens

an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK

43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können

Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO

44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)

Mit Recht zurückzuweisen:

Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000

45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:

Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen

nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung

46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente

Rehabilitation unverzichtbar, weil

nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,

sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind

47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitation.

Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitation und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen 13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)

48. Rehabilitation durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:

Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution

Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen

International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen

49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und

Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitation

Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami

Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)

Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei

Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)

51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:

Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK

Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert

53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten

Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen

Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen

Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)

„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“

„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“

54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa

55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Europäische Congressmessen des Klägers haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar

Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus

56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .

57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum. Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . . und abschließender Rehabilitierung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats

Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)

58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung

59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:

Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen

Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin

Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitation anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG

60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitation

anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen

anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen

Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar

61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen

Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen

62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als

Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können

63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution

Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll

Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung

64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:

> Schläge in das Antlitz der Justitia

> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention

> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend

> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden

> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung

65. Unverzichtbare Rehabilitationsansprüche, längst beantragt vom

Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen

Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische

Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)

66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:

Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitation verweigert.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Scroll down after link (page 88)

**Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz /
Staatshaftung**

67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -

Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)

mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge

politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:

Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten

Bundesregierung (Zerschlagung 1) und

unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)

und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)

unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)

(Zerschlagung 4) und

wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)

und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen

mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution

über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als

Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten

aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,

aus Deutschland, Europa und weltweit

Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für

Innovationswachstum mit digitaler Evolution

Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ohne den Hauch einer Chance für das Opfer

Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung

Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:

Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlichtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung

Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.

Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG

Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen

Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen

Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen

Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.

71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, siehe Anlage BVG-02):

Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz

Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)

Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.

Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Siehe Zerschlagung 3

Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei (1992)

Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000

Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.

73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens, ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung

Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO

Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können

Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang

Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung

74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu

Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen

Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist

Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und

nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik

Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden

76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte

Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte

Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar

77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren

78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 107)

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.08.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa

82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, für die Treib- und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod, für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5

Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtllichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011

Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld

wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers, wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält

84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution

Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 178)

Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .

85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: **Staatliche Frontalangriffe auf**

deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte

September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtllichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung, für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit

Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 212)

**Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des
Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am
13.Okt.2017)**

87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten
Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als
Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht)
mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines
juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in
2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind
wegen forciertes Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen
einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von
Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen
Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten
Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne
auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber
von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später
zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf
Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von
Schadenersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März
2017) zurücknehmen zu können und
**weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der
Wiederaufbauphase u.a.m.**
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 250)

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 284)

Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:

Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt

91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 316)

Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.

Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert

Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &

Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“

„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“

„Von den USA abgehängt“

Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa

Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)

Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter

Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)

Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren:

Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018.

Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!

System Deutschland ein Sanierungsfall?

Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin

27. Kammer

VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7

10557 Berlin

Velbert, 05.Jan.2018

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11

Berlin

Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen

politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer

Ausuferung staatlicher Übergriffe

nach einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit

verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000

und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster

Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie

ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche

Diskriminierung) und

nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit Todesfolge

trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-

Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und

Europa

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,

Am Buschkamp 10, 42549 Velbert

(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,

vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses

vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557

Berlin (Beklagte)

Hier: Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

Fortsetzung durch Stellungnahme mit fortlaufender Nummerierung:

**94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre**

**Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung
von**

Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

Besonders diskriminierend:

**Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein
einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung**

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

**Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen
Unrechtssystems ist zu schützen**

**95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als
Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel**

**von krimineller Hassjustiz skrupelloser , weisungsgebundener
Staatsanwaltschaft und**

von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:

zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit

Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-

Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

**96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik
gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution**

Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:

Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für

Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken

Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit

verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:

Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG

Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, sieh Anlage 18-01

**Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer
Sicherheit, sieh Anlage 18-02**

**Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager
bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung**

Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich nachlesbar in der Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

**Zu 94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre**

**Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung
von**

Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

Besonders diskriminierend:

**Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein
einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung**

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen

Unrechtssystems ist zu schützen

Das herausragende Lebenswerk des Opfers politisch motivierter
Zerschlagungen sind Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa: die

Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (1977-2003)

mit dem weltweit größten Congressangebot zur digitalen Evolution in
Deutschland und Europa > > > www.euro-online.de

Sieh auch weiterführendes Congressmesse-Archiv

<http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Dieses weltweit herausragende Lebenswerk wurde nachhaltig zerstört mit einer
gigantischen Umverteilungspolitik,

erzungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017)

Die gigantische Umverteilungspolitik verursachte
gigantische Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010.

Gerhard Schröder referierte auf der **Europäischen Congressmesse ONLINE'91**
auf Einladung des Justizopfers:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Gerhard Schröder war damals Ministerpräsident von Niedersachsen (1991-
1998), **Frank-Walter Steinmeier** trat 1991 (offensichtlich vor der ONLINE'91) als
Referent für Medienpolitik (1993 als Büroleiter des Ministerpräsidenten) in die
Niedersächsische Staatskanzlei ein.

Der Ministerpräsident war zum VIP-Empfang der ONLINE'91 unmittelbar vor
seiner Rede eingeladen, in Anwesenheit von

**Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt
Hamburg und zum Zeitpunkt der ONLINE'91 Präsident des Bundesrates.**

Zum VIP-Treffen ist der Ministerpräsident **nicht** erschienen, hat aber im Plenum
der ONLINE'91 als Sprecher teilgenommen. Sieh Internet-Link oben.

Anzunehmen ist, dass er vom Referenten für Medienpolitik begleitet wurde (im
Auditorium anwesend). Die neuen Medien waren Schwerpunktthema.

**Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen
Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)**

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit
herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Das ist das Lebenswerk des Justizopfers, es hat sein Leben lang nichts anderes gemacht, **es kann nichts anderes**. Aber das professionell und mit Perfektion.

Deutschland und Europa haben davon maximal profitiert. Die deutsche ITK-Branche, die deutsche Telekommunikation war im Jahr 2000 Weltspitze. "8 Congressse in 1 Messe", jeder Congress mit 4 **ganztägigen** Symposien, also insgesamt **32 (4x8) ganztägige Symposien zu**

32 Innovationsschwerpunkten der ITK-Branche waren das überlegene, unschlagbare Konzept der innovationsorientierten Congressmessen mit **zusätzlichen, vertriebsorientierten Workshop-Reihen** der innovationsorientierten Aussteller und

abschließende, ganztägige Tutorials mit innovationsorientiertem Fortbildungscharakter für den innovationsorientierten Mittelstand. Diese Congressmessen, die mit dem weltweit einmaligen Konzept des Innovationstransfers einen signifikanten Beitrag zum Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet haben, die mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den

"Nationalen IT-Gipfel" (heute unter „Federführung“ der Beklagten, des Bundeswirtschaftsministeriums) in jährlichem Turnus umgesetzt haben, sind das Lebenswerk des Klägers.

Erdrückende Beweislage durch die Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder durch Zeugenaussagen von höchst qualifizierten Congressleitern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Diese Congressmessen haben den Innovationsmarkt der ITK-Branche mit maximaler Qualität und ohne Subventionen dominiert.

Dieser Innovationsmarkt wurde mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 der Schröder-Regierung völlig zerstört. Mit einem Markteingriff der Monsterklasse unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung vor mehr als 17 Jahren, der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag, und der bis heute andauernden staatlichen Diskriminierung wurde **das Lebenswerk und ansehnliche Altersrücklagen des Justizopfers irreversibel zerstört, seine Existenz-Grundlage vernichtet.**

Mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR) wurde das Loch im Bundeshaushalt (25%) gefüllt. Der Bundeshaushalt 2000/2001 ist das **größte Milliardengrab aller Zeiten**, weil nach 1 Jahr das Loch wieder da war: **Tatsache ist, dass mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag der deutsche Innovationsmarkt zerstört wurde zugunsten eines 25%-Lochs im Bundeshaushalt 2000 / 2001**, sehr zur Freude des internationalen Wettbewerbs, mit tödlichem Ausgang für den innovationsorientierten Mittelstand in Deutschland. 1 Jahr lang war das Loch gestopft, dann war es wieder da, sodass einschneidende Strukturveränderungen mit der Agenda 2010 und HARTZ IV nicht mehr vermeidbar waren:

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/UMTS-staatsv.pdf>

Selbst der Flughafen Berlin 2017 ist im Vergleich nur ein kleines Milliardengrab, wobei am Ende hoffentlich ein funktionsfähiger Flughafen existiert. Im Gegensatz zum Bundeshaushalt 2001/2002: Das Loch im Bundeshaushalt war nach 1 Jahr wieder da und die Probleme waren um ein Vielfaches gewachsen, weil der Innovationsmarkt völlig zerstört war und ausländische und inländische Kapitalgeber (Kapitalflucht) keinerlei Lust hatten, mit Investitionen in den Innovationsmarkt „schwarze Löcher“ im Bundeshaushalt zu finanzieren, an denen Albert Einstein seine Relativitätstheorie hätte nachweisen können

> > > **Beweis durch Zeugnis des**

Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier,

Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000.

Mit der gigantischen Umverteilungspolitik wurde dem deutschen Staat ein **gigantischer Schaden** zugefügt, mit einer Ausführung, die in einem Rechtsstaat die Anwendung von Notstandsgesetzen für Notstandssituationen voraussetzt.

Im Jahr 2000 war Deutschland digitale Spitze im globalen Vergleich. **Heute? Altkanzler Gerhard Schröder ist Putin-Berater.**

Die deutsche Digital-Branche ist dank seiner gigantischen Umverteilungspolitik in einem jämmerlichen Zustand:

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.

Die ganze Tragweite dieser desaströsen Umverteilungspolitik wird sichtbar mit einem Blick auf das weltweite Ranking wertvollster Unternehmen Ende 2017:

Wertvollste Unternehmen

(Marktkapitalisierung Dez. 2017)

1. Apple / USA.....876 Mrd \$
2. Alphabet(Google) / USA....733 Mrd \$
3. Microsoft / USA.....661 Mrd \$
4. Amazon / USA.....570 Mrd \$
5. Facebook / USA.....516 Mrd \$
6. Berkshire Hathaway / USA..490 Mrd \$
7. Tencent Holdings / CHN....484 Mrd \$
8. Alibaba / CHN.....444 Mrd \$

Auf den ersten 8 Plätzen (Platz 6 ausgenommen) sind nur Unternehmen der Digitalbranche, das wertvollste Unternehmen Deutschlands (SAP) belegt Platz 60, USA belegt die ersten 5 Plätze, China Platz 7 und 8.

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin wurde kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung: nur z.B.

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - **Neue Aufgaben für Aufbau Ost:** Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 - **Koalitionsvertrag und Breitband-Internet**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -

Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -

Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -

Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des Mittelstands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -

Deutschland-Initiative für Aufbruchsstimmung und Trendwende

Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

Erdrückende Beweislage durch die Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder durch Zeugenaussagen von höchst qualifizierten Congressleitern
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Umverteilung kann nicht darin bestehen,

dass ein umverteilter Bürger zum Justizopfer gemacht wird,
dass ihm trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa einfach alles weggenommen wird und in erzwungener Altersarmut anschließend von einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft und von Obergerichtsvollziehern sozialer Pflichtversicherungen ohne Sinn und Verstand wie eine Sau durchs Dorf getrieben wird.
Dies alles trotz erdrückender Beweislage, Beweise nach Bedarf erweiterbar!

Das ist Faktenlage 2018 in deutscher Justiz (sieh politisch motivierte Zerschlagungen 1 bis 6)

Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf, Justiz muss definitiv bei politisch motivierten Zerschlagungen einschreiten.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

Zu 95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel von krimineller Hassjustiz skrupelloser , weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem: zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Mit Schriftsatz vom 21.Dez.2017 hat das Opfer die Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Kapitel 92 und 93 fortgesetzt, weil das Verwaltungsgericht informiert sein sollte:

Kapitel 92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.
Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert
Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung
„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“
Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.
Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)
Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)
Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018. Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!
System Deutschland ein Sanierungsfall?
Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

Kapitel 93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich nachlesbar in der Cloud:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Der Schreibtisch war aufgeräumt, um „pünktlich zum Weihnachtsfest 2017“ die terminierte Bearbeitung von Beschlüssen einer **kriminellen Hassjustiz und einer sinnlosen Vollstreckungsjustiz** als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel in einem teuflischen Unrechtssystem zu erhalten.

Das Verwaltungsgericht sollte darüber informiert sein.

Sieh **Anlage 18-01**

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft:

Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

Das Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers umfasst folgende Kapitel:

Kapitel 107. Schriftsätze vom 04.Dez.2017 und 20.Dez.2017 zu einem unterirdischen Bußgeldverfahren, das zu

Politisch motivierter Zerschlagung Nr.5 seit 2011 (siehe abschließende Legende) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft zum kriminellen Zwecke der psychischen Zerschlagung missbraucht wird.

Ausführliche Stellungnahmen des Justizopfers eines teuflischen Unrechtssystems contra 1-Satz-Begründung eines Versäumnisbeschlusses

Kapitel 108. Dem Justizopfer wird von einer „jungen“ Richterin am Amtsgericht ein Versäumnisurteil untergeschoben entgegen den vorgelegten Beweisen, dass es von einem skrupellosen Staatsanwalt getäuscht wurde

Respektlos: Justizopfer mit einem herausragendem Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, hat keine Veranlassung für ein solches Versäumnis

Hauptverantwortlich als Richter für

politisch motivierte Zerschlagung Nr.5 seit 2011 (siehe abschließende Legende) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte:

Amtsgerichtsdirektor Dr. Künzel

Unerträglich: Weiterschieben der Verantwortung für ein Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte an eine jüngere Kollegin

Kapitel 109. Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers gemäß § 24 StPO (§ 42 ZPO)

Ablehnungsgesuch erhärtet durch Versagung von rechtlichem Gehör
Junge Richterin hat nicht den erforderlichen Respekt vor einem Justizopfer trotz seines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

Vorwurf der sozialen Zerschlagung und der psychischen Zerschlagung durch skrupellose, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften: Junge Richterin hat nicht das notwendige „Standing“ zur Verhinderung eines erneuten staatlichen Übergriffes auf ein wehrloses Justizopfer

Detaillierte Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich nachlesbar in der Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 30)

Sieh **Anlage 18-02**

Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt

Kapitel 13. Richterin am Amtsgericht ist bemüht, weil gezwungen, aus begrenzter Sicht eine kaum vorstellbare Vorgeschichte zu beschreiben, die durch ein künstliches Teilversäumnisurteil der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal gegen das Opfer noch unvorstellbarer geworden ist
Originalfassung der Anlagen mit zusätzlichen Internetverweisen ist daher Vorlage der sofortigen Beschwerde

Beschwerdeführer: Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.
Hauptverantwortlich für juristisches Desaster eines teuflischen Unrechtssystems mit sozialer Zerschlagung:

> Verfassungswidriges Versagen von rechtlichem Gehör zu einer erdrückenden Beweislage durch 2.Zivilkammer des Landgerichtes Wuppertal (2 O 70/15), mit rechtshängigen Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht

> Verhinderung von rechtlichem Gehör zu den Ursachen der staatlich erzwungenen Altersarmut durch künstliches Teilversäumnisurteil der 7.Zivilkammer des Landgerichtes Wuppertal (7 O 314/12)

Kapitel 14. Einspruch gegen Umdeutung in eine Erinnerung und gegen eine kostenpflichtige Zurückweisung dieser umgedeuteten Erinnerung
Seit 2010: Beschwerdeführer hat keine Krankenversicherung mehr
Ohne Sinn und Verstand: Krankenversicherung will vollstrecken, obwohl seit 2010 kein Versicherungsschutz

Missbrauch sozialer Versicherungen für soziale Zerschlagung in einem sog. Rechtsstaat (Zerschlagung 4)

Teuflisches Unrechtssystem: Versagung und Verhinderung von rechtlichem Gehör zu staatlichen Übergriffen nach einer gigantischen Umverteilung, indem Umverteilte für verheerende Folgewirkungen verantwortlich gemacht trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa.

Gigantische Umverteilungspolitik, gigantische Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010 unter Verantwortung von

Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017)

Kapitel 15. Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.

Kapitel 16. Juristisches Desaster eines teuflischen Unrechtssystems mit sozialer Zerschlagung (Zerschlagung 4):

> Verfassungswidriges Versagen von rechtlichem Gehör zu einer erdrückenden Beweislage durch 2.Zivilkammer des Landgerichtes Wuppertal (2 O 70/15), mit rechtshängigen Verfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht

> Verhinderung von rechtlichem Gehör zu den Ursachen der staatlich erzwungenen Altersarmut durch künstliches Teilversäumnisurteil der 7.Zivilkammer des Landgerichtes Wuppertal (7 O 314/12)

So werden Pflichtversicherungen für soziale Sicherheit zu sozialer Zerschlagung missbraucht:

„Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Ergebnis: Herrschaft des Unrechts

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer ist Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der Cloud nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

Scroll down after link (page 14)

Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.

Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert

Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“

„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“

„Von den USA abgehängt“

Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa

Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)

Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)

Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren: Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018. Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!

System Deutschland ein Sanierungsfall?

Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

Das ist nicht das Ende einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegenüber Bürgern mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution seit 20 Jahren mit verheerenden Folgewirkungen auch im Jahr 2018

Es wird noch schlimmer!

Zu 96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution
Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl: Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, siehe Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, siehe Anlage 18-02
Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung

Mit der gigantischen Umverteilungspolitik der „alten“ Generation seit 1998 (Kapitel 94) wurden gigantische Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010 ff. erzwungen und umverteilte Opfer ohne eine Notlage in Deutschland in einem Maße enteignet, wie es vielleicht Flüchtlingen bei Kriegsende in 1945 ergangen ist mit dem Unterschied, dass dem Opfer politisch motivierter Zerschlagungen bis heute rechtliches Gehör zu einer erdrückenden Beweislage nicht nur versagt, sondern auch noch verhindert wird, z.B. durch Missbrauch eingeschränkter Prozesskostenhilfe und dem daraus resultierenden künstlichen Teilversäumnis-Urteil: **siehe Teilversäumnis-Urteil in Anlage 18-02.**
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>
Scroll down after link (page 14)

Die Europäischen Congressmessen des Opfers waren systemrelevant für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa, nachweisbar mit einer erdrückenden Beweislage. Mit ihrer Zerschlagung wurde digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa zerschlagen. Solange eine öffentliche Aufarbeitung dieser Vorgänge auf höchster Ebene verhindert wird, wird auch das öffentliche Bewusstsein ausgeschaltet und so von der „alten“ Generation manipuliert: Siehe unterdrückte Maischberger-Sendung in 2017:
Kirchen mischen sich ein, Politik nimmt Stellung:
Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

In den Europäischen Congressmessen des Justizopfers wurde den Chancen des digitalen Innovationswachstums absoluter Vorrang gegeben, ohne die Risiken aus dem Auge zu verlieren. So wurde unter Leitung des Justizopfers bereits vor über 40 Jahren ein 3-tägiger Congress unter dem Motto
Datenschutz und Datensicherung in Online-Systemen
veranstaltet, in Ergänzung zu seinen in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminaren (ONLINE III): Nur ein Klick auf
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_77.pdf

So wurde auch die Risiken des digitalen Innovationswachstums beherrschbar gehalten. Mit dem Verlust des digitalen Innovationswachstums ist die Beherrschbarkeit der Risiken verloren gegangen. Daher die Perspektive: Es wird noch schlimmer! Deutsche Justiz ist längst Teil einer schlimmen Entwicklung

Aktuell ist der Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit Inkrafttreten des NetzDG zu beklagen. Selbst der wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags hat das Netzwerkdurchsetzungsgesetz als europarechts- und verfassungswidrig bewertet. Dieses Gesetz stellt einen Angriff auf Meinungsfreiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit dar. Anstatt digitales Innovationswachstum: Outsourcing judikativer Entscheidungen über Gesetzesverstöße an amerikanische Betreiber sozialer Medien.

Das Justizopfer muss diese schlimme Entwicklung eines teuflischen Unrechtssystems am eigenen Leibe erfahren,
mit aktuellen Entwicklungen zum Jahreswechsel:

Sieh Kapitel 95

„Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel von krimineller Hassjustiz skrupelloser , weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem

Sieh **Anlage 18-01**

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft:

Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>
Scroll down after link (page 30)

Sieh **Anlage 18-02**

Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>
Scroll down after link (page 14)

Wie soll ein Justizopfer einem Obergerichtsvollzieher die Kriminalität sozialer Zerschlagung erläutern?

Der Rechtsanspruch des Opfers auf Rehabilitierung in vollem Umfang ist alternativlos

Das Opfer ist gerne bereit, seine Überlegungen weiter zu entwickeln, um Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa erreichbar zu machen, um Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum für und mit digitaler Evolution zu erreichen, um insbesondere wieder eine mittelständische Innovationselite heranzubilden, die in Deutschland eliminiert wurde. **Professionelle Arbeitsweise,** wie mit seinem herausragendem Lebenswerk beispielhaft vorgeführt, erfordert nicht nur ein entsprechendes Know-how, sondern auch entsprechende Investitionen.

Eine Verurteilung des staatlichen Täters durch die 27.Kammer ist überfällig, um einer extremistischen Ausuferung von krimineller Hassjustiz (**Anlage 18-01**) und von verfassungswidriger, sozialer Zerschlagung mit Versagung und Verhinderung von rechtlichem Gehör (**Anlage 18-02**) endlich zu beenden.

Velbert, 05.Jan.2018



Albin L. Ockl

Anlagen dieses Schriftsatzes:

Anlage 18-01

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft:

Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 30)

Anlage 18-02

Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017

Anlage 1 zur Zerschlagung 3:

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 200)

Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!

Antrag auf Härteleistung für

Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 16)

Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5

Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:

Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse

bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)

Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017

Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:

Anlage BVERFG-A:

Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Anlage BVERFG-B:

Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Anlage BVERFG-C:

Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

Anlage DEBEKA-D:

Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Anlage DEBEKA-E:

Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017

Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017

Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.

Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :

mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)

Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1

(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit

Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert) wegen ständiger Versagung von rechtllichem Gehör zu Zerschlagung 1 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf, 2 O 70/15 Landgericht Wuppertal

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung

wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2

(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)

wegen ständiger Versagung von rechtllichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,

2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,

Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,

nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,

nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,

nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines

einzigsten Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,

vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach

politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge

mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Anlage DOK-03-0

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Anlage DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)

auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."

> > > <http://www.euro-online.de/h5.htm>

Anlage DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst. **“Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Anlage DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Anlage DOK-03-6

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-03-7

Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,

Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8

24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel

Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

Anlage DOK-03-9

Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001

Bundesminister Dr. Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-04-1

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001

Anlage DOK-04-2

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002

Anlage DOK-04-3

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003

Anlage DOK-04-4

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen

Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Anlage DOK-04-5

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen

Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05

Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:

Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise-)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1

Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche

> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980

Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress

Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal

Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal

Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD

in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich

1976-1979 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8>

Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal

ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen

Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse

1980-1984 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

Keynote Speaker > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111>

ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf

3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990

ONLINE'81 Düsseldorf

4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation

ONLINE'82 Düsseldorf

5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation

ONLINE'83 Düsseldorf

6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation

ONLINE'84 Berlin

7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMM'84 Essen

Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer

1985-1987 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>

Keynote Speaker > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111>

ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen

8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse

2.Deutsche Kommunikationsfachmesse

ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen

9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen

3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation

ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen

10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren

4.Europäische Congressmesse für Technische Automation

1988-1991 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5>

Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111>

ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und

8 Workshop-Zentren

11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und

8 Workshop-Zentren

5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2

Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000

ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4>
Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresses für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>
 Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>
 ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und ...Firmensymposien
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 2000-2003 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2>
 Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>
 ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf>

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003

Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
 ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
 25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance

Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in
Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und
2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in
elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3

**Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-
Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung
(politisch motivierte Zerschlagung)**

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3

**Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der
ONLINE'84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der
ONLINE 96 in Hamburg**

Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS- Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines
qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele

> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung
im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten
Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):

„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“

„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht . . .“
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf>

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:

1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf>

2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf>

Anlage 3.52:

Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf>

Anlage 3.53:

Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -

Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf>

Anlage 3.54:

Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 -

Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf>

Anlage 3.55:

Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf>

Anlage 3.56:

Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf>

Anlage 3.57:

Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf>

Anlage 3.58:

Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf>

Anlage 3.59:

Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf>

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005**Anlage 3.61:**

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Anlage 3.62:

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Anlage 3.63:

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf>

Anlage 3.64:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und
Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf>

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche**Anlage 3.71:**

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht
professionellen Innovationstransfer

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Anlage 3.72:

Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in
Deutschland ohne Perspektive

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf>

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort

Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in
Deutschland ohne Perspektive

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf>

Anlage 3.74:

Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen
Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Anlage 3.75:

Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen
Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

**3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt****Anlage 3.81:**

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des
Mittelstands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Anlage 3.82:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf>

Anlage 3.83:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf>

Anlage 3.84:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf>

Anlage 3.85:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf>

Anlage 3.86:

Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom
11.01.2010 -

Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf>

Anlage 3.87:

Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-
Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf>

Anlage 3.88:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

**3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten****Anlage 3.91:**

Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und
des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige
Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:

Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Anlage 3.93:

Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Anlage 3.94

Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Anlage 3.95:

Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 3.96

Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
**Hilfesauftrag zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation**
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Auftrag ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Anlage 3.97

Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
**Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und
Justiz-Skandal**
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011, Seite 5-13

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger

(Seite 5-13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)

Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Anlage 4.01:

Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv

Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)

Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller

Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):

Congressband I Telekommunikation & Netze 2000

Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking

Congressband III Enterprise Networks & Call Centers

Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management

Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business

Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML

Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management

Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing

Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale

Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr

Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen

Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse

Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:

ONLINE Congressbände 1976-2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb) infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.

5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014

5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014

5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566) zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf>

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)

Pet 1-17-09-703-005442

Ergänzungen zu Anlage 3.91

6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)

6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)

6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)

6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt

trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c

6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie

Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf>

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler (Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015

Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE'84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt

Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE'96 in Hamburg
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Legende mit Kapitelnummerierung

**Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung
und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)**

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014

01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolgreiche Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000
Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben“:
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung
wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014

17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:
Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.
Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.
Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.
18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.
In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.
19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung
Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz
Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:
Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers mit dem weltweit größten Congressangebot mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten mit flächendeckender Besucherwerbung und mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung

Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann

21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:

Professionelle Dokumentation

hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form

auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft

Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen, zu den Innovationsschwerpunkten der

Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014

22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen

Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus

Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt

23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.

Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.

Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.

Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:

Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)

Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof

24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung

Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa

Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher

Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung

25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal

nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014

Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014

26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind , weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato

gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird

Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“

27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“

(Punkt 2a der Beklagten)

Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?

Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?

Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“

(Punkt 2b der Beklagten)

Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:

Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers

mit einem professionell operierenden Unternehmen,

mit einem exzellenten Lebenswerk,

mit ansehnlichen Altersrücklagen

Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“

29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum

Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der

Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000

März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte

Kommunikationsverweigerung zu erreichen

Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt

Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei

Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert

Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren

Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA

Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende

Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.

Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen

Congressmesse-Veranstalters mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war

Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des

Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)

30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)

Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar

Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss

der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25

Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg

freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum

Durchbruch verhilft

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)

31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:

Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen

Leistungsträgers in Deutschland beklagt?

32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total

mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische

Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:

Was wird denn eigentlich beklagt?

Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur

> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag

generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch

> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der

verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen

Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität

33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht

wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:

Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger

Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen

Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:

Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden

35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers

Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird

36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist

sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen

Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)

37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG

Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden

2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa

Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)

38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG

Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011

Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung

39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin

Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG

40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,

an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),

ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > >

> > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.

Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014

Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011

41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs

Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten

Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution

Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert

Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .

Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > >

daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitation

42. Rechtsmittel der Beschwerde

im Rahmen des Prozesskostenhilfverfahrens

an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK

43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können

Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO

44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)

Mit Recht zurückzuweisen:

Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000

45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:

Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen

nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung

46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente

Rehabilitation unverzichtbar, weil

nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und

Bundesregierung involviert sind,

sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind

47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitation.

Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitation und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen 13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)

48. Rehabilitation durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:

Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution

Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen

International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen

49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und

Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitation

Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami

Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)

Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei

Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)

51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:

Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK

Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert

53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)

**„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“**

54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa

55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Europäische Congressmessen des Klägers haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus

56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .

57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . . und abschließender Rehabilitierung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats

Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)

58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung

59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin

Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG

60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung

anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen

anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen

Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar

61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen

Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafter einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen

62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als

Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können

63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution

Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll

Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung

64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:

> Schläge in das Antlitz der Justitia

> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention

> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend

> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden

> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung

65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom

Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen

Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)

66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:

Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Scroll down after link (page 88)

**Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz /
Staatshaftung**

67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -

Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)

mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge

politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:

Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten

Bundesregierung (Zerschlagung 1) und

unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)

und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)

unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)

(Zerschlagung 4) und

wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)

und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen

mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution

über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als

Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten

aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,

aus Deutschland, Europa und weltweit

Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für

Innovationswachstum mit digitaler Evolution

Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ohne den Hauch einer Chance für das Opfer

Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung

Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:

Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlichtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung

Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.

Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG

Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen

Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen

Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen

Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.

71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, siehe Anlage BVG-02):

Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz

Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)

Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.

Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Siehe Zerschlagung 3

Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei (1992)

Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000

Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.

73. Anspruch auf Rehabilitation in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens, ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitation in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitation, Rehabilitation ist Teil der Staatshaftung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung

74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu

Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen

Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist

Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und

nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit

politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik

Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden

76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte

Rehabilitation ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte

Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar

77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren

78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 107)

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.08.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa

82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, für die Treib- und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod, für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5

Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtllichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011

Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld

wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers, wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält

84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution

Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 178)

Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .

85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: **Staatliche Frontalangriffe auf**

deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte

September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtllichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung, für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit

Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 212)

Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)

87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts

Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer zu PKH-Konditionen

Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forciertes Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012

88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?

Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?

Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitation bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und

weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 250)

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 284)

Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:

Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt

91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 316)

Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.

Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige,

Investitionsoffensive auf Bayern minimiert

Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &

Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“

„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“

„Von den USA abgehängt“

Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa

Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)

Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter

Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)

Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren:

Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018.

Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!

System Deutschland ein Sanierungsfall?

Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

**Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf
Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen
Congressmessen für digitale Evolution**

94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges
beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu
schützen

95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als
Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und
von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit
Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa

96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer
politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution

Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der
Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender
Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, siehe Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, siehe
Anlage 18-02

Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der
Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

per Fax an 030-9014-8790

**Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14**

**Kirchstraße 7
10557 Berlin**

Velbert, 18.Feb.2018

**Aktenzeichen: VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11
Berlin**

Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen

**politisch motivierter Zerschlagungen mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe im Zuge einer
rechtswidrigen Umverteilungspolitik mit krimineller Ausführung,
erzwungen durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
mit verheerenden Folgewirkungen eines gigantischen
Markteingriffs und mit anschließender totaler Diskriminierung
und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und
Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör
(staatliche Diskriminierung) sowie
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung mit Todesfolge
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa**

**Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer eines
teuflischen Unrechtssystems)**

gegen

**Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557
Berlin (Beklagte)**

**Hier: Erinnerung an Umsetzung von angemessener
Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem
Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**

Fortsetzung durch Stellungnahme mit fortlaufender Nummerierung:

**94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre**

**Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung
von**

- > **Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)**
- > **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)**
- > **Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).**

Besonders diskriminierend:

**Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein
einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung**

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

**Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen
Unrechtssystems ist zu schützen**

**95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als
Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel**

**von krimineller Hassjustiz skrupelloser , weisungsgebundener
Staatsanwaltschaft und**

von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:

zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit

Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-

Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

**96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik
gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution**

Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:

Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für

Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken

Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit

verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:

Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG

Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, sieh Anlage 18-01

Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer

Sicherheit, sieh Anlage 18-02

Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager

bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung

Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung

Die detaillierten Ausführungen dieses Schriftsatzes vom 05.Jan.2018 sind
zusätzlich nachlesbar in der Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

**97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland
und Europa
Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer
schleichenden Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft
inzwischen als Normalzustand empfunden wird
Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches
Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.
System Deutschland hat Sanierungsbedarf.**

**98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an
angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des
Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz
für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für
digitale Evolution
mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
mit Integration des Digital-Gipfels
Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.**

Die detaillierten Ausführungen dieses Schriftsatzes vom 05.Jan.2018 sind
zusätzlich nachlesbar in der Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 84)

**Zu 97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen
mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland
und Europa
Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer
schleichenden Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft
inzwischen als Normalzustand empfunden wird
Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches
Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.
System Deutschland hat Sanierungsbedarf.**

Der Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem ist bei einer seriösen Überprüfung derzeitiger Verfahrensweisen in der deutschen Justiz unbestreitbar: Die politisch motivierten Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe im Zuge einer rechtswidrigen Umverteilungspolitik mit krimineller Ausführung, erzwungen durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit verheerenden Folgewirkungen eines gigantischen Markteingriffs und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) sowie mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge (Zerschlagung 2 mit Unterstützung durch bayerische Verwaltungsjustiz) trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa sind aufgeteilt auf Zivilgerichte, Verwaltungsgerichte, Strafgerichte, Sozialgerichte, Vollstreckungsgerichte und vielleicht auch noch andere, die nach Bedarf rechtliches Gehör für die einzige Ursache, politisch motivierte Zerschlagungen einer rechtswidrigen Umverteilungspolitik versagen, die vor Menschenrechtsverletzungen; Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch (Zerschlagung 5) und vor einer Treib- und Hetzjagd bis in den Tod (Zerschlagung 2) nicht zurückschrecken, und das seit 20 Jahren, seit Beginn der Schröder-Regierung in 1998!

Eine schleichende Staatskrise mit Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem ist zu beklagen,
weil dieser Zustand inzwischen als Normalzustand empfunden wird und weil niemand mehr registriert, dass hiermit Deutschland großer Schaden zugefügt wird: **Sieh gigantische Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010, gigantische Milliardengräber unter politischer Verantwortung, unter Missbrauch von Recht und Gesetz, Ruin einer Digitalbranche mit globaler Spitzenstellung im Jahr 2000, politisch motivierte Zerschlagung der Leistungsträger trotz Weltklasse-Höchstleistungen.**

Man spricht von einer **Staatskrise**, wenn die Krisensituation mit Einrichtungen des Rechtsstaates nicht mehr behoben werden kann. Staatskrisen betreffen die gesamte politische, ökonomische und soziale Ordnung eines Staates und sprengen damit deutlich den Umfang einer üblichen Regierungskrise. Die wachsende Staatsverschuldung in Europa unter deutscher Mitverantwortung nicht zu vergessen.

Der Zustand der gigantischen Zerschlagungen, die Ursache für Hartz IV und Agenda 2010, die negativen Auswirkungen auf die Digital-Branche dauern inzwischen 20 Jahre an. Niemand wundert sich darüber. **Aufklärung ist dringend erforderlich.**

Aus tiefer Besorgnis ist der Kläger bemüht um eine Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer **schleichenden Staatskrise**, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird.

Das System Deutschland hat Sanierungsbedarf. Politisch motivierte Zerschlagungen, Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang, rechtswidrige Umverteilungspraktiken mit katastrophalen Auswirkungen, in einem Rechtsstaat unmöglich, sind offensichtlich nicht mehr aufregend.

Die deutsche Bundesregierung hätte den Input aus den Europäischen Congressmessen des Justizopfers dringend benötigt. Die Ministerialverwaltung konnte diesen Input nicht ersetzen. Sie ist verantwortlich, wenn Deutschland heute Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa ist. Nur mit schonungsloser Aufklärung ist die notwendige Sensibilität erreichbar.

Selbst der Öffentlich-rechtliche Rundfunk ist an der Zerschlagung beteiligt (Zerschlagung 3). Er hat die Aufklärungsbemühungen des Justizopfers bis heute unterbunden.

Krisen haben das Potential zu einer politischen Wende, zu einer personellen Wende, zu einem Generationswechsel, zu einem Neubeginn.

Die politische Wende ist in vollem Gange. Eine politische Wende mit Zukunftsperspektive sollte aus Fehlern der Vergangenheit lernen, diese nicht fortsetzen und korrigierend einer neuen Politik mit Glaubwürdigkeit den Vorzug geben. Der Kläger hat seit Beginn des 21. Jahrhunderts **eine hundsmiserable Politik als Ursache der Krisen erlebt** und möchte aus seinen Erfahrungen beitragen zu einem Neubeginn. Es ist dringend erforderlich, aus den bisherigen Krisen des 21. Jahrhunderts zu lernen. Daher ist eine aufklärende Aufarbeitung erforderlich. Nur so kann eine Wende auch erfolgreich sein.

Presseinformation Nr.7

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-1802.pdf>

System Deutschland 2018: Systemkrise? Staatskrise? Wendepunkt! Kein Weiter so!

Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein Teufliches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem

Gigantische kriminelle Umverteilungspolitik erzwungen durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000:

Mit verheerenden Folgewirkungen,

mit totaler staatlicher Diskriminierung der Opfer zu

politisch motivierten Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung der staatlichen Übergriffe

zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

mit gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010

Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit

Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in

Deutschland und Europa

unter Verantwortung von

> **Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)**

> **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)**

> **Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).**

Der Kläger hat mit seinem Lebenswerk einen wesentlichen Beitrag geleistet, dass **Deutschland 2000** eine digitale Spitzenstellung im globalen Vergleich erreicht hat und hat miterleben müssen, wie nach seiner Eliminierung mit einer rechtswidrigen, gigantischen Umverteilungspolitik **Deutschland heute** zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa herunter gewirtschaftet wurde.

Ein Kanzleramtschef ist verantwortlich für die Umsetzung der Regierungspolitik. **Der Kläger und sein verstorbener Bruder sind Opfer krimineller Regierungspolitik geworden. Sein Bruder wurde von krimineller bayerischer Kommunalpolitik in den Tod getrieben** (2012, Zerschlagung 2).

Der bayerischen Verwaltungsjustiz in Regensburg, der kriminelle Rechtsbeugung nachgewiesen wurde ohne eine Chance zu Berufungsverfahren, ist nichts anderes eingefallen, als die Treib- und Hetzjagd auf den einzigen Rechtsnachfolger des Verstorbenen in NRW fortzusetzen. Sieh Zerschlagung 2.

Der Kläger ist Opfer einer kriminellen, gigantischen Umverteilungspolitik deutscher Bundesregierungen seit 1998 geworden. Dazu gehören jahrelange Verfolgung, vom Bundeskanzleramt gesteuert mit einer skrupellosen, weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft, in 2014 mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch mit einer kriminellen Kreispolizei, unter Steuerung durch die Staatsanwaltschaft, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl (Zerschlagung 5), . mit Schädigung durch einen Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der aus einer politisch motivierten Zerschlagung des Klägers Vorteile ziehen wollte (Zerschlagung 3). mit sozialer Zerschlagung unter Verlust sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4)

Umverteilung kann nicht darin bestehen, dass ein umverteilter Bürger zum Justizopfer gemacht wird, dass ihm trotz seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa einfach alles weggenommen wird und in erzwungener Altersarmut anschließend von einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft und von Obergerichtsvollziehern sozialer Pflichtversicherungen ohne Sinn und Verstand wie eine Sau durchs Dorf getrieben wird. Rechtliches Gehör: Grundrechtsgleiches Recht ohne Anspruch? Dies alles trotz erdrückender Beweislage, Beweise nach Bedarf erweiterbar!

Kein Weiter so.

Neubeginn mit angemessener Rehabilitierung und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution.

**Zu 98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum mit Integration des Digital-Gipfels
Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.**

Die politisch motivierten Zerschlagungen dauern jetzt 20 Jahre an.

Alle Staatsorgane sind längst informiert.

Seit 8 Jahren sind alle juristischen Anstrengungen des Opfers erfolglos.

Erfolglos war schon die Petition an den Deutschen Bundestag (2010 – 2012) unter der Merkel-Regierung

Schreiben an **Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert** vom 03.01.2011:

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Schreiben an **Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert** vom 28.05.2010:

„Petition für Gerechtigkeit, die allen deutschen Bürgern zusteht und von der Deutschland nur profitieren kann. Wir fordern mit der Petition nur Gerechtigkeit, die allen deutschen Bürgern zusteht und von der Deutschland nur profitieren kann: Schadenersatz und Anerkennung. Wir wollen unser langjähriges, lebenslanges Know-how in ein Centrum für Innovationseffizienz und Innovationswachstum einbringen. Wir wollen den IT-Gipfel, der vor der Enteignung Bestandteil unserer Congressmessen war, wieder zu einer professionellen Congressmesse entwickeln, um der heruntergewirtschafteten ITK-Branche wieder auf die Beine zu helfen. Mit einem Qualitätsservice für Innovationswachstum und Innovationseffizienz (Effizienzsteigerung ist ein hochaktueller Beitrag ähnlich wie Effizienz-Strategien der Energiebranche) **werden wir gedeckelte Mittelstandspotenziale erschließen** und zu einem marktgetriebenen Innovationswachstum mit neuen Arbeitsplätzen beitragen. Wir haben unser Leben lang nichts anderes gemacht, aber das professionell! Mit Schreiben vom 28.05.2010 haben wir Sie, sehr geehrter Herr Bundestagspräsident Lammert, persönlich über unsere berechnete Forderung (siehe Punkt 7 des Schreibens) informiert, nachlesbar mit Mausclick auf Internet-PDF:“

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Mit Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg

35. Verzögerungsrüge wegen Gefährdung grundrechtlicher Ansprüche

36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister

37. Erfüllung des Rehabilitierungsanspruchs sofort zu entscheiden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf>

Scroll down after link (page 3)

Erfolglos das Schreiben an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg vom 28.08.2011 (**OVG 11 RM 1.11 / OVG 11 M 16.11 / VG 27 K 66.11**):

„Der Kläger erwartet vom Gericht eine aktive Unterstützung seiner neuen Eigeninitiative mit dem Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister.

Zu 36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister

Da der Kläger auf die Anhörungsrüge im Schreiben vom 08.07.2011 und auf den Eilantrag im Schreiben vom 28.07.2011 bis heute keine Antwort erhalten hat, hat der Kläger die Eigeninitiative mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister ergriffen. Das Schreiben umfasst folgende Punkte:

01. Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung wegen verheerender Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000
02. UMTS-Auktion 2000: Niederträchtigste Form der Enteignung, Diffamierung und Diskriminierung
03. Frequenzversteigerung 2010: Politik ohne Verantwortung, ohne Respekt vor Grundrechten Betroffener, nichts dazugelernt
04. ITK-Branche 2000: Weltspitze mit herausragenden Congressmessen
05. Hitech-amputierte ITK-Branche 2011: Ohne Bedeutung im internationalen Wettbewerb
06. CeBIT-Niedergang im 11. Jahr: Spiegelbild der ITK-Branche
07. "Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende, Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum"
08. Nationaler IT-Gipfel unter Federführung des BMWi: Rückgabe an den enteigneten Veranstalter unter Ihrer Schirmherrschaft
09. Professionelle Umsetzung: Centrum für Innovationswachstum und Innovationseffizienz
10. Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998) auf unserer ONLINE 96: "Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"

Die Ausführungen zu den einzelnen Punkten (siehe Anlage: Brief an **Bundesminister Dr. Philipp Rösler**) sind auch mit Mausclick auf Internet-PDF nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Alle Anstrengungen waren vergeblich. Die aufgeführten Beispiele sind wahllos herausgegriffen.

Das System Deutschland hat längst Sanierungsbedarf, ist selbst Opfer einer schleichenden Staatskrise, und alle schauen zu. Einfach nur frustrierend!

Der Kläger, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und Sippenzerschlagung mit Todesopfer, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems, hat **trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa**

hat zusammen mit seiner Frau 30 (2x15) Lebensjahre eines erfolgreichen Lebenswerkes verloren. Einfach nur frustrierend!

Das ist Faktenlage 2018 in deutscher Justiz (sieh politisch motivierte Zerschlagungen 1 bis 6). Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

Velbert, 18.Feb.2018



Albin L. Ockl

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015

Anlage 18-01

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 30)

Anlage 18-02

Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017

Anlage 1 zur Zerschlagung 3:

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 200)

Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!

Antrag auf Härteleistung für

Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 16)

Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5

Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:

Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse

bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)

Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017

Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:

Anlage BVERFG-A:

Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Anlage BVERFG-B:

Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Anlage BVERFG-C:

Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

Anlage DEBEKA-D:

Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Anlage DEBEKA-E:

Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017

Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der

Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal

Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017

Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.

Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :

mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)

Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1

(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit

Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert) wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung

wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2

(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,

2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,

Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,

nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,

nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,

nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines

einzigsten Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,

vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach

politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge

mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Anlage DOK-03-0

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Anlage DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)

auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."

> > > <http://www.euro-online.de/h5.htm>

Anlage DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst. **“Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Anlage DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Anlage DOK-03-6

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-03-7

Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,

Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8

24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel

Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

Anlage DOK-03-9

Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001

Bundesminister Dr. Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-04-1

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001

Anlage DOK-04-2

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002

Anlage DOK-04-3

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003

Anlage DOK-04-4

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen

Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Anlage DOK-04-5

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen

Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05

Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 6)

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:

Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise-)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1

Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche

> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980

Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8>
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>
Keynote Speaker > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111>
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990

ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>
Keynote Speaker > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111>
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Congressmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5>
Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211111>
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2

Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000

ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4>
Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresses für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>
 Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>
 ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und ...Firmensymposien
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 2000-2003 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2>
 Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>
 ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf>

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003

Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
 ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
 25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in
Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und
2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in
elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3

**Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-
Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004**
**Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung
(politisch motivierte Zerschlagung)**

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3

**Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der
ONLINE'84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der
ONLINE 96 in Hamburg**

Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS- Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines
qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele

> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung
im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten
Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):

„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“

„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht . . .“
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf>

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf>
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf>

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf>

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf>

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf>

Anlage 3.55:

Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf>

Anlage 3.56:

Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf>

Anlage 3.57:

Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf>

Anlage 3.58:

Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf>

Anlage 3.59:

Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf>

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005**Anlage 3.61:**

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Anlage 3.62:

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Anlage 3.63:

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf>

Anlage 3.64:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und
Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf>

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche**Anlage 3.71:**

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht
professionellen Innovationstransfer

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Anlage 3.72:

Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in
Deutschland ohne Perspektive

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf>

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort

Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in
Deutschland ohne Perspektive

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf>

Anlage 3.74:

Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen
Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Anlage 3.75:

Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen
Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

**3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt**

Anlage 3.81:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des
Mittelstands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Anlage 3.82:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf>

Anlage 3.83:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf>

Anlage 3.84:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf>

Anlage 3.85:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf>

Anlage 3.86:

Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom
11.01.2010 -
Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf>

Anlage 3.87:

Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-
Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf>

Anlage 3.88:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:

Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und
des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige
Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:

Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Anlage 3.93:

Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Anlage 3.94

Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Anlage 3.95:

Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 3.96

Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
**Hilfesauftrag zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation**
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Auftrag ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Anlage 3.97

Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
**Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und
Justiz-Skandal**
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011, Seite 5-13

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger

(Seite 5-13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)

Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Anlage 4.01:

Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv

Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)

Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller

Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):

Congressband I Telekommunikation & Netze 2000

Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking

Congressband III Enterprise Networks & Call Centers

Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management

Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business

Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML

Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management

Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing

Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale

Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr

Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen

Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse

Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:

ONLINE Congressbände 1976-2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb) infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.

5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014

5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014

5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566) zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf>

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)

Pet 1-17-09-703-005442

Ergänzungen zu Anlage 3.91

6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)

6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)

6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)

6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt

trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c

6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie

Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf>

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler (Klage auf Schadenersatz und Rehabilitation, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015

Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE'84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor Dr. Günter Rexrodt

Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE'96 in Hamburg

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Legende mit Kapitelnummerierung

**Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung
und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)**

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014

01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolgreiche Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung

Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes

Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter

13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben

Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung

Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.

14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben“:

Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .

das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Europarat

Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung

wird behindert?

16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,

Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,

Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG

Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014

17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:

Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung. Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.

Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.

18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.

Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.

In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.

19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung

Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz

Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:

Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers

mit dem weltweit größten Congressangebot

mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten

mit flächendeckender Besucherwerbung und

mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung

Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann

21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:

Professionelle Dokumentation

hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form

auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft

Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen, zu den Innovationsschwerpunkten der

Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014

22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen

Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus

Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt

23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.

Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.

Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.

Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:

Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)

Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof

24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung

Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa

Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher

Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung

25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal

nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014

Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014

26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind , weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato

gedeckt, verzerrt und gebeugt wird

Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“

27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“

(Punkt 2a der Beklagten)

Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?

Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?

Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“

(Punkt 2b der Beklagten)

Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:

Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers

mit einem professionell operierenden Unternehmen,

mit einem exzellenten Lebenswerk,

mit ansehnlichen Altersrücklagen

Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“

29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum

Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der

Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000

März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte

Kommunikationsverweigerung zu erreichen

Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt

Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei

Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert

Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren

Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA

Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende

Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.

Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalters mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war

Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)

30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)

Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar

Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25

Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)

31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:

Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?

32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:

Was wird denn eigentlich beklagt?

Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur

> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch

> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität

33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:

Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger

Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:

Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden

35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers

Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird

36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist

sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen

Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)

37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG

Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden

2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa

Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)

38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG

Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011

Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei

Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung

39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin

Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG

40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,

an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),

ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > >

> > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.

Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014

Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011

41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs

Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten

Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution

Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert

Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .

Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > >

daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitation

42. Rechtsmittel der Beschwerde

im Rahmen des Prozesskostenhilfverfahrens

an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK

43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können

Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO

44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)

Mit Recht zurückzuweisen:

Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000

45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:

Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen

nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung

46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente

Rehabilitation unverzichtbar, weil

nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,

sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind

47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitation.

Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitation und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen 13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)

48. Rehabilitation durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:

Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution

Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen

International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen

49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und

Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitation

Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami

Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)

Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei

Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)

51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:

Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK

Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert

53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)

**„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“**

54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa

55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Europäische Congressmessen des Klägers haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus

56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .

57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . . und abschließender Rehabilitierung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats

Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)

58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung

59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin

Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitation anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG

60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitation

anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen

anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen

Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar

61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen

Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafter einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen

62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als

Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können

63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution

Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll

Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung

64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:

> Schläge in das Antlitz der Justitia

> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention

> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend

> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden

> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung

65. Unverzichtbare Rehabilitationsansprüche, längst beantragt vom

Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen

Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)

66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:

Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitation verweigert.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Scroll down after link (page 88)

**Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz /
Staatshaftung**

67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -

Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)

mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge

politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:

Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten

Bundesregierung (Zerschlagung 1) und

unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)

und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)

unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)

(Zerschlagung 4) und

wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)

und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen

mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution

über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als

Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten

aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,

aus Deutschland, Europa und weltweit

Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für

Innovationswachstum mit digitaler Evolution

Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ohne den Hauch einer Chance für das Opfer

Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung

Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:

Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlichtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung

Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.

Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG

Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen

Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen

Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen

Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.

71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, siehe Anlage BVG-02):

Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz

Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)

Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.

Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Siehe Zerschlagung 3

Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei (1992)

Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000

Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.

73. Anspruch auf Rehabilitation in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens, ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitation in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitation, Rehabilitation ist Teil der Staatshaftung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung

74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu

Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen

Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist

Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und

nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit

politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik

Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden

76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte

Rehabilitation ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte

Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar

77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren

78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch

79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz

1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen

80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für

digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission

Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile

Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch

Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 107)

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.08.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa

82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, für die Treib- und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod, für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtllichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers, wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 178)

Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .

85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: **Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte**
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtllichem Gehör gemäß Anlage
86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung, für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit

Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchsteleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 212)

Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017)

87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts

Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer zu PKH-Konditionen

Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forciertes Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012

88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?

Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?

Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und

weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 250)

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 284)

Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:

Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt

91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 316)

Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.

Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert

Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &

Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“

„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“

„Von den USA abgehängt“

Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa

Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)

Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter

Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)

Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren:

Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018.

Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!

System Deutschland ein Sanierungsfall?

Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

**Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf
Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen
Congressmessen für digitale Evolution**

94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges
beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu
schützen

95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als
Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und
von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit
Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa

96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer
politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution

Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der
Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender
Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, siehe Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, siehe
Anlage 18-02

Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der
Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>
Scroll down after link (page 39)

Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen

Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen

mit Eskalation zur Sippenerschlagung mit tödlichem Ausgang

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer **schleichenden**

Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird

Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches

Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem

Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.

System Deutschland hat Sanierungsbedarf.

98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an

angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und

angemessener Schadenersatz

für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

mit Integration des Digital-Gipfels

Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

per Fax an 030-9014-8790

**Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14**

**Kirchstraße 7
10557 Berlin**

Velbert, 31.März 2018

**Aktenzeichen: VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11
Berlin**

Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen

**politisch motivierter Zerschlagungen mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe im Zuge einer
rechtswidrigen Umverteilungspolitik mit krimineller Ausführung,
erzwungen durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
mit verheerenden Folgewirkungen eines gigantischen
Markteingriffs und mit anschließender totaler Diskriminierung
und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und
Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör
(staatliche Diskriminierung) sowie
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung mit Todesfolge
trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa**

**Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer eines
teuflischen Unrechtssystems)**

gegen

**Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557
Berlin (Beklagte)**

**Hier: Erinnerung an Umsetzung von angemessener
Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**

Fortsetzung durch Stellungnahme mit fortlaufender Nummerierung:

99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht mit politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit **Todesfolge mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit durch gegenseitige Amtshilfe durch gegenseitige Regierungshilfe durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa**

100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem **nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 € Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13 mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018 mit Handlungsbedarf der 27.Kammer Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007 trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa**

101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach **Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe als Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa**

102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung **mit Todesopfer seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!**

**103. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener Rehabilitation
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für
digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
**Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen
Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland,
Europa und weltweit****

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln des Schriftsatzes sind zusätzlich
nachlesbar in der Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 125)

Zu 99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht mit politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit durch gegenseitige Amtshilfe durch gegenseitige Regierungshilfe durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Die letzten Eingaben mit den Kapiteln 94 bis 98 sind gemäß Anforderung durch das Verwaltungsgericht noch einmal im Original zuzusenden, alles in zweifacher Ausfertigung, weil sonst Kopien auf Kosten des Opfers erstellt werden, obwohl das Opfer staatlich erzwungene Altersarmut ertragen muss, obwohl das Bundesamt für Justiz den Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe (wie bei Asylanten) mit einem Widerspruchsbescheid abgewiesen hat und und . . .

Kapitel 94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation seit 1998: 20 Jahre

Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen

Kapitel 95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und

von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:

zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit

Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kapitel 96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution

Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl: Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken

Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:

Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG

Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, siehe Anlage 18-01

Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, siehe Anlage 18-02

Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung

Die detaillierten Ausführungen dieses Schriftsatzes vom 05.Jan.2018 sind zusätzlich nachlesbar in der Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Kapitel 97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen

mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer **schleichenden Staatskrise**, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird

Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem

Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.

System Deutschland hat Sanierungsbedarf.

Kapitel 98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an angemessene Rehabilitation, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz

für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

mit Integration des Digital-Gipfels

Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.

Die detaillierten Ausführungen dieses Schriftsatzes vom 05.Jan.2018 sind zusätzlich nachlesbar in der Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Längst nachgewiesen ist:

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

mit politisch motivierten Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit **Todesfolge**

Längst nachgewiesen mit erdrückender Beweislage ist:

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Bundesregierung und Bayerische Staatsregierung, Zerschlagung 1 und 2)

im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Neu: Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz, **Anlage 18-05**)

im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk)

durch Fortsetzung der sozialen Zerschlagung mit einer skrupellosen, weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand, mit Anweisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt (Zerschlagung 5)

Zu 100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 € Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13 mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018 mit Handlungsbedarf der 27.Kammer Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007 trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Das Zerschlagungsoffer hat die für den ÖRR vertretungsberechtigten Intendanten des WDR, des ZDF und des BR (ARD-Vorsitzenden) zu Beginn des Monats März erneut angeschrieben.

Sieh **Anlage 18-04**

Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15.März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 117/89)

Das Anschreiben enthält folgende Abschnitte:

Abschnitt I. Schwerste Vorwürfe gegen die politische Spitze in Deutschland wegen staatlich erzwungener Altersarmut
Gigantische kriminelle Umverteilungspolitik der herrschenden Generation

seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden , kein Weiter-so

Mit gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,

unter Verantwortung von

> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).

unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Abschnitt II. Persönlichkeiten der politischen Führung mit höchstem Lob über das Lebenswerk des umverteilten Justizopfers, ein Lebenswerk für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit,

über 25 Jahre in jährlichem Turnus mit dem weltweit größten Congressangebot zu den digitalen Innovationsschwerpunkten

Deutschland 2018: Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa

nach politisch motivierter Zerschlagung des umverteilten Opfers

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, trotz

Anerkennung durch respektable Persönlichkeiten aus Deutschland, Europa und weltweit

Abschnitt III. Bis heute Wand des Schweigens:

Führende Persönlichkeiten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

verweigern Antwort zu gigantischer, krimineller Umverteilungspolitik der herrschenden Politiker-Generation

Sprachlosigkeit ist kein gutes Argument für Mitverantwortung an politisch motivierter und psychischer Zerschlagung, an einer kriminellen, gigantischen Umverteilungspolitik, die Deutschland zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa gemacht hat

Abschnitt IV. Bis heute Wand des Schweigens, in besonderer Weise diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre wurde kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung:

Sprachlosigkeit ist kein gutes Argument für allmächtige Verantwortung an politisch motivierter und psychischer Zerschlagung, an einer gigantischen Umverteilungspolitik, die Deutschland zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa gemacht hat, an Misshandlung umverteilter Opfer, die von einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft auf Weisung des Bundeskanzleramtes mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch zur JVA verschleppt werden

Abschnitt V. Bis heute Wand des Schweigens trotz Nachweis: Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mitverantwortlich, mitverantwortlich direkt an politisch motivierter Zerschlagung des Unterzeichners mit nachgewiesenem Schaden von mind. **100.000 EUR**

mitverantwortlich durch Beteiligung an Wand des Schweigens über gigantische Umverteilungspolitik mitverantwortlich durch Unterbindung und Verhinderung möglicher Aufklärung über die Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Abschnitt VI. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk, Westdeutscher Rundfunk verhindern bis heute Aufklärung zu Gigantischer, krimineller Umverteilungspolitik durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Abschnitt VII. Kein Weiter-so:

Schluss mit politisch motivierten, medial unterdrückten Zerschlagungen, Schluss mit Unterstützung durch eine Wand des Schweigens, durch einen massiven Verstoß des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks gegen ein qualifizierten Informationsauftrag im Staatsvertrag Aufforderung zur Beantwortung dieses Schreibens

Die detaillierten Ausführungen zu den Abschnitten sind zusätzlich in der Internet-Cloud einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 89)

Eine Antwort auf dieses Schreiben hat das Zerschlagungsoffer trotz dezidiertem Anmahnung bis heute nicht erhalten

Das Schreiben wurde auch dem Verwaltungsgericht Düsseldorf (27. Kammer, 27 K 5854/13) zugesandt. Unerträglich ist die heimtückische Kumpanei gebührenfinanzierter, öffentlich-rechtlicher Vertragspartner mit offensichtlicher Vorteilsnahme.

Sieh auch

Zerschlagung 3: unter Verantwortung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten, in **Erklärungsnot wegen Mitwisserschaft, medialer Rundfunk- und Fernsehsperrung, Mittäterschaft, strafbarer Kumpanei und diskriminierender Kommunikationsverweigerung seit 2007**

Versagung von jeglichem Gehör (rechtlich, politisch, medial) zu politisch motivierten Zerschlagungen des Klägers, unter direkter Beteiligung des Gebühren-finanzierten, beklagten Rundfunks trotz des Nachweises eines direkten Schadens von 100.000 EUR trotz des Nachweises eines viel höheren Schadens durch Mittäterschaft, Mitwisserschaft und strafbarer Kumpanei, trotz massiver Verstöße des Beklagten gegen Medienrecht, Rundfunkrecht und Telekommunikationsrecht mit kapitaler Schadenswirkung auf professionelle Unternehmungen des Klägers

Verwaltungsgerichtliches Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 5854/13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch4.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRReinspruch3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise3.pdf>

Das Zerschlagungsopfer hat mit Antrag auf Prozesskostenhilfe durch alle Instanzen geklagt wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu **politisch motivierten Zerschlagungen unter direkter Beteiligung des Gebühren-finanzierten, beklagten Rundfunks**, bis zum Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, auch hier mit Versagung von rechtlichem Gehör, sodass das Opfer gezwungen war, erneut und wiederholt das Bundesverfassungsgericht mit einer Verfassungsbeschwerde wegen Versagung von rechtlichem Gehör anzurufen. Sieh aktuelle

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018 .

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Bis heute eine Wand des Schweigens:

Führende Persönlichkeiten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks verweigern Antwort zu krimineller Umverteilungspolitik der herrschenden Politiker-Generation

Sprachlosigkeit ist kein gutes Argument für Mitverantwortung

an politisch motivierter und psychischer Zerschlagung,

an einer gigantischen, kriminellen Umverteilungspolitik, die

Deutschland zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa gemacht hat

Aus Schreiben des Unterzeichners vom 12.Juni 2017 an Frau Maischberger (WDR):

„Wir klagen an (2)

Politisch motivierte Zerschlagungen in Deutschland mit

extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu

Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Unser Schreiben vom 30.April 2017, unser Email vom 24.Mai 2017

(Fortsetzung)

Mit Zuschauen wird überhaupt nichts gut:

**Kirchen mischen sich ein, Parteien nehmen Stellung:
Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu gigantischen
Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010** oder

Unter diesem Thema habe ich eine Maischberger-Sendung vorgeschlagen mit folgenden Diskussionsteilnehmern:

Vorsitzender des Rates der EKD

Herrn Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm

Erzbischof von Köln

Herrn Rainer Maria Kardinal Woelki

Ministerpräsident des Freistaates Bayern und Vorsitzender der CSU

Herrn Horst Lorenz Seehofer

Fraktionsvorsitzende der BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Frau Katrin Dagmar Göring-Eckardt

Bundsvorsitzende der Freien Demokratischen Partei,

Herrn Christian Lindner“

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 72)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Legende.pdf>

Bis heute eine Wand des Schweigens.

Ordentliche Verfahren am Bundesverwaltungsgericht setzen eine anwaltliche Vertretung voraus. Dem PKH-Antrag auf anwaltliche Vertretung trotz qualifizierten Vortrag des Antragstellers wurde nicht stattgegeben. Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig wollte sich mit der strafbaren Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner mit Vorteilsnahme (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) nicht auseinandersetzen, hat aber die Mühen einer Kostenberechnung wegen Versagung von rechtlichem Gehör nicht gescheut.

Das Bundesamt für Justiz (BfJ) wurde mit der Kosteneintreibung beauftragt. **Nicht nur deswegen hat das Zerschlagungsoffer Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe beantragt.**

Zu 101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner
Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe als Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Das Zerschlagungsoffer hat mit Schreiben vom 06.Okt.2016 Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe beantragt: Sieh Härteleistungen/Opferhilfe des BfJ für Opfer extremistischer Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten
> > > <https://www.bundesjustizamt.de>

Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe
Einspruch gegen Rechnungen für politisch motivierte Zerschlagungen mit Versagung von rechtlichem Gehör, mit Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren und Versagung des Zugangs zum Grundgesetz seit 2010 nach lebenslangen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland, nach Verlust von Menschenleben, nach kapitalen Vermögensschäden, nach Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch, nach sozialer Ausgrenzung und Zerschlagung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Der Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe wurde mit umfangreichen Unterlagen (insgesamt 150 Seiten) begründet:

Anlage A: Erweiterte Verfassungsbeschwerde, weil kein Zugang zum Grundgesetz seit 2010 (verfassungswidriger Dauerzustand) vor dem Hintergrund von politisch motivierter und psychischer Zerschlagung, aktualisiert am 26.Aug. 2016

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-151617.pdf>

Anlage B: Zivilrechtliche Klage (2 O 70/15 Landgericht Wuppertal) auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E16.pdf>

Anlage C: Zivilrechtliche Klage (2 O 163/16 Landgericht Wuppertal) auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge

nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag und wegen kapitaler Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Über den Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe hat das Opfer als Mitglied der römisch-katholischen Kirche ausführlich informiert (in zeitlicher Reihenfolge):

Seine Exzellenz Dr. Franz-Josef Overbeck, Bischof von Essen,
Seine Eminenz Rainer Maria Kardinal Woelki, Erzbischof von Köln,
sowie
Landesbischof Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm,
Ratsvorsitzenden der EKD

Der Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe war an den Präsidenten des Bundesamtes für Justiz adressiert.

Geantwortet hat ein Mitarbeiter mit Zusendung eines Antragsformulars, das kurzfristig terminiert, auszufüllen und mit umfangreichen Unterlagen zu belegen war (insgesamt 400 Seiten am 02.Dez.2006):

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>
Scroll down after link (page 6)

Parallel zum Verfahren mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe musste das Opfer **rücksichtslose Zwangsmassnahmen eines vom BfJ beauftragten Obergerichtsvollziehers** abwehren und anschließende Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert und Landgericht Wuppertal hinnehmen (mit umfangreichem Begründungsaufwand). Sieh Internet-gestützte Doku:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-01.pdf>

Im November 2017, also **über ein Jahr nach Antrag**, erhält das Opfer eine Mitteilung vom BfJ (de facto Empfangsbestätigung mit Priorität für bereits durchgeführte rücksichtslose Zwangsmaßnahmen) über Ablehnung der Gewährung einer Härteleistung, mit 2 Sätzen der Begründung und einer halben Seite missgünstiger Rechtsbehelfsbelehrung.

Das Opfer hat mit Schriftsatz vom 11.Dez.2017 geantwortet. Der Brief ist zusätzlich in der Cloud nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>
Scroll down after link (page 16)

Jetzt erhält das Opfer vom BfJ einen Widerspruchsbescheid mit Postzustellungsurkunde vom 14.April 2018 (Anlage 18-05 als Beweis).

Mit Schriftsatz vom 11.Dez.2017 wurde definitiv kein Widerspruch erhoben, der Widerspruchsbescheid ist somit gegenstandslos, weil das Opfer finanziell nicht in der Lage ist, weitere Gerichtsverfahren zu eröffnen, weil das BfJ weder zu Härteleistung noch zu Kostenübernahme bereit ist, weil das BfJ im Zuge der gegenseitigen Amtshilfe lediglich zur Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen beitragen möchte.

Zu 102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!

Die Bayerische Staatsregierung war bestens informiert über die Vorgänge der gigantischen Umverteilungspolitik, erzwungen von der deutschen Bundesregierung durch

Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 (sieh Kapitel 100 Abschnitt I) und über das Schicksal der Europäischen Congressmessen, ihres Gründers und Organisators, des Zerschlagungsopfers. Beklagt ist hier die **extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer (Bruder des Zerschlagungsopfers)**.

Das Todesopfer hatte nicht den Hauch einer Chance, von einer kriminellen bayerischen Verwaltung im Landkreis Tirschenreuth in den wirtschaftlichen Ruin und in den Tod getrieben.

Sieh

Zerschlagung 2: unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1

Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen Rechtsnachfolger in NRW

Zivilgerichtliches Verfahren am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) rechtshängig

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

Zerschlagung 1: unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung für Vernichtung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa **Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Opfers bei Umsetzung einer gigantischen Umverteilungspolitik nach mehrfachen Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen**

Zivilgerichtliches Verfahren der Klage auf Schadenersatz am Landgericht Wuppertal (2 O 70/15) mit

Rechtsbeschwerde am BGH und Verfassungsbeschwerden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15-3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-E17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-15.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Längst nachgewiesen mit erdrückender Beweislage beim Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) und beim Bundesverfassungsgericht (**2 BvR 628/17**, siehe Zerschlagung 2)

Darüber hinaus wurde Strafanzeige erstattet wegen Rechtsbeugung ohne die Chance einer juristischen Auflösung (1 AR 481/14 Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof vom 09.04.2014)

Durch kriminellen Amtsmissbrauch und kriminelle Rechtsbeugung in der regionalen Verwaltung mit verwaltungsgerichtlicher Unterstützung:

- > Beseitigung eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs und Tod des Inhabers wegen Hygiene-Desaster des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes, von kommunalen Amtsträgern und sog. richterlichen Mediatoren in den wirtschaftlichen Ruin und in den Tod getrieben
- > Manipulation von Grundstücksrechten mit Schlüsselbedeutung in einem Verwaltungs-, Umwelt- und Justizskandal,
mit unbewältigter NS-Vergangenheit, mit 2. Todesfall (Vater der Brüder, Todesopfer und Zerschlagungsopfer)

Der Bruder des Zerschlagungsopfers, Wendelin Josef Ockl, ist das **Todesopfer** für ein Prestige-Projekt bayerischer Politik und Verwaltung. Der Verstorbene war Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen), eines Tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen Energieerzeugung.

Seit Ende der 90er Jahre hat sich sein Bruder vergeblich dagegen gewehrt, dass auf seinem Hofgrundstück eine Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit Rohrbrüchen in 5m-Entfernung in Existenz bedrohender Weise für seinen Lebensmittelbetrieb mit qualifizierten, immer wieder prämierten Bäckerei- und Konditoreiprodukten (keine Massenproduktion) von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich (einschließlich Gemeinde Leonberg) errichtet wurde und betrieben wird. Die Errichtung der Pumpwerksanlage wurde mit heimlicher Manipulation der Grundstücksrechte des Verstorbenen auf der Basis von NS-Dokumenten aus 1943, mit Unterstützung vor allem der Verwaltungsgerichte, rücksichtslos mit brachialer Gewalt durchgeboxt.

Eskalierender Extremismus zu Sippenzerschlagung mit Todesopfer ohne Sinn und Verstand trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

**Zu 103. Kein Weiter so ! Neubeginn !
Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa auf Staatskosten
zum großen Nutzen für Deutschland und Europa
Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für
digitale Evolution in Deutschland und Europa
Europäische Congressmessen für digitale Evolution:
Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen
Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland,
Europa und weltweit**

Kein Weiter so.

Neubeginn mit angemessener Rehabilitierung und professionellem
Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit
**Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz
und Innovationswachstum.**

Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa sind Zeugen für
Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in
Deutschland und Europa: Sieh

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01

**Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident
der Bundesrepublik Deutschland
Ministerpräsident Dr. Johannes Rau**

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den
Strukturwandel"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-02

**Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik
Deutschland,**

Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische
Kommunikation

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für

Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE
1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“. . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)

Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)

Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber

der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

(verstorben 2016 in Hamburg)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

DOK-03-6

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

DOK-03-7

Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,

Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa (Fortsetzung) als Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Sieh

Anlage 18-04 Seite 9 Abschnitt II: Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15.März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 95)

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK / ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang.

Das ist das Lebenswerk des Justizopfers, es hat sein Leben lang nichts anderes gemacht, aber das professionell und mit Perfektion. Deutschland und Europa haben davon maximal profitiert. Die deutsche ITK-Branche, die deutsche Telekommunikation war im Jahr 2000 Weltspitze.

"8 Congressse in 1 Messe", jeder Congress mit 4 **ganztägigen** Symposien, also insgesamt **32 (4x8) ganztägige Symposien zu 32 Innovationsschwerpunkten der ITK-Branche** waren das überlegene, unschlagbare Konzept der innovationsorientierten Congressmessen mit **zusätzlichen, vertriebsorientierten Workshop-Reihen** der innovationsorientierten Aussteller und **abschließende, ganztägige Tutorials** mit innovationsorientiertem Fortbildungscharakter für den innovationsorientierten Mittelstand. Diese Congressmessen, die mit dem weltweit einmaligen Konzept des Innovationstransfers einen signifikanten Beitrag zum Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet haben, die mit herausragenden Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den **"Nationalen IT-Gipfel" (heute Digital-Gipfel unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums)** in jährlichem Turnus umgesetzt haben, sind das Lebenswerk des Klägers.

Erdrückende Beweislage durch die Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder durch Zeugenaussagen von höchst qualifizierten Congressleitern
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Diese Congressmessen haben den Innovationsmarkt der ITK-Branche mit maximaler Qualität und ohne Subventionen dominiert.

Dieser Innovationsmarkt wurde mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 der Schröder-Regierung völlig zerstört. Mit einem Markteingriff der Monsterklasse unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung vor mehr als 17 Jahren, der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten Auktionsbetrag, und der bis heute andauernden staatlichen Diskriminierung wurde **das Lebenswerk und ansehnliche Altersrücklagen des Justizopfers irreversibel zerstört, seine Existenz-Grundlage vernichtet.**

Mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR) wurde das Loch im Bundeshaushalt (25%) gefüllt. Der Bundeshaushalt 2000/2001 ist das **größte Milliardengrab aller Zeiten**, weil nach 1 Jahr das Loch wieder da war: **Tatsache ist, dass mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag der deutsche Innovationsmarkt zerstört wurde zugunsten eines 25%-Lochs im Bundeshaushalt 2000 / 2001**, sehr zur Freude des internationalen Wettbewerbs, mit tödlichem Ausgang für den innovationsorientierten Mittelstand in Deutschland. 1 Jahr lang war das Loch gestopft, dann war es wieder da, sodass einschneidende Strukturveränderungen mit der Agenda 2010 und HARTZ IV nicht mehr vermeidbar waren:

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/UMTS-staatsv.pdf>

Selbst der Flughafen Berlin 2017 ist im Vergleich nur ein kleines Milliardengrab, wobei am Ende hoffentlich ein funktionsfähiger Flughafen existiert. Im Gegensatz zum Bundeshaushalt 2001/2002:

Das Loch im Bundeshaushalt war nach 1 Jahr wieder da und die Probleme waren um ein Vielfaches gewachsen, weil der Innovationsmarkt völlig zerstört war und ausländische und inländische Kapitalgeber (Kapitalflucht) keinerlei Lust hatten, mit Investitionen in den Innovationsmarkt „schwarze Löcher“ im Bundeshaushalt zu finanzieren, an denen Albert Einstein seine Relativitätstheorie hätte nachweisen können

> > > **Beweis durch Zeugnis des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier**,
Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000.

> > > Beweise für herausragende Congressmessen in der 27.Kammer vorliegend:

Anlagen in fortlaufender Nummerierung der Beweise-Ordner 1, 2, 3

Anlagen im Beweise-Ordner 1

Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1971 -1990

Anlagen im Beweise-Ordner 2

Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.03:

Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung (mehrere 100.000 Exemplare gedruckt und verteilt)

> > > Beweis mit Anlagen hier

DOK-03-8

über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel

Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

(ISBN 3-89077-192-0, einer insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

DOK-03-9

Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001

Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001

Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

So hat das Zerschlagungsoffer mit Schriftsatz vom 11.März 2011 seine Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung eröffnet:

Wie ist es möglich,

> **dass** mit einer folgenschweren UMTS-Auktion 2000 Existenz-Grundlagen vernichtet werden,

> **dass** die Innovationsfähigkeit einer führenden Zukunftsbranche (Punkt 25 der Petition) abgewürgt und begraben wird,

> **dass** ein Unternehmens-Genozid (Punkt 12 der Petition) ausgelöst und verheimlicht wird,

> **dass** ein Jahrhundert-Desaster zum Schaden von Deutschland (Punkt 35 der Petition) veranstaltet wird,

ohne dass sich jemand darüber wundert?

Mit der UMTS-Auktion 2000 (Frequenzversteigerung für den Mobilfunk der 3. Generation) wurde der Branche für IT und Telekommunikation (ITK-Branche) über 100 Mrd € in Europa (davon über 50 Mrd € in Deutschland) mit einem Versteigerungstermin ad hoc entzogen und damit verheerende Folgewirkungen für die Wirtschaft in transatlantischer Dimension ausgelöst. Mit den Folgewirkungen der UMTS-Auktion wurde unserem Unternehmen die Existenz-Grundlage entzogen. Unser Lebenswerk wurde zerstört. **Schadenersatz und Rehabilitation sind seit März 2010 Gegenstand unserer Petition beim Deutschen Bundestag.** Unsere ausführlichen Petitionseingaben (Stand Januar 2011) sind mit Mausclick auf Internet-PDFs nachlesbar:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Klage-Eröffnung nachlesbar im Internet:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VWG-110311.pdf>

"Wir brauchen eine neue Gründungsoffensive", so der neue Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier im WAZ-Interview vom 28.Feb.2018: Sieh

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)

"Wir brauchen eine Gründungsoffensive"

WAZ-Interview vom 28.Feb.2018

mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Die neue Bundesregierung will in Digitalisierung investieren. Mit viel Geld kann ein großes Strohfeuer inszeniert werden. Wenn das Stroh verbrannt ist, ist das Geld verbrannt. Ein großes Milliardengrab wie bei der staatlichen UMTS-Auktion 2000, mit der die **"New Economy" im Jahr 2000** eliminiert worden ist. Die **"New Economy" war eine Schöpfung der Europäischen Congressmessen des Zerschlagungsopfers.**

Kein Weiter so. Daher:

Neubeginn mit angemessener Rehabilitation und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution.

Velbert, 31.März 2018



Albin L. Ockl

Anlagen dieses Schriftsatzes

Anlage 18-03

Schriftsätze an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05.Jan.2018 und vom 18.Feb.2018 (gesamt 21 Seiten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Anlage 18-04

Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15.März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05

Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12.März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-02

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland,

Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für

Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“. . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)

Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)

Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber

der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

(verstorben 2016 in Hamburg)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

DOK-03-6

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

DOK-03-7

Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,

Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8

über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel

Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

DOK-03-9

Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001

Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse

ONLINE2000/2001

Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)

"Wir brauchen eine Gründungsoffensive"

WAZ-Interview vom 28.Feb.2018

mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015

Anlage 18-01

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 30)

Anlage 18-02

Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017

Anlage 1 zur Zerschlagung 3:

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 200)

Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!

Antrag auf Härteleistung für

Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 16)

Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5

Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:

Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse

bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)

Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017

Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:

Anlage BVERFG-A:

Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Anlage BVERFG-B:

Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Anlage BVERFG-C:

Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

Anlage DEBEKA-D:

Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Anlage DEBEKA-E:

Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017

Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der

Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal

Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017

Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.

Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :

mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)

Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1

(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit

Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert) wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf, 2 O 70/15 Landgericht Wuppertal

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung

wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2

(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,

2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,

Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,

nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,

nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,

nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines

einzigsten Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,

vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach

politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge

mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Anlage DOK-03-0

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Anlage DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)

auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."

> > > <http://www.euro-online.de/h5.htm>

Anlage DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst. **“Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Anlage DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Anlage DOK-03-6

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-03-7

Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,

Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8

24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel

Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

Anlage DOK-03-9

Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001

Bundesminister Dr. Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-04-1

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001

Anlage DOK-04-2

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002

Anlage DOK-04-3

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003

Anlage DOK-04-4

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen

Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Anlage DOK-04-5

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen

Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05

Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 6)

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:

Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1

Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche

> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980

Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8>
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>
Keynote Speaker > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990

ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>
Keynote Speaker > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Congressmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5>
Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2

Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000

ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4>
Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congressse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congressse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congressse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>
Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>
ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und ...Firmensymposien
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge,
Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

2000-2003 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2>
Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>
ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf>

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003

Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
Firmensymposien und Tutorials
Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance

Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in
Deutschland
26. Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und
2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in
elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3

**Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-
Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung
(politisch motivierte Zerschlagung)**

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3

**Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der
ONLINE'84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der
ONLINE 96 in Hamburg**

Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS- Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines
qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele

> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1. Mal Schrumpfung
im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten
Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):

„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“

„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht . . .“
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf>

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:

1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf>

2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf>

Anlage 3.52:

Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf>

Anlage 3.53:

Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -

Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf>

Anlage 3.54:

Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 -

Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf>

Anlage 3.55:

Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf>

Anlage 3.56:

Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf>

Anlage 3.57:

Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf>

Anlage 3.58:

Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf>

Anlage 3.59:

Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf>

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005**Anlage 3.61:**

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Anlage 3.62:

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 -
Koalitionsvertrag und Breitband-Internet

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Anlage 3.63:

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 -
Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf>

Anlage 3.64:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 -
Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und
Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 -
„Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf>

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche**Anlage 3.71:**

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 -
Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht
professionellen Innovationstransfer

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Anlage 3.72:

Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in
Deutschland ohne Perspektive

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf>

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort

Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in
Deutschland ohne Perspektive

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf>

Anlage 3.74:

Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen
Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Anlage 3.75:

Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen
Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

**3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt****Anlage 3.81:**

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des
Mittelstands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Anlage 3.82:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf>

Anlage 3.83:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf>

Anlage 3.84:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf>

Anlage 3.85:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf>

Anlage 3.86:

Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom
11.01.2010 -

Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf>

Anlage 3.87:

Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-
Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf>

Anlage 3.88:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:

Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und
des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige
Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:

Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Anlage 3.93:

Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Anlage 3.94

Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Anlage 3.95:

Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 3.96

Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
**Hilfesauftrag zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation**
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Auftrag ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Anlage 3.97

Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
**Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und
Justiz-Skandal**
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011, Seite 5-13

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger

(Seite 5-13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)

Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Anlage 4.01:

Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv

Programmroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)

Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller

Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):

Congressband I Telekommunikation & Netze 2000

Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking

Congressband III Enterprise Networks & Call Centers

Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management

Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business

Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML

Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management

Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing

Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale

Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr

Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen

Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse

Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmroschüren:

ONLINE Congressbände 1976-2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb) infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.

5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014

5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014

5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566) zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf>

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)

Pet 1-17-09-703-005442

Ergänzungen zu Anlage 3.91

6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)

6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)

6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)

6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt

trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c

6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie

Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf>

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler (Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015

Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE'84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor Dr. Günter Rexrodt

Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE'96 in Hamburg

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Legende mit Kapitelnummerierung

**Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung
und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)**

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014

01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolgreiche Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000
Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung

Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,

Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes

Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter

13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben

Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung

Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.

14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben“:

Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .

das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Europarat

Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung wird behindert?

16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,

Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,

Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG

Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014

17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:

Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.

Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.

Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.

18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.

Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.

In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.

19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung

Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz

Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:

Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers

mit dem weltweit größten Congressangebot

mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten

mit flächendeckender Besucherwerbung und

mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung

Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann

21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:

Professionelle Dokumentation

hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form

auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft

Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen, zu den Innovationsschwerpunkten der

Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014

22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen

Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus

Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt

23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.

Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.

Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.

Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:

Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)

Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof

24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung

Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa

Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher

Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung

25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal

nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014

Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014

26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind , weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato

gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird

Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“

27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“

(Punkt 2a der Beklagten)

Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?

Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?

Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“

(Punkt 2b der Beklagten)

Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:

Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers

mit einem professionell operierenden Unternehmen,

mit einem exzellenten Lebenswerk,

mit ansehnlichen Altersrücklagen

Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“

29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum

Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der

Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000

März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte

Kommunikationsverweigerung zu erreichen

Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt

Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei

Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert

Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren

Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA

Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende

Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.

Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalters mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)

30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)

Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar

Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss

der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25

Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)

31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:

Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?

32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:

Was wird denn eigentlich beklagt?

Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur

> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch

> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität

33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:

Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger

Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:

Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden

35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers

Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird

36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist

sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen

Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)

37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG

Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden

2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa

Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)

38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG

Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011

Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei

Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung

39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin

Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG

40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,

an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),

ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > >

> > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.

Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014

Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011

41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs

Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten

Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution

Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert

Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .

Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > >

daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitation

42. Rechtsmittel der Beschwerde

im Rahmen des Prozesskostenhilfverfahrens

an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK

43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können

Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO

44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)

Mit Recht zurückzuweisen:

Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000

45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:

Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen

nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung

46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente

Rehabilitation unverzichtbar, weil

nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und

Bundesregierung involviert sind,

sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind

47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitation.

Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitation und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen 13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)

48. Rehabilitation durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:

Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution

Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen

International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen

49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und

Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitation

Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami

Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)

Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei

Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)

51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:

Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK

Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert

53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)

**„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“**

54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa

55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Europäische Congressmessen des Klägers haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus

56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .

57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . . und abschließender Rehabilitierung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats

Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)

58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung

59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:

Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin

Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitation anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG

60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitation

anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen

anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen

Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar

61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen

Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafter einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen

62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als

Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können

63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution

Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll

Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung

64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:

> Schläge in das Antlitz der Justitia

> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention

> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend

> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden

> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung

65. Unverzichtbare Rehabilitationsansprüche, längst beantragt vom

Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen

Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)

66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:

Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitation verweigert.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Scroll down after link (page 88)

**Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz /
Staatshaftung**

67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -

Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)

mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge

politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:

Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten

Bundesregierung (Zerschlagung 1) und

unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)

und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)

unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)

(Zerschlagung 4) und

wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)

und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen

mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution

über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als

Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten

aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,

aus Deutschland, Europa und weltweit

Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für

Innovationswachstum mit digitaler Evolution

Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ohne den Hauch einer Chance für das Opfer

Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung

Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:

Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlichtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung

Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.

Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG

Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen

Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen

Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen

Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.

71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, siehe Anlage BVG-02):

Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz

Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)

Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.

Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Siehe Zerschlagung 3

Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei (1992)

Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000

Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.

73. Anspruch auf Rehabilitation in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens, ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitation in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitation, Rehabilitation ist Teil der Staatshaftung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung

74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu

Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen

Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist

Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und

nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit

politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik

Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden

76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte

Rehabilitation ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte

Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar

77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren

78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 107)

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.08.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa

82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, für die Treib- und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod, für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5

Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtllichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011

Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld

wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers, wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält

84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution

Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 178)

Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .

85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:

Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte

September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtllichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung, für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit

Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 212)

**Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des
Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am
13.Okt.2017)**

87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten
Rechtsanwalts

Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als
Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht)
mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines
juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen

Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in
2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind
wegen forciertes Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen
einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012

88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von
Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?

Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen
Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten
Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne
auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?

Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber
von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später
zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf
Terminverschiebung der Rehabilitation bis nach Klärung von
Schadenersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März
2017) zurücknehmen zu können und

**weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der
Wiederaufbauphase u.a.m.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 250)

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 284)

Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:

Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt

91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 316)

Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.

Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert

Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &

Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“

„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“

„Von den USA abgehängt“

Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa

Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)

Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter

Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)

Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren:

Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018.

Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!

System Deutschland ein Sanierungsfall?

Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

**Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf
Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen
Congressmessen für digitale Evolution**

94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges
beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu
schützen

95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als
Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und
von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit
Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa

96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer
politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution

Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der
Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender
Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, siehe Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, siehe
Anlage 18-02

Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der
Risikobeherrschung in der Digitalisierung

Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen

Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen

mit Eskalation zur Sippenerschlagung mit tödlichem Ausgang

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer **schleichenden**

Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird

Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches

Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem

Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.

System Deutschland hat Sanierungsbedarf.

98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an

angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und

angemessener Schadenersatz

für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

mit Integration des Digital-Gipfels

Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

mit politisch motivierten Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenerschlagung mit **Todesfolge**

mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit

durch gegenseitige Amtshilfe

durch gegenseitige Regierungshilfe

durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner

durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung

3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem **nachgewiesenen**

Mindestschaden von 100.000 €

Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13

mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018 mit Handlungsbedarf der 27.Kammer

Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt

und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner

Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach **Antrag auf Härteleistung** für Opfer extremistischer Übergriffe als

Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zur Sippenzerschlagung **mit Todesopfer**

seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte

Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung

mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!

103. Kein Weiter so ! Neubeginn !

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung

für professionellen Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:

Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 125)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7
10557 Berlin

Velbert, 05.Mai 2018

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11
Berlin

Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen

politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe im Zuge einer
rechtswidrigen Umverteilungspolitik mit krimineller Ausführung,
erzwungen durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
mit verheerenden Folgewirkungen eines gigantischen
Markteingriffs und mit anschließender totaler Diskriminierung
und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und
Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör
(staatliche Diskriminierung) sowie
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung mit **Todesfolge**

trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland
und Europa

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer eines
teuflischen Unrechtssystems)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557
Berlin (Beklagte)

**Hier: Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**

Fortsetzung durch Stellungnahme mit fortlaufender Nummerierung:

104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher
> Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmassnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks

105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,
bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst, nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde
Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:
Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010
Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu **Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens** und kapitalen Vermögensschäden
Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,
bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:
im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),
im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),
in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)
Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)
Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe: Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und

mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst in NRW

"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erziehungshaft, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden

"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt

"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut: Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit

108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldern:

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von "Drittschuldern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur **Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens** und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)

Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders.

Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält

Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz

wegen für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe

109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin, vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat

Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe **mit Verlust eines Menschenlebens**, mit kapitalen Vermögensschäden und Zerschlagung der bayerischen Heimat Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers

110. Kein Weiter so ! Neubeginn !

**Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:
Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des
Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und
Europa**

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

**Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den
digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und
Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit**

**Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung
für professionellen Wiederaufbau der**

**Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa auf Staatskosten**

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

**Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des
Bundespräsidenten**

am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt

zu den Zusammenhängen von

gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010

zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust

eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln des Schriftsatzes sind
zusätzlich nachlesbar in der Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 180)

Zu 104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher
> Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmassnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks

Der Kläger, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, hat mit Schriftsatz vom 31.März 2018 die **Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung, von Schadenersatz und von professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution** angemahnt:

Kapitel 99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht mit politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit **Todesfolge** mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit durch gegenseitige Amtshilfe durch gegenseitige Regierungshilfe durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kapitel 100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem **nachgewiesenen Mindestschaden von 100.000 €** Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13 mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018 mit Handlungsbedarf der 27.Kammer Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007 trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kapitel 101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner

Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach **Antrag auf Härteleistung** für Opfer extremistischer Übergriffe als Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kapitel 102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung **mit Todesopfer** seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!

Kapitel 103. Kein Weiter so ! Neubeginn ! Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten zum großen Nutzen für Deutschland und Europa Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa: Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa Europäische Congressmessen für digitale Evolution: **Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit**

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln dieses Schriftsatzes sind zusätzlich nachlesbar in der Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 125)

Darüber hinaus hat der Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, mit **Schriftsatz vom 03.Mai 2018 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf (27 K 5854/13) eine neue Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Zerschlagung 3 durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk eingereicht:**

Kapitel 113. Nicht mehr hinnehmbar: Unerträgliche Anhörungsresistenz des Beklagten zur Mitschuld an politisch motivierten Zerschlagungen und diskriminierende Arroganz durch Missbrauch von Bescheiden zur bössartigen Schikanierung des Opfers, dem der Beklagte großen Schaden zugefügt hat durch Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu **Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens** mit kapitalen Vermögensschäden trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Kapitel 114. Anrufung des Bundesverfassungsgericht mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 15.Jan.2018:

> Handlungsbedarf für das Verwaltungsgericht

Schreiben an Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (WDR, BR, ZDF) vom 06.März 2018 als Teil der Verfassungsbeschwerde:

> Erhöhter Handlungsbedarf (1.Steigerung) für das Verwaltungsgericht

Rache der Intendanten mit Missbrauch von Bescheiden zur böartigen Schikanie des Opfers, dem der Beklagte großen Schaden zugefügt hat:

> Höchster Handlungsbedarf (Superlativ) für das Verwaltungsgericht

Kapitel 115. "Kampf gegen eine teuflische Mauer des Schweigens", Verwaltungsgericht mit Schriftsatz vom 15.März 2018 informiert: Schriftsatz vom 06.März 2018 an den Beklagten als Ergänzung zur Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 15.Jan.2018 zur Entscheidung bei der zuständigen Richterammer im Ersten Senat des BVerfG

sowie zur Information an weitere Hauptverantwortliche wie Herrn Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks. Herrn Dr. Thomas Bellut, Intendant Zweites Deutsches Fernsehen vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Kapitel 116. "Kampf gegen eine teuflische Mauer des Schweigens", Antwort des Beklagten auf Verfassungsbeschwerde vom 15.Jan.2018 leider Fehlanzeige

Antwort des Beklagten auf Schriftsatz vom 06./15. März 2018 als Teil der Verfassungsbeschwerde trotz terminierter Aufforderung leider Fehlanzeige

Rache des Beklagten mit Missbrauch von Bescheiden, mit Zahlenkolonnen und Zahlenstatistiken, Vollstreckungskosten und Säumniszuschlägen

Diskriminierung des Zerschlagungsopfers als Täter durch den wirklichen Täter

Zurückweisung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt und Zurückweisung jeglicher Falschinformation über Beendigung von verwaltungsgerichtlichen Verfahren an den Verwaltungsgerichten in Düsseldorf (27 K 5854/13) und Berlin (VG 27 K 308.14) und Zurückweisung jeglicher Täterschuld durch das Zerschlagungsopfer

Kapitel 117. Bis heute teuflische Mauer des Schweigens trotz seriösem Nachweis:

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mitverantwortlich,

> seit 1998 mitverantwortlich direkt an politisch motivierten Zerschlagungen des Unterzeichners mit nachgewiesenem Schaden von mind. **100.000 EUR**

> mitverantwortlich durch Beteiligung an teuflischer Mauer des Schweigens über gigantische Umverteilungspolitik und kriminelle Zerschlagungspolitik, > mitverantwortlich durch Unterbindung und Verhinderung möglicher Aufklärung über die Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Kapitel 118. Bis heute teuflische Mauer des Schweigens, in besonderer Weise diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin mit Verteiler an Bundesminister und Staatssekretäre wurde kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an Intendanten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks: Antwort Fehlanzeige
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an Polittalkmagazine, Polittalks:

Rundfunk- und Fernseh-Sperre
Sprachlosigkeit ist kein gutes Argument für allmächtige Verantwortung
an politisch motivierter und psychischer Zerschlagung,
an einer gigantischen Umverteilungspolitik, die Deutschland zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa gemacht hat,
an Schikanierung mit diskriminierenden Bescheiden,
an Misshandlung umverteilter Opfer, die von einer weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft auf Weisung des Bundeskanzleramtes mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch zur JVA verschleppt werden

Kapitel 119. Führende Persönlichkeiten der Politik aus Deutschland und Europa

mit höchstem Lob über das Lebenswerk des "umverteilten" Justizopfers,
über ein Lebenswerk für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit mit Anspruch auf angemessene Würdigung, im Jahr 2000 mit Startups zur Gründungswelle der "New Economy", über 25 Jahre in jährlichem Turnus mit dem weltweit größten Congressangebot zu den digitalen Innovationsschwerpunkten
Deutschland 2018: Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa nach politisch motivierter Zerschlagung des "umverteilten" Opfers trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, trotz Anerkennung durch respektable Persönlichkeiten aus Deutschland, Europa und weltweit

Kapitel 120. Führende Persönlichkeiten deutscher Politik und Bundeswirtschaftsministerium involviert in die Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung in ganz Deutschland (Bayerische Staatsregierung und Verwaltung, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk)
Bis heute **Rundfunksperre:** Rundfunksperre des ÖRR zu Informationen über politisch motivierte Zerschlagungen des Zerschlagungsopfers
Bis heute **verhindert:** Juristische Aufarbeitung der Sippenzerschlagung mit

Hexenjagd bis in den Tod des Bruders in Bayern und der Fortsetzung der Hexenjagd auf den einzigen Rechtsnachfolger in NRW trotz intensiver Bemühungen

Längst überfällig: Erklärung des Bundespräsidenten über seine Verwicklung in die Zerschlagungen des Opfers und seiner Sippe. Mit gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX).
unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Kapitel 121. Kriminelle Sippenzerschlagung: Zum bundesweiten Abschuss seit 1998 freigegeben
Bis heute teuflische Mauer des Schweigens über extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden und **Verlust eines Menschenlebens**
Extremistische Ausuferung einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998 unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagungspolitik
Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Bruders mit Hetzjagd bis in den Tod, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen einzigen Rechtsnachfolger in NRW

Kapitel 122. Anträge auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
Antrag auf öffentliche Stellungnahme des Bundespräsidenten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk zur Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter seiner Verantwortung als Chef des Kanzleramtes und als Bundesminister
Wie ist so etwas möglich? Kein Weiter so!

Detaillierte Ausführungen zu den Kapitel 113 bis 122 auch in der Internet-Cloud nachlesbar:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Missbrauch deutscher Justiz zur Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen ist zu bekämpfen, weil ihre Opfer auch noch zu Justizopfern hinter einer Mauer des Schweigens gemacht werden.

**Zu 105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen: im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1), im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2), in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3) Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst, nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde
Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:
Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010**

Die brutale Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I hatte eine **"Inkubationszeit"**:

Sieh Kapitel 120. Führende Persönlichkeiten deutscher Politik und Bundeswirtschaftsministerium involviert in die Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung in ganz Deutschland (Bayerische Staatsregierung und Verwaltung, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk)
Bis heute **Rundfunksperre**: Rundfunksperre des ÖRR zu Informationen über politisch motivierte Zerschlagungen des Zerschlagungsopfers
Bis heute **verhindert**: Juristische Aufarbeitung der Sippenzerschlagung mit **Hexenjagd bis in den Tod des Bruders** in Bayern und mit der Fortsetzung der Hexenjagd auf den einzigen Rechtsnachfolger in NRW trotz intensiver Bemühungen um Aufklärung.

Offensichtlich ist die Verwicklung führender Persönlichkeiten deutscher Politik in die Zerschlagungen des Opfers und seiner Sippe:

Mit gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

- > **Bundeskanzler Gerhard Schröder** (1998-2005)
- > **Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier** (1999-2005)
- > **Bundeskanzlerin Angela Merkel** (2005-20XX).

unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Gerhard Schröder referierte auf Einladung des Veranstalters der **Europäischen Congressmesse ONLINE'91**:

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Gerhard Schröder war damals Ministerpräsident von Niedersachsen (1991-1998), **Frank-Walter Steinmeier** trat 1991 (offensichtlich vor der ONLINE'91) als Referent für Medienpolitik (1993 als Büroleiter des Ministerpräsidenten) in die Niedersächsische Staatskanzlei ein.

Der Ministerpräsident war zum VIP-Empfang der ONLINE'91 unmittelbar vor seiner Rede vom Unterzeichner schriftlich eingeladen, in Anwesenheit von **Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg und zum Zeitpunkt der ONLINE'91 Präsident des Bundesrates.**

Zum VIP-Treffen ist der Ministerpräsident **nicht** - ohne Kommentar - erschienen, hat aber im Plenum der ONLINE'91 als Sprecher teilgenommen. Sieh Internet-Link oben. Anzunehmen ist, dass er vom Referenten für Medienpolitik Steinmeier begleitet wurde (im Auditorium anwesend). Die neuen Medien waren Schwerpunktthema.

Das weltweit größte Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK / ITC)

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang. Zum Beispiel: > > >

ONLINE 1991 ▶ [Alle Symposien der Congressse](#)

ONLINE 2000 ▶ [Alle Symposien der Congressse](#)

ONLINE 2001 ▶ [Alle Symposien der Congressse](#)

ONLINE 2002 ▶ [Die gesamte Congressmesse](#)

Das ist das Lebenswerk des Justizopfers, es hat sein Leben lang nichts anderes gemacht, aber das professionell und mit Perfektion.

Deutschland und Europa haben davon maximal profitiert. Die deutsche ITK-Branche, die deutsche Telekommunikation war im Jahr 2000 Weltspitze.

"8 Congressse in 1 Messe", jeder Congress mit 4 **ganztägigen** Symposien, also insgesamt **32 (4x8) ganztägige Symposien zu**

32 Innovationsschwerpunkten der ITK-Branche waren das überlegene, unschlagbare Konzept der innovationsorientierten Congressmessen mit **zusätzlichen, vertriebsorientierten Workshop-Reihen** der

innovationsorientierten Aussteller und

abschließende, ganztägige Tutorials mit innovationsorientiertem

Fortbildungscharakter für den innovationsorientierten Mittelstand. Diese

Congressmessen, die mit dem weltweit einmaligen Konzept des

Innovationstransfers einen signifikanten Beitrag zum Aufbau der deutschen ITK-Branche geleistet haben, die mit herausragenden

Plenarveranstaltungen und VIP-Symposien den

"Nationalen IT-Gipfel" (heute Digital-Gipfel unter „Federführung“ des

Bundeswirtschaftsministeriums) in jährlichem Turnus umgesetzt haben, sind das Lebenswerk des Klägers.

Erdrückende Beweislage durch die Programme in Beweis-Ordner 1 und 2, oder durch Zeugenaussagen von höchst qualifizierten Congressleitern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Diese Congressmessen haben den Innovationsmarkt der ITK-Branche mit maximaler Qualität und ohne Subventionen dominiert.

Dieser Innovationsmarkt wurde mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 unter der Schröder-Regierung völlig zerstört. Mit einem Markteingriff der

Monsterklasse unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung vor mehr

als 17 Jahren, der staatlichen UMTS-Auktion 2000 mit dem weltweit größten,

daher ruinösen Auktionsbetrag, und der bis heute andauernden staatlichen

Diskriminierung wurde

das Lebenswerk und ansehnliche Altersrücklagen des Justizopfers

irreversibel zerstört, seine Existenz-Grundlage vernichtet.

Mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag (über 50 Mrd EUR) wurde das Loch im Bundeshaushalt (25%) gefüllt. Der Bundeshaushalt 2000/2001 avancierte zum **größten Milliardengrab aller Zeiten**, weil nach 1 Jahr das Loch wieder da war:

Tatsache ist, dass mit dem weltweit größtem Auktionsbetrag der deutsche Innovationsmarkt völlig zerstört wurde zugunsten eines 25%-Lochs im Bundeshaushalt 2000 / 2001, sehr zur Freude des internationalen

Wettbewerbs, mit tödlichem Ausgang für den innovationsorientierten Mittelstand in Deutschland (New Economy). 1 Jahr lang war das Loch gestopft, dann war es

wieder da, sodass einschneidende Strukturveränderungen mit der Agenda 2010 und HARTZ IV nicht mehr vermeidbar waren:

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/UMTS-staatsv.pdf>

Selbst der Flughafen Berlin-Brandenburg (2020?) ist im Vergleich nur ein kleines Milliardengrab, wobei am Ende hoffentlich ein funktionsfähiger Flughafen existiert. Im Gegensatz zum Bundeshaushalt 2001/2002: Das Loch im Bundeshaushalt war nach 1 Jahr wieder da und die Probleme waren um ein Vielfaches gewachsen, weil der Innovationsmarkt völlig zerstört war und ausländische und inländische Kapitalgeber (Kapitalflucht) keinerlei Lust hatten, mit Investitionen in den Innovationsmarkt „schwarze Löcher“ im Bundeshaushalt zu finanzieren, an denen Albert Einstein seine Relativitätstheorie hätte nachweisen können

> > > **Beweis durch Zeugnis des**

Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier,

Chef des Bundeskanzleramtes 1999-2005 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000.

Prominente Opfer einer brutalen Zerschlagungspolitik:

DEUTSCHE TELEKOM: Bilanz 2002 mit 24,6 Mrd € Verlust (bis heute größter Verlust eines deutschen Konzerns)

NEW ECONOMY: Absturz (Unternehmens-Genozid) der deutschen Innovationselite

SIEMENS AG: Verlust des größten Geschäftsbereichs, Zentralbereich COM (Communications) mit BENQ-Desaster

NOKIA: Handy-Weltmeister ohne Chance nach Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes

INFINEON: QIMONDA-Pleite (Schwerpunkt Dresden) und Verkauf des Telekommunikationsbereichs an INTEL

DEUTSCHE MESSE AG: Aussteller-Einbruch und Besucher-Einbruch auf der CeBIT 2002, trotz Verlustausgleich von 250 Mio € durch staatliche Anteilseigner in 2009 steht die CeBIT heute offensichtlich vor dem Aus.

2002: Wirtschaftlicher Einbruch in Deutschland, gigantische Zerschlagungen und Agenda 2010

Nach 2003: Einstellung der Europäischen Congressmessen ONLINE mit dem weltweit größten Congressangebot zu den digitalen Innovationsschwerpunkten unmittelbar auf dem Höhepunkt nach 26-jähriger, subventionsfreier Entwicklung Mit der brutalen Zerschlagungspolitik wurde auch dem deutschen Staat ein **gigantischer Schaden** zugefügt, mit einer Ausführung, die in einem Rechtsstaat die Anwendung von Notstandsgesetzen für Notstandssituationen voraussetzt.

Im Jahr 2000 war Deutschland digitale Spitze im globalen Vergleich. **Heute? Altkanzler Gerhard Schröder ist internationaler Putin-Berater mit dicker Altbundeskanzler-Pension.** Wegen seiner gigantischen Umverteilungspolitik > **deutsche Digital-Branche ist in einem jämmerlichen Zustand:**

Deutschland ist digitale Kolonie von USA und Fernost,

deutsches Regierungsnetz ist Trainingsplatz internationaler Hacker,

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa.

Die ganze Tragweite dieser desaströsen Umverteilungspolitik wird sichtbar mit einem Blick auf das weltweite Ranking wertvollster Unternehmen Ende 2017:

Wertvollste Unternehmen

(Marktkapitalisierung Dez. 2017)

1. Apple / USA.....876 Mrd \$
2. Alphabet(Google) / USA....733 Mrd \$
3. Microsoft / USA.....661 Mrd \$
4. Amazon / USA.....570 Mrd \$
5. Facebook / USA.....516 Mrd \$
6. Berkshire Hathaway / USA..490 Mrd \$
7. Tencent Holdings / CHN....484 Mrd \$
8. Alibaba / CHN.....444 Mrd \$

Auf den ersten 8 Plätzen (Platz 6 ausgenommen) sind nur Unternehmen der Digitalbranche, das wertvollste Unternehmen Deutschlands (SAP) belegt Platz 60, USA belegt die ersten 5 Plätze, China Platz 7 und 8.

Zu 106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu **Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden**

Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:

im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),

im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),

in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)

Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)

Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Transparenz ist in der Politik und im politischen Diskurs eine Forderung bzw. ein für erstrebenswert gehaltener Zustand frei zugänglicher Informationen und stetiger Rechenschaft über Abläufe, Sachverhalte, Vorhaben und Entscheidungsprozesse. Daher längst überfällig:

Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Faktenlage zur politischen Laufbahn von Frank-Walter Steinmeier mit und nach Gerhard Schröder

1991 (offensichtlich vor der ONLINE'91) als Referent für Medienpolitik in die Niedersächsische Staatskanzlei eingetreten

1993-1994: Leiter des persönlichen Büros des niedersächsischen Ministerpräsidenten

1996-1998: Staatssekretär und Leiter der niedersächsischen Staatskanzlei

1998-2005: Bundeskanzleramt unter Bundeskanzler Gerhard Schröder

1998: Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Beauftragter für die Nachrichtendienste

1999-2005: Chef des Bundeskanzleramtes, verantwortlich für gigantische Zerschlagungen durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000, verantwortlich für Agenda 2010 (Mitarbeit bei der Konzeption), Mitwirkung im Steuerungskreis der HARTZ IV-Reformen

2005-2009: Bundesaußenminister im Kabinett Merkel I und seit 2007 zusätzlich Vizekanzler

2013-2017: Bundesaußenminister im Kabinett Merkel III (2.GROKO)

Im Jahr 1998 hat die Bundesregierung gewechselt. Unter dem Kabinett von Schröder I war offensichtlich die Zerschlagung der Europäischen Congressmessen ONLINE des Opfers fest eingeplant. Diese Planung war dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht nur zugänglich, er sollte wichtige Funktionen nach der Zerschlagung übernehmen. Die ONLINE 1998 fand wieder in Düsseldorf (Telekommunikationsschwerpunkt Bonn / Köln / Düsseldorf) statt.

Daher > Mit Schriftsatz vom 03.Mai 2018 Kapitel 113 - 122 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf hat das Opfer eine

neue Klage gegen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) auf öffentliche Rehabilitation und Schadenersatz wegen Zerschlagung 3 (Z3) durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk eingereicht:

Sieh hier in Kapitel 104 im **Schriftsatz vom 03.Mai 2018 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Düsseldorf (27 K 5854/13)**

Detaillierte Ausführungen zu den Kapitel 113 bis 122 auch in der Internet-Cloud nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

Der ÖRR sollte die Europäischen Congressmessen nach deren Zerschlagung soweit wie möglich ersetzen. Das Opfer beklagt einen Schaden von mind. 100.000 € in 1998. Die Europäischen Congressmessen konnten aber damit nicht zerschlagen werden. Das Opfer konnte mit dem Innovationstreiber Internet und mit der von ihm geförderten "New Economy" (Startup Gründerwelle) **in den Jahren 1998 bis 2001 den Höhepunkt der Europäischen Congressmessen feiern.**

Mit der Digitalisierung des Mobilfunks (3G, UMTS) war das mobile Internet aufzubauen mit der Perspektive weiterer Expansion. Mit dem Monster-Markteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 jedoch und mit dem Missbrauch verheerender Folgewirkungen für politisch motivierte Zerschlagungen fanden die Europäischen Congressmessen für digitale Evolution nach 26 Jahren mit Weltklasse-Höchstleistungen **am Höhepunkt ihrer Entwicklung ihr jähes Ende in 2003.**

Frank Walter Steinmeier war als Chef des Bundeskanzleramtes (1999-2005) verantwortlich für die gigantischen Zerschlagungen durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000, verantwortlich für Agenda 2010 (Mitarbeit bei der Konzeption), unter Mitwirkung im Steuerungskreis der HARTZ IV-Reformen zur Bewältigung der von der Bundesregierung verursachten wirtschaftlichen Turbulenzen und des wirtschaftlichen Einbruchs infolge der gigantischen Zerschlagungspolitik.

Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010. Der Bundespräsident eines Rechtsstaates sollte sich nicht verweigern, die notwendige Transparenz über Abläufe, Sachverhalte, Vorhaben und Entscheidungsprozesse in diesen Jahren zu schaffen und auch endlich die Rundfunksperrre im öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit seiner Stellungnahme zu beenden. Nicht nur dies.

Längst überfällig ist, die Verantwortung für die bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen des Unterzeichners zur bundesweiten **Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens** und kapitalen Vermögensschäden aufzudecken.

Bis heute **verhindert**: Juristische Aufarbeitung der Sippenzerschlagung mit

Hexenjagd bis in den Tod des Bruders in Bayern und der Fortsetzung der Hexenjagd auf den einzigen Rechtsnachfolger in NRW trotz intensiver Bemühungen

Längst überfällig: Erklärung des Bundespräsidenten über seine Verwicklung in die Zerschlagungen des Opfers und seiner Sippe. Mit gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Zu 107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe: Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst in NRW "Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden "Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt "Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut: Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit

Höchster Erklärungsbedarf ist gegeben infolge der bundesweiten Eskalation der politisch motivierten Zerschlagungen zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden. Es ist viel schlimmer, als der inzwischen verstorbene **Dr. Guido Westerwelle** geantwortet hat, in der Antwort vom 10. Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28. Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007: **Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen?** Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Sieh Anlage VG180505-3: "Ihre Schilderungen bestärken mich in meinem Anliegen, weiterhin für die vergessene Mitte in unserem Land zu kämpfen". Es war ein Schreiben in 2007 in Wirklichkeit **nicht von der vergessenen Mitte, sondern von der zerschlagenen Mitte**, über eine politisch motivierte Zerschlagung, die zu politisch motivierten Zerschlagungen mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens in 2012 und mit kapitalen Vermögensschäden in extremistischer Weise ausgeübt ist. Geantwortet hat der damalige Vorsitzende der FDP-Bundestagsfraktion **Dr. Guido Westerwelle**. Auch die EU-Kommissarinnen **Neelie Kroes**, EU-Kommissarin für Wettbewerb, und **Viviane Reding**, EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien haben geantwortet. Keine Antwort von der Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel**, keine einzige Antwort zu mehrfachen Anschreiben trotz Unterstützung durch ein riesiges Bundeskanzleramt, das Opfer wartet heute noch vergebens. Das Opfer kämpft gegen eine Mauer des Schweigens mit Klage auf öffentliche Rehabilitierung, hier vor dem Verwaltungsgericht Berlin seit 2011 (**VG 27 K 308.14**, **VG 27 K 496.14**, **VG 27 K 66.11** Berlin) und vor dem Verwaltungsgericht Düsseldorf seit 2013 (**27 K 5854/13**) **jetzt mit zweifachem Antrag auf Stellungnahme durch den Bundespräsidenten an beiden Verwaltungsgerichten.**

Zu 108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von "Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur **Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens** und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)

Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders.

Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält

Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz wegen für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe

Die Bayerische Staatsregierung war bestens informiert über die Vorgänge der gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik, erzwungen von der deutschen Bundesregierung durch **Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000** (siehe Kapitel 100 Abschnitt I) und über das Schicksal der Europäischen Congressmessen, ihres Gründers und Organisators, des Zerschlagungsopfers. Beklagt ist hier die **extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer** (Bruder des Zerschlagungsopfers).

Das Todesopfer hatte nicht den Hauch einer Chance, von einer kriminellen bayerischen Verwaltung im Landkreis Tirschenreuth in den wirtschaftlichen Ruin und in den Tod getrieben.

Siehe

Zerschlagung 2: unter Verantwortung der bayerischen Staatsregierung (Landratsamt Tirschenreuth) mit Kenntnis und gnadenloser Ausnutzung der Zerschlagung 1 **Politisch motivierte, heimtückisch ausgeführte Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge, nach über 20-jähriger Treib- und Hetzjagd bis in den Tod**, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und Fortsetzung der Zerschlagung auf seinen Rechtsnachfolger in NRW

Zivilgerichtliches Verfahren am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) rechtshängig

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

Längst nachgewiesen mit erdrückender Beweislage beim Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) und beim Bundesverfassungsgericht (2 BvR 628/17, siehe Zerschlagung 2)

Darüber hinaus wurde Strafanzeige erstattet wegen Rechtsbeugung ohne die Chance einer juristischen Auflösung (1 AR 481/14 Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof vom 09.04.2014)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf>

Durch kriminellen Amtsmissbrauch und kriminelle Rechtsbeugung in der regionalen Verwaltung mit verwaltungsgerichtlicher Unterstützung:

> Beseitigung eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs und Tod des Inhabers (Bruder des Klägers) wegen Hygiene-Desaster des kommunalen Fäkalien-Abwassernetzes, Bruder von kommunalen Amtsträgern und sog. richterlichen Mediatoren in den wirtschaftlichen Ruin und in den Tod getrieben

> Manipulation von Grundstücksrechten mit Schlüsselbedeutung in einem Verwaltungs-, Umwelt- und Justizskandal, **mit unbewältigter NS-Vergangenheit, mit 2. Todesfall** (Vater der Brüder, Todesopfer und Zerschlagungsopfer)

> trotz 2 Petitionen an den Bayerischen Landtag in München.

Der Bruder des Zerschlagungsopfers, Wendelin Josef Ockl, ist das **Todesopfer** für Prestige-Projekt bayerischer Landespolitik und Verwaltung mit rücksichtsloser Zerstörung der Heimat einer ganzen Sippe **unter Mitwirkung skrupelloser Staatsanwälte**.

Der Verstorbene war Inhaber eines qualifizierten Lebensmittelbetriebs (Bäckerei- und Konditoreiprodukte mit Premium-Auszeichnungen anerkannter Institutionen, mit Verkauf über ca. 40 Verkaufsstellen von EDEKA), eines Tourismus-attraktiven Damwild-Geheges und einer Wasser-Turbinenanlage zur regenerativen, ökologischen Energieerzeugung.

Nach bundesweit "vogelfrei" zum Abschuss der Sippe seit 1998: Keine Chance für den Verstorbenen! Bayerische Staatsanwälte haben kriminelle Zerschlagungsarbeit geleistet.

Seit Ende der 90er Jahren (1998) hat sich sein Bruder vergeblich gewehrt, dass auf seinem Hofgrundstück eine Pumpwerksanlage des regionalen Fäkalien-Abwassernetzes in 10m Entfernung von seinem Lebensmittelbetrieb mit bestialisch stinkenden Emissionen bei stunden- und tagelangen Störfällen mit Rohrbrüchen in 5m-Entfernung in Existenz bedrohender Weise für seinen Lebensmittelbetrieb mit qualifizierten, immer wieder prämierten Bäckerei- und Konditoreiprodukten (keine Massenproduktion) von der Verwaltungsgemeinschaft Mitterteich (einschließlich Gemeinde Leonberg) errichtet wurde und betrieben wird. Die Errichtung der Pumpwerksanlage wurde mit heimlicher Manipulation der Grundstücksrechte des Verstorbenen auf der Basis von **NS-Dokumenten aus 1943**, mit Unterstützung vor allem der Verwaltungsgerichte, rücksichtslos mit brachialer Gewalt durchgeboxt.

Skandalöse Rechtsbeugung mit unbewältigter NS-Vergangenheit in den verwaltungsgerichtlichen Verfahren am Verwaltungsgericht Regensburg mit Versagung von Berufungsverfahren trotz skandalöse Rechtsbeugung

Das Zerschlagungsoffer stellt Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz

nach Maßgabe des

Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18.04.18 unter Missbrauch von "Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur

Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen

Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Sieh

Anlage VG180505-6

Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18. April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur

Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen

Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Sieh Schriftsatz vom 31. März 2018 mit

Kapitel 101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte

Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner

Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für

Justiz (BfJ) nach Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer

Übergriffe als Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung

gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte

Bundeskanzleramt (Anlage 18-05)

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland

und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 125)

Das Zerschlagungsoffer hat mit Schreiben vom 06. Okt. 2016

Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe beantragt:

Sieh Härteleistungen/Opferhilfe des BfJ für Opfer extremistischer

Übergriffe und Härteleistungen für Opfer terroristischer Straftaten

> > > <https://www.bundesjustizamt.de>

Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe

Einspruch gegen Rechnungen für politisch motivierte Zerschlagungen

mit Versagung von rechtlichem Gehör, mit Versagung von

rechtsstaatlichen Verfahren und

Versagung des Zugangs zum Grundgesetz seit 2010 nach

lebenslangen Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland, nach

Verlust von Menschenleben, nach kapitalen Vermögensschäden, nach

Freiheitsberaubung und Hausfriedensbruch, nach sozialer

Ausgrenzung und Zerschlagung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Bankkunden als Opfer politisch motivierter Zerschlagungen werden in unerträglicher Weise bei ihren Banken ("Drittschuldner") mit der "unterirdischen" Justiz eines Unrechtsstaates diskriminiert, ohne sich wehren zu können. Als Inhaber von Pfändungsschutzkonten sind sie auch bei ihren Banken unbeliebt und werden als solche behandelt, weil sie eher Kosten verursachen. Darüber hinaus werden zusätzlich Kosten für Mahnung, Pfändung und Zustellung an das Zerschlagungsoffer berechnet. Unerträglich!

Zu 109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,

**vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,
vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat**

**Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe
mit Verlust eines Menschenlebens, mit kapitalen
Vermögensschäden und Zerschlagung der bayerischen Heimat
Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz
hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger
Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen
Vermögensschäden**

**Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen
Bundesministers**

" in Ingolstadt habe ich Abitur gemacht. Bayern war meine erste Heimat. Vieles läuft falsch in Deutschland und Europa. Kirchen mischen sich ein, Parteien nehmen Stellung: Mit einer gigantischen Umverteilungspolitik zu gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010", so hat das Zerschlagungsopfer sein persönliches Schreiben im Mai 2017 an den damaligen Ministerpräsidenten von Bayern eingeleitet:

Sieh

Anlage VG180505-7

Schreiben vom 24.Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt)
an **Herrn Horst Lorenz Seehofer**

**Ministerpräsident des Freistaates Bayern
und Vorsitzender der CSU**

mit Einladung zu einer Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR trotz Vorbereitung und Einladungen nicht stattfinden konnte. Weder eine Antwort durch den Ministerpräsidenten noch Aufhebung der Rundfunk Sperre gegen das Zerschlagungsopfer.

Tatsache ist, dass der Kläger 1961 am Reuchlin-Gynasium in Ingolstadt, der Heimatstadt des heutigen Bundesministers, ein gutes Abitur gemacht hat. Heute hat der Kläger seinen Bruder und mit ihm seine bayerische Heimat verloren: Wendelin Josef Ockl, ist das **Todesopfer** für ein Wahlkampf-Projekt bayerischer Landespolitik und Verwaltung mit rücksichtsloser Zerstörung der Heimat einer ganzen Sippe, einem alt eingesessenen Müllergeschlecht im Landkreis Tirschenreuth / Oberpfalz mit Dokumentation bis zum 30-jährigen Krieg.

Sieh auch

Anlage 3.65 im Beweise-Ordner 3 am Verwaltungsgericht Berlin

Schreiben an **Bundesminister Michael Glos** vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf>

Michael Glos ist als Bundesminister vorzeitig zurückgetreten.

Horst Lorenz Seehofer, seit März 2018 Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, war bayerischer Ministerpräsident der beklagten Staatsregierung (2008-2018) im Todesjahr 2012 seines Bruders. Sieh Zerschlagung 2. Aufgrund kapitaler Vermögensschäden aus kriminelltem Amtsmissbrauch und krimineller Rechtsbeugung in der regionalen Verwaltung mit verwaltungsgerichtlicher Unterstützung ist die bayerische Heimat verlorengegangen. Handlungsbedarf für 2 Heimatministerien, in Berlin und in München!

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Bis heute: Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW

mit Nachforderungen von grundgesetzlich längst abgeschafften Steuern trotz Nachlassinsolvenz (kaum zu glauben), mit Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung und unbewältigter NS-Vergangenheit, mit Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung am Grundbuchamt in Velbert, vor und nach dem Tode seines Bruders.

Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält.

Sieh **Anlage VG180505-6** und weiterer Schriftstücke vom Finanzamt Waldsassen und Finanzamt Landshut, die bei Bedarf nachgereicht werden.

Nach Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW hat der Kläger mit Schriftsatz vom 06.Juli 2016 beim Landgericht Wuppertal zivilrechtliche Klage gegen den Freistaat Bayern erhoben:

Zivilgerichtliches Verfahren (Zerschlagung 2) am Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) rechtshängig

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise2.pdf>

Längst nachgewiesen mit erdrückender Beweislage beim Landgericht Wuppertal (2 O 163/16) und beim Bundesverfassungsgericht (**2 BvR 628/17**, siehe Zerschlagung 2)

Weil das Landgericht Probleme hat bei Durchsetzung berechtigter Forderungen an die beklagte Staatsregierung in München, stellt der Kläger Antrag auf

Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,

vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,

vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat

Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge nach zwei Petitionen an den Bayerischen

Landtag (letzte in 2010) und

wegen kapitaler Vermögensschäden

Täter hier ist bayerische Verwaltung und Verwaltungsjustiz, die am Grundbuchamt in Velbert Zwangsmaßnahmen ausführt, deren Kosten über NRW Zentrale Zahlstelle Justiz nun vollstreckt werden (**Anlage VG180505-6**) gegen das

Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit **Todesfolge**

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Offensichtlich ist die Verwicklung führender Persönlichkeiten deutscher Politik in die Zerschlagungen des Opfers und seiner Sippe:

bis heute Rundfunk Sperre,

bis heute eine Mauer des Schweigens

Daher: Forderung nach Transparenz, nach öffentlicher Rehabilitierung ist legitim.

Zu 110. Kein Weiter so ! Neubeginn !

Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:

Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt

zu den Zusammenhängen von

gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010

zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)

Kein Weiter so.

Neubeginn mit angemessener, öffentlicher Rehabilitierung und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit **Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.**

Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa sind Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa: Sieh

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-02

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland,

Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-03

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1981-1988)

Dr. Klaus von Dohnanyi, Schirmherr der Europäischen Congressmessen ONLINE'86, ONLINE'87 und ONLINE'88 (Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg bis 1988, danach Dr. Henning Voscherau, 2016 verstorben)

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für

Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE

1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):

„**Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend**“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)

Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)

Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber

der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

(verstorben 2016 in Hamburg)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„**Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst**.“

„**Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

DOK-03-6

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

DOK-03-7

**Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,
Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92**
Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8

über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel
Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999
(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

DOK-03-9

Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001
**Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse
ONLINE2000/2001**
Bundesminister Dr. Werner Müller < nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,
Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>
u.v.a.m.

Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa sind Zeugen für
Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in
Deutschland und Europa. Angesichts dieser Zeugen beantragt das
Zerschlagungsopfer

Zeugnis des Bundespräsidenten gemäß Kapitel 106:
**Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des
Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier**
(1999-2005), verantwortlich für Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000
mit anschließenden Missbrauch verheerender Folgewirkungen für.
**politisch motivierte Zerschlagungen mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe im Zuge einer
rechtswidrigen Umverteilungspolitik mit krimineller Ausführung.**

**Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten nicht nur
am Verwaltungsgericht Berlin gestellt, sondern auch
am Verwaltungsgericht Düsseldorf (Zerschlagung 3)**
mit neuer Klage auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den
Öffentlich-rechtlichen Rundfunk (27 K 5854/13 VG Düsseldorf)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf>

**Unverzichtbar ist der juristische Anspruch des Zerschlagungsopfers
auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung**
für professionellen Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland
und Europa mit Schadenersatz mit großem Nutzen für Deutschland und
Europa.
Die Notwendigkeit von mehr Transparenz ist zunehmende Erkenntnis neuer
europäischer Politik, wie mit dem "**EU whistleblower protection law**" zur
Umsetzung in den nationalen Mitgliedstaaten vorgegeben wird.

Kein Weiter so. Daher:

Neubeginn mit angemessener Rehabilitierung und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution.

Velbert, 05.Mai 2018



Albin L. Ockl

Anlagen dieses Schriftsatzes:

Anlage VG180505-3

Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10.Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28.Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007:

Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

wurde in Kopie versandt an EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:

Frau Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb

Frau Viviane Reding, EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien

Herrn Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Herrn Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6

Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18.April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur

Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Anlage VG180505-7

Schreiben vom 24.Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt)

an **Horst Lorenz Seehofer**

Ministerpräsident des Freistaates Bayern

und Vorsitzender der CSU

mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.

Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018

Anlage 18-03

Schriftsätze an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05.Jan.2018 und vom 18.Feb.2018 (gesamt 21 Seiten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Anlage 18-04

Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15.März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05

Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12.März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-02

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland,

Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5.Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für

Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“. . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)

Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)

Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber

der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

(verstorben 2016 in Hamburg)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

DOK-03-6

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

DOK-03-7

Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,

Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8

über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel

Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

DOK-03-9

Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001

Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse

ONLINE2000/2001

Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigelegt)

"Wir brauchen eine Gründungsoffensive"

WAZ-Interview vom 28.Feb.2018

mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015

Anlage 18-01

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 30)

Anlage 18-02

Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017

Anlage 1 zur Zerschlagung 3:

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 200)

Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!

Antrag auf Härteleistung für

Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 16)

Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5

Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:

Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse

bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)

Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017

Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:

Anlage BVERFG-A:

Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Anlage BVERFG-B:

Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Anlage BVERFG-C:

Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

Anlage DEBEKA-D:

Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Anlage DEBEKA-E:

Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017

Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der

Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal

Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017

Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.

Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :

mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)

Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1

(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit

Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert) wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf, 2 O 70/15 Landgericht Wuppertal

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung

wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2

(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,

2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,

Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,

nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,

nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,

nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines

einzigsten Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,

vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach

politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge

mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Anlage DOK-03-0

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Anlage DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)

auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."

> > > <http://www.euro-online.de/h5.htm>

Anlage DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst. **“Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Anlage DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Anlage DOK-03-6

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-03-7

Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,

Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8

24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel

Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

Anlage DOK-03-9

Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001

Bundesminister Dr. Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-04-1

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001

Anlage DOK-04-2

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002

Anlage DOK-04-3

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003

Anlage DOK-04-4

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen

Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Anlage DOK-04-5

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen

Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05

Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 6)

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:

Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1

Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche

> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980

Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8>
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>
Keynote Speaker > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990

ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>
Keynote Speaker > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Congressmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5>
Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2

Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000

ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4>
Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congressse für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congressse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congressse in Europa: 8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>
 Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>
 ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und ...Firmensymposien
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 2000-2003 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2>
 Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>
 ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf>

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003

Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
 ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
 25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance

Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in
Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und
2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in
elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3

**Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-
Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung
(politisch motivierte Zerschlagung)**

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3

**Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der
ONLINE'84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der
ONLINE 96 in Hamburg**

Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS- Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines
qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele

> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung
im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten
Staatswirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):

„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“

„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht . . .“
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWa, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf>

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:

1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf>

2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf>

Anlage 3.52:

Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf>

Anlage 3.53:

Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -

Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf>

Anlage 3.54:

Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 -

Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf>

Anlage 3.55:

Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf>

Anlage 3.56:

Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf>

Anlage 3.57:

Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf>

Anlage 3.58:

Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf>

Anlage 3.59:

Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf>

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005**Anlage 3.61:**

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Anlage 3.62:

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 - Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Anlage 3.63:

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf>

Anlage 3.64:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf>

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche**Anlage 3.71:**

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 - Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Anlage 3.72:

Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in
Deutschland ohne Perspektive

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf>

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort

Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in
Deutschland ohne Perspektive

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf>

Anlage 3.74:

Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen
Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Anlage 3.75:

Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen
Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

**3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt****Anlage 3.81:**

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des
Mittelstands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Anlage 3.82:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf>

Anlage 3.83:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf>

Anlage 3.84:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf>

Anlage 3.85:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf>

Anlage 3.86:

Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom
11.01.2010 -

Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf>

Anlage 3.87:

Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-
Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf>

Anlage 3.88:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:

Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und
des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige
Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:

Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Anlage 3.93:

Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Anlage 3.94

Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Anlage 3.95:

Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 3.96

Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
**Hilfesauftrag zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation**
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Auftrag ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Anlage 3.97

Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
**Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und
Justiz-Skandal**
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011, Seite 5-13

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger

(Seite 5-13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)

Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Anlage 4.01:

Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv

Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)

Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller

Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):

Congressband I Telekommunikation & Netze 2000

Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking

Congressband III Enterprise Networks & Call Centers

Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management

Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business

Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML

Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management

Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing

Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale

Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr

Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen

Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse

Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:

ONLINE Congressbände 1976-2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb) infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.

5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014

5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014

5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566) zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf>

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)

Pet 1-17-09-703-005442

Ergänzungen zu Anlage 3.91

6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)

6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)

6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)

6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt

trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c

6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie

Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf>

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler (Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015

Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE'84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor Dr. Günter Rexrodt

Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE'96 in Hamburg

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Legende mit Kapitelnummerierung

**Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung
und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)**

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014

01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolgreiche Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung. Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben“:
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung
wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014

17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:
Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.
Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.
Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.
18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.
In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.
19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung
Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz
Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:
Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers mit dem weltweit größten Congressangebot
mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten mit flächendeckender Besucherwerbung und mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung

Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann

21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:

Professionelle Dokumentation

hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form

auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft

Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen, zu den Innovationsschwerpunkten der

Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014

22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen

Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus

Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt

23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.

Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.

Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.

Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:

Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)

Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof

24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung

Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa

Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher

Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung

25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal

nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014

Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014

26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind , weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato

gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird

Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“

27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“

(Punkt 2a der Beklagten)

Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?

Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?

Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“

(Punkt 2b der Beklagten)

Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:

Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers

mit einem professionell operierenden Unternehmen,

mit einem exzellenten Lebenswerk,

mit ansehnlichen Altersrücklagen

Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“

29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum

Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der

Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000

März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte

Kommunikationsverweigerung zu erreichen

Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt

Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei

Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert

Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren

Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA

Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende

Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.

Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalters mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)

30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)

Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar

Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss

der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25

Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)

31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:

Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?

32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:

Was wird denn eigentlich beklagt?

Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur

> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch

> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität

33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:

Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger

Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:

Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden

35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers

Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird

36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist

sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen

Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)

37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG

Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden

2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa

Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)

38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG

Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011

Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei

Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung

39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin

Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG

40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,

an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),

ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > >

> > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.

Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014

Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011

41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs

Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten

Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution

Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert

Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .

Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > >

daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitation

42. Rechtsmittel der Beschwerde

im Rahmen des Prozesskostenhilfverfahrens

an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK

43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können

Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO

44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)

Mit Recht zurückzuweisen:

Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000

45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:

Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen

nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung

46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente

Rehabilitation unverzichtbar, weil

nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und

Bundesregierung involviert sind,

sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind

47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitation.

Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitation und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen 13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)

48. Rehabilitation durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:

Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution

Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen

International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen

49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und

Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitation

Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami

Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)

Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei

Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)

51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:

Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK

Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert

53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)

**„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“**

54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa

55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Europäische Congressmessen des Klägers haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus

56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .

57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . . und abschließender Rehabilitierung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats

Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)

58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung

59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin

Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitation anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG

60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitation

anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen

anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen

Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitation

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar

61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen

Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafter einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen

62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als

Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können

63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution

Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll

Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung

64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:

> Schläge in das Antlitz der Justitia

> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention

> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend

> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden

> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung

65. Unverzichtbare Rehabilitationsansprüche, längst beantragt vom

Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen

Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)

66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:

Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitation verweigert.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Scroll down after link (page 88)

**Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz /
Staatshaftung**

67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -

Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)

mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge

politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:

Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten

Bundesregierung (Zerschlagung 1) und

unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)

und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)

unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)

(Zerschlagung 4) und

wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)

und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen

mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution

über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als

Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten

aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,

aus Deutschland, Europa und weltweit

Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für

Innovationswachstum mit digitaler Evolution

Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ohne den Hauch einer Chance für das Opfer

Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung

Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:

Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlichtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung

Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.

Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG

Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen

Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen

Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen

Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.

71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, siehe Anlage BVG-02):

Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz

Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)

Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.

Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Siehe Zerschlagung 3

Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei (1992)

Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000

Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.

73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens, ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung
Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO
Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können
Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang
Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung

74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu

Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen

Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist

Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und

nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit

politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik

Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden

76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte

Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte

Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar

77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren

78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch
79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz
1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen
80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission
Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile
Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch
Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 107)

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.08.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa

82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, für die Treib- und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod, für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5

Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtllichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011

Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld

wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers, wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält

84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution

Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 178)

Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .

85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:

Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte

September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtllichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung, für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit

Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 212)

**Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des
Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am
13.Okt.2017)**

87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten
Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als
Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht)
mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines
juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung mit Todesopfer
zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in
2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind
wegen forciertes Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen
einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von
Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen
Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten
Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne
auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber
von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später
zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf
Terminverschiebung der Rehabilitation bis nach Klärung von
Schadenersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März
2017) zurücknehmen zu können und
**weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der
Wiederaufbauphase u.a.m.**
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 250)

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 284)

Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:

Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt

91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 316)

Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.

Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige,

Investitionsoffensive auf Bayern minimiert

Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &

Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“

„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“

„Von den USA abgehängt“

Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa

Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)

Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter

Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)

Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren:

Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018.

Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!

System Deutschland ein Sanierungsfall?

Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

**Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf
Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen
Congressmessen für digitale Evolution**

94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges
beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu
schützen

95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als
Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und
von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit
Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa

96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer
politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution

Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der
Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender
Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, sieh Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, sieh
Anlage 18-02

Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der
Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen
Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen
mit Eskalation zur Sippenerschlagung mit tödlichem Ausgang
trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer **schleichenden Staatskrise**, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird

Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem
Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.
System Deutschland hat Sanierungsbedarf.

98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum mit Integration des Digital-Gipfels

Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht mit politisch motivierten Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenerschlagung mit **Todesfolge**

mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit

durch gegenseitige Amtshilfe

durch gegenseitige Regierungshilfe

durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner

durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung 3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem **nachgewiesenen**

Mindestschaden von 100.000 €

Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13

mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018 mit Handlungsbedarf der 27.Kammer

Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter Aufforderung zur Antwort seit 2007

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner

Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach **Antrag auf Härteleistung** für Opfer extremistischer Übergriffe als

Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung **mit Todesopfer** seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!

103. Kein Weiter so ! Neubeginn !

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung für professionellen Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:

Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 125)

Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen

104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher

> Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmassnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks

105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:

im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),

im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),

in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)

Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst, nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde

Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:

Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes

Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu **Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens** und kapitalen Vermögensschäden

Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:

im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),

im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),

in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)

Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)

Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe:

Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und

mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst in NRW

"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen

Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem

Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne

Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen

mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines

Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden

"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen

Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu

Missbrauch von Staatsgewalt

"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in

Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig

Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut:

Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch

von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften

trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland,

Europa und weltweit

108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von

"Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter

Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur

Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder

seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche

Oberpfalz / Bayern)

Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst

abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit

Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit

Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders.

Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält

Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz wegen für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe

109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,

vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,

vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat

Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe **mit Verlust eines Menschenlebens**, mit kapitalen Vermögensschäden und Zerschlagung der bayerischen Heimat

Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers

110. Kein Weiter so ! Neubeginn !

Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:

Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung

für professionellen Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und

Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt

zu den Zusammenhängen von

gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010

zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines

Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 180)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

per Fax an 030-9014-8790

**Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14**

**Kirchstraße 7
10557 Berlin**

Velbert, 20.Juni 2018

**Aktenzeichen: VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11
Berlin**

Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen

**politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe im Zuge einer
rechtswidrigen Umverteilungspolitik mit krimineller Ausführung,
erzungen durch Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
mit verheerenden Folgewirkungen eines gigantischen
Markteingriffs und mit anschließender totaler Diskriminierung
und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und
Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör
(staatliche Diskriminierung) sowie
mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung mit Todesfolge**

trotz eines herausragenden Lebenswerkes
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland
und Europa

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH,
(Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer eines
teuflischen Unrechtssystems)

gegen

Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses
vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557
Berlin (Beklagte)

**Hier: Erinnerung an Umsetzung von
angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und
professionellem Wiederaufbau der
Europäischen Congressmessen für digitale Evolution**

Fortsetzung durch **Stellungnahme** mit fortlaufender Nummerierung:

111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14) Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18) Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>
Scroll down after link (page 243)

Der Unterzeichner, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems, hat mit Schreiben vom 10.Juni 2018, den **Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland** über katastrophale Auswirkungen einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht, informiert.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Der Bundespräsident wurde über den Verteiler dieses Schreibens informiert, ebenso das Bundesverfassungsgericht und die Verwaltungsgerichte Berlin und Düsseldorf.

Um Missverständnisse auszuschließen: Beklagt wird nicht der Bundespräsident, sondern eine skrupellose, weisungsgebundene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaft, die mit der Umsetzung einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 beauftragt ist. Die verheerende Tätigkeit skrupelloser Staatsanwälte ist im Ergebnis eine **Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden.**

Eine weitere verwaltungsgerichtliche Klage ist erforderlich, weil die 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (2 O 163/16) nicht in der Lage war, die **Klage gegen den Freistaat Bayern** (vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei) nach rechtsstaatlichen Anforderungen umzusetzen, nach einer Treib- und Hetzjagd auf das verstorbene Opfer bis in den Tod (Verlust eines Menschenlebens) und nach seinem Tod auf seinen Rechtsnachfolger in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit, trotz Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GBA-W01.pdf>
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Der Unterzeichner ist der Überzeugung, dass **das heutige Justiz-System in Deutschland überhaupt nicht in der Lage ist**, das Unrecht aus der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung, nach rechtsstaatlichen Anforderungen zu verfolgen. Schon gar nicht durch Aufteilung auf unterschiedliche Gerichte und selbst auf beide Senate des Bundesverfassungsgerichts. Das Bundesverfassungsgericht kann sich in solchen Fällen nicht ständig verweigern.

Kein Weiter so! Der rechtsstaatliche Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz

nach Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa **ist mit der Verantwortung eines Rechtsstaates (Staatshaftung) zu erfüllen.**

Velbert, 20.Juni 2018



Albin L. Ockl

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2018

Anlage VG180620-1

Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
vom 10.Juni 2018 in Kopie an

Präsident des Bundesverfassungsgerichts,
Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Anlagen dieses Schriftsatzes vom 05. Mai 2018:

Anlage VG180505-3

Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10. Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28. Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007:

Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

wurde in Kopie versandt an EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:

Frau Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb

Frau Viviane Reding, EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien

Herrn Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Herrn Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6

Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18. April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur

Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Anlage VG180505-7

Schreiben vom 24. Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt) an **Horst Lorenz Seehofer**

Ministerpräsident des Freistaates Bayern

und Vorsitzender der CSU

mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.

Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018

Anlage 18-03

Schriftsätze an die 27. Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05. Jan. 2018 und vom 18. Feb. 2018 (gesamt 21 Seiten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Anlage 18-04

Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15. März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05

Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12. März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11. Dez. 2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-02

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland,

Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsdredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für

Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“ . . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)

Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)

Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber

der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

(verstorben 2016 in Hamburg)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

DOK-03-6

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

DOK-03-7

Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei, Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8

über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel

Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

DOK-03-9

Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001

Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001

Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigefügt)

"Wir brauchen eine Gründungsoffensive"

WAZ-Interview vom 28.Feb.2018

mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015

Anlage 18-01

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 30)

Anlage 18-02

Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017

Anlage 1 zur Zerschlagung 3:

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitation und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 200)

Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!

Antrag auf Härteleistung für

Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 16)

Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitation und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5

Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:

Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse

bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)

Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017

Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:

Anlage BVERFG-A:

Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Anlage BVERFG-B:

Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Anlage BVERFG-C:

Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

Anlage DEBEKA-D:

Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom 21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Anlage DEBEKA-E:

Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017

Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017

Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.

Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :

mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens (teilweise reduziert)

Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1

(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit

Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert) wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu Zerschlagung 1 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf, 2 O 70/15 Landgericht Wuppertal

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung

wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2

(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)

wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,

2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,

Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,

nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,

nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,

nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines

einzigsten Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,

vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach

politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge

mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Anlage DOK-03-0

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Anlage DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)

auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."

> > > <http://www.euro-online.de/h5.htm>

Anlage DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst. **“Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Anlage DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Anlage DOK-03-6

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-03-7

Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,

Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8

24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel

Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

Anlage DOK-03-9

Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001

Bundesminister Dr. Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-04-1

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001

Anlage DOK-04-2

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002

Anlage DOK-04-3

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003

Anlage DOK-04-4

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen

Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Anlage DOK-04-5

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen

Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05

Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 6)

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:

Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1

Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche

> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980

Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress
Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal
Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal
Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD
in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich
1976-1979 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8>
Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal
ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen
Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse
1980-1984 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>
Keynote Speaker > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>
ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf
3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990

ONLINE'81 Düsseldorf
4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'82 Düsseldorf
5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation
ONLINE'83 Düsseldorf
6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation
ONLINE'84 Berlin
7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMM'84 Essen
Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer
1985-1987 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>
Keynote Speaker > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>
ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen
8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse
2.Deutsche Kommunikationsfachmesse
ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen
3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation
ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen
10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren
4.Europäische Congressmesse für Technische Automation
1988-1991 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5>
Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>
ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und
8 Workshop-Zentren
5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2

Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000

ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4>
Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresse / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresses für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>
 Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>
 ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und ...Firmensymposien
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 2000-2003 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2>
 Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>
 ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf>

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003

Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
 ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
 25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in
Deutschland
26.Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und
2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in
elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3

**Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-
Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung
(politisch motivierte Zerschlagung)**

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3

**Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der
ONLINE'84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der
ONLINE 96 in Hamburg**

Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS- Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines
qualifizierten Zeitzeugen, Dr. Martin Weigele
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1.Mal Schrumpfung
im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten
Staatwirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht . . .“
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWA, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers
> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf>

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:
1.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf>
2.Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf>

Anlage 3.52:
Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf>

Anlage 3.53:
Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf>

Anlage 3.54:
Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf>

Anlage 3.55:

Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf>

Anlage 3.56:

Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf>

Anlage 3.57:

Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf>

Anlage 3.58:

Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf>

Anlage 3.59:

Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf>

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005**Anlage 3.61:**

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Anlage 3.62:

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 - Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Anlage 3.63:

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf>

Anlage 3.64:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf>

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche**Anlage 3.71:**

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 - Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Anlage 3.72:

Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in
Deutschland ohne Perspektive

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf>

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort

Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in
Deutschland ohne Perspektive

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf>

Anlage 3.74:

Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen
Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Anlage 3.75:

Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen
Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

**3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt****Anlage 3.81:**

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des
Mittelstands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Anlage 3.82:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf>

Anlage 3.83:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf>

Anlage 3.84:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf>

Anlage 3.85:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf>

Anlage 3.86:

Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom
11.01.2010 -

Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf>

Anlage 3.87:

Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-
Glaubwürdigkeitsverlust stoppen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf>

Anlage 3.88:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

3.9 Petition an den Deutschen Bundestag

Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten

Anlage 3.91:

Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und
des Petitionsausschusses im März 2010

Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige
Enteignung des innovativen Mittelstandes

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>

Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:

Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Anlage 3.93:

Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Anlage 3.94

Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Anlage 3.95:

Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung

Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 3.96

Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)

Hilfesauftrag zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über

27 Jahre Innovation durch Telekommunikation

Widerspruch gegen GEZ-Bescheid

Der Hilfe-Auftrag ist nachlesbar in der Internet-Cloud

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Anlage 3.97

Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013

Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und Justiz-Skandal

Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011, Seite 5-13

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger

(Seite 5-13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)

Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Anlage 4.01:

Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv

Programmroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)

Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller

Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):

Congressband I Telekommunikation & Netze 2000

Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking

Congressband III Enterprise Networks & Call Centers

Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management

Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business

Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML

Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management

Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing

Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale

Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotentiale und Gefahrenabwehr

Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen

Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse

Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmroschüren:

ONLINE Congressbände 1976-2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb) infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.

5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014

5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014

5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566) zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf>

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)

Pet 1-17-09-703-005442

Ergänzungen zu Anlage 3.91

6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)

6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)

6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)

6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt

trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c

6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie

Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf>

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler (Klage auf Schadenersatz und Rehabilitation, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015

Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE'84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor
Dr. Günter Rexrodt

Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE'96 in Hamburg

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Legende mit Kapitelnummerierung

**Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung
und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)**

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014

01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolgreiche Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000 Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung

Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes

Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter

13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben

Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung

Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.

14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben“:

Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .

das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Europarat

Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung

wird behindert?

16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,

Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,

Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG

Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014

17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:

Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung. Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.

Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.

18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.

Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.

In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.

19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung

Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz

Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:

Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers

mit dem weltweit größten Congressangebot

mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten

mit flächendeckender Besucherwerbung und

mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung

Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann

21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:

Professionelle Dokumentation

hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form

auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft

Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen, zu den Innovationsschwerpunkten der

Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014

22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen

Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus

Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt

23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.

Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.

Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.

Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:

Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)

Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof

24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung

Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa

Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung

25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal

nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014

Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014

26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind , weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato

gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird

Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“

27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“

(Punkt 2a der Beklagten)

Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?

Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?

Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“

(Punkt 2b der Beklagten)

Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:

Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers

mit einem professionell operierenden Unternehmen,

mit einem exzellenten Lebenswerk,

mit ansehnlichen Altersrücklagen

Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“

29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum

Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der

Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000

März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte

Kommunikationsverweigerung zu erreichen

Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt

Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei

Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert

Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren

Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA

Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende

Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.

Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Congressmesse-Veranstalters mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war

Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)

30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)

Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar

Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25

Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch verhilft

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)

31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:

Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers in Deutschland beklagt?

32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:

Was wird denn eigentlich beklagt?

Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur

> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch

> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität

33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:

Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger

Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:

Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden

35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers

Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird

36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist
sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)

37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer
gemäß §§198 ff GVG

Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden

2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa

Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)

38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG

Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung

39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin
Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG

40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,
an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),
ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > >
> > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.

Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014

Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011

41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs
Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten

Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution

Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert

Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .

Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > >
daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitation

42. Rechtsmittel der Beschwerde

im Rahmen des Prozesskostenhilfverfahrens

an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK

43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können

Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO

44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)

Mit Recht zurückzuweisen:

Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000

45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:

Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen

nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung

46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente

Rehabilitation unverzichtbar, weil

nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und Bundesregierung involviert sind,

sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind

47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitation.

Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitation und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen 13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)

48. Rehabilitation durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:

Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution

Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen

International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen

49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und

Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitation

Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami

Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)

Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei

Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)

51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:

Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK

Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert

53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)

**„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“**

54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa

55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Europäische Congressmessen des Klägers haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus

56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .

57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . . und abschließender Rehabilitierung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats

Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)

58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung

59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin

Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG

60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung

anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen

anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen

Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar

61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen

Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafters einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen

62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als

Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können

63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution

Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll

Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung

64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:

> Schläge in das Antlitz der Justitia

> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention

> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend

> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden

> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung

65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom

Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen

Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)

66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:

Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Scroll down after link (page 88)

**Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin.
Situationsanalyse März 2017 mit
Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann
Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz /
Staatshaftung**

67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -

Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)

mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge

politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:

Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten

Bundesregierung (Zerschlagung 1) und

unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)

und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)

unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)

(Zerschlagung 4) und

wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)

und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen

mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution

über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als

Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten

aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik,

aus Deutschland, Europa und weltweit

Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für

Innovationswachstum mit digitaler Evolution

Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ohne den Hauch einer Chance für das Opfer

Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung

Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:

Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschlichtung von Congressthemen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung

Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.

Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG

Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen

Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen

Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen

Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.

71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, siehe Anlage BVG-02):

Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz

Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)

Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.

Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Siehe Zerschlagung 3

Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei (1992)

Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000

Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten
Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.

73. Anspruch auf Rehabilitation in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens, ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe,
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung

Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO

Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können

Anspruch auf Rehabilitation in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang

Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitation, Rehabilitation ist Teil der Staatshaftung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung

74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu

Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen

Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist

Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und

nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik

Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden

76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen
Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte

Rehabilitation ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte

Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar

77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar
Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)
für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)
mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)
Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren

78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige Landgericht
Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)
Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch

79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz

1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung
3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen

80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für

digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission

Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile

Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch

Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 107)

Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am 31.08.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa

82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller Nachteile, Schmerzensgeld für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, für die Treib- und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod, für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanierung mit rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 144)

Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit Rechtsbeugung in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017

83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtllichem Gehör zur staatlich erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers, wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für herausragende Verdienste für Deutschland und Europa mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 178)

Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000 EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten, Zinsen, Gebühren . . .

85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von rechtllichem Gehör gemäß Anlage
86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung, für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit

Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter
(Zerschlagung 5)
für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden,
für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen
für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4)
für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge,
für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2)
für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung,
für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre)
auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 212)

**Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des
Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am
13.Okt.2017)**

87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forcierter Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 250)

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex
PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend
Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 284)

Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:

Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt

91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 316)

Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.

Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlanzeige, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert

Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &

Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“

„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“

„Von den USA abgehängt“

Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa

Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)

Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter

Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)

Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren:

Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018.

Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!

System Deutschland ein Sanierungsfall?

Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwangungshaft nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwangungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

**Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf
Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen
Congressmessen für digitale Evolution**

94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von
Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges
beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu
schützen

95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als
Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel
von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und
von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:
zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwangungshaft
zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit
Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution in Deutschland und Europa

96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer
politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale
Evolution

Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:
Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der
Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender
Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, siehe Anlage 18-01
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, siehe
Anlage 18-02

Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der
Risikobeherrschung in der Digitalisierung
Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen

Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen

mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit tödlichem Ausgang

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer **schleichenden Staatskrise**, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird

Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem

Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.

System Deutschland hat Sanierungsbedarf.

98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an

angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und angemessener Schadenersatz

für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

mit Integration des Digital-Gipfels

Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik der

herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

mit politisch motivierten Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenzerschlagung mit **Todesfolge**

mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit

durch gegenseitige Amtshilfe

durch gegenseitige Regierungshilfe

durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner

durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit

1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung

3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem **nachgewiesenen**

Mindestschaden von 100.000 €

Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13

mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018 mit Handlungsbedarf der 27.Kammer

Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter

Aufforderung zur Antwort seit 2007

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit

extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre

bitteres Unrecht

hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt

und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner

Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) nach **Antrag auf Härteleistung** für Opfer extremistischer Übergriffe als

Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer

seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte

Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung

mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!

103. Kein Weiter so ! Neubeginn !

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung

für professionellen Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:

Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 125)

Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen

104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher

> Erinnerung an Umsetzung von

angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und

professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch

den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende

Zwangsmassnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des

beklagten Westdeutschen Rundfunks

105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch

brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998,

bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:

im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),

im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),

in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)

Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst, nachdem

mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante

Zerschlagung erreicht wurde

Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:

Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von

gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge

von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes

Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu **Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens** und kapitalen Vermögensschäden

Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:

im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),

im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),

in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)

Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)

Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe:

Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und

mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst in NRW

"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen

Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem

Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne

Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen

mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden

"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu Missbrauch von Staatsgewalt

"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig

Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut:

Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften

trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland, Europa und weltweit

108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von

"Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter

Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur

Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder

seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche Oberpfalz / Bayern)

Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst

abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit

Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit

Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders.

Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält

Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz wegen für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe

109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,

vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,

vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat

Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe **mit Verlust eines Menschenlebens**, mit kapitalen Vermögensschäden und Zerschlagung der bayerischen Heimat

Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers

110. Kein Weiter so ! Neubeginn !

Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:

Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung

für professionellen Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt

zu den Zusammenhängen von

gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010

zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 180)

Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten

111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den

Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden

Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)

Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer

Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat,

psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen

Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 243)

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841
Mobil 0171-6853504
albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

per Fax an 030-9014-8790

Verwaltungsgericht Berlin
27. Kammer
VG 27 K 308.14

Kirchstraße 7
10557 Berlin

Velbert, 31. Juli 2018

Aktenzeichen: VG 27 K 308.14, VG 27 K 496.14, VG 27 K 66.11
Berlin

Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung mit Schadenersatz

wegen

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, kapitalen Vermögensschäden,

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

> unter Verantwortung der beklagten Bundesrepublik Deutschland

(vertreten durch das beklagte Bundeskanzleramt) für politisch motivierte Zerschlagung mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000

(Zerschlagung 1)

> unter Verantwortung des beklagten Freistaates Bayern

(vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei) nach einer über 20-jährigen Treib- und Hetzjagd des verstorbenen Opfers bis in den Tod, mit kapitalen Vermögensschäden vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

(Zerschlagung 2 unter Ausnutzung von Zerschlagung 1)

> unter Verantwortung des beklagten Öffentlich-rechtlichen

Rundfunks (ÖRR) wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft und diskriminierender Verweigerung jeglichen Gehörs

(Kommunikationsverweigerung) seit 1998 (**Zerschlagung 3**)

Albin L. Ockl, Gründer, verantwortlicher Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH, (Kläger, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems)

gegen

Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin (Beklagte)

Hier: Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>
Scroll down after link (page 285)

Fortsetzung durch Stellungnahme mit fortlaufender Nummerierung:

112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit ausführlicher Darstellung im ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten
Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften

Die 27.Kammern der Verwaltungsgerichte in Berlin und in Düsseldorf wurden gemäß Kapitel 111 darüber informiert:

Kapitel 111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den **Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland**
Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht
Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)
Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz
beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung
mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen Vermögensschäden
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>
Scroll down after link (page 243)

Der Unterzeichner, bis heute

Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems

mit Zersplitterung aller zusammenhängender Gerichtsverfahren der politisch motivierten Zerschlagungen und ihrer Folgewirkungen auf Verwaltungs- und Zivilgerichte seit 2011,

mit Versagung von rechtlichem Gehör zu einer erdrückenden Beweislage,

mit Missbrauch von Staatsgewalt, mit wiederholter

Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft infolge staatlich erzwungener Altersarmut,

hat mit erstem Schreiben vom 10. Juni 2018 dem

Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland die

katastrophalen Auswirkungen einer gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht, ausführlich dargelegt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

und mit zweitem Schreiben vom 25. Juli 2018 den

Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland an die

katastrophalen Auswirkungen dieser gigantischen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998, über 20 Jahre bitteres Unrecht, erinnert, weil das erste Schreiben nicht beantwortet wurde:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 22)

Frank-Walter Steinmeier hat eine besondere persönliche Beziehung zur Umverteilungspolitik der regierenden Generation seit 1998,

angesichts der Faktenlage, dass er

seit dem Jahr 1991, in dem Gerhard Schröder, damals

Ministerpräsident von Niedersachsen, auf Einladung des

Unterzeichners im Plenum seiner Europäischen Congressmesse

ONLINE'91 aufgetreten ist, und Frank-Walter Steinmeier als Referent

für Medienpolitik im Büro des Ministerpräsidenten und anschließend

als Büroleiter des Ministerpräsidenten tätig war,

von 1999 bis 2005 als **Chef des Bundeskanzleramtes** die

Verantwortung für die Umsetzung der staatlichen UMTS-Auktion 2000

und für die Behandlung der verheerenden Folgewirkungen hatte, mit

denen eine folgenschwere Umverteilung in der Digitalbranche

erzwungen wurde.

Es ist zweifellos ein schwerer Missbrauch der staatlichen UMTS-

Auktion 2000 und der verheerenden Folgewirkungen,

mit weisungsgebundener, bundesweit tätiger Staatsanwaltschaft

politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer

Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten

Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat,

mit kapitalen Vermögensschäden

rücksichtslos durchgesetzt zu haben und weiter zu betreiben.

Es besteht ein hoher persönlicher Erklärungsbedarf des Bundespräsidenten,

nicht nur wegen seiner politischen Verantwortung aus der Zeit von 1999 bis 2005 als Chef des Bundeskanzleramtes, sondern auch aufgrund seiner politischen Tätigkeit als Mitarbeiter von Ministerpräsident Gerhard Schröder in der Zeit davor (1991-1998) in Niedersachsen. Ministerpräsident Gerhard Schröder hat auf Einladung des Opfers auf seiner Congressmesse ONLINE'91 in Hamburg referiert:

> > > <http://www.euro-online.de/1990.htm>

Kein Weiter so! Das Justizopfer beantragt zum wiederholten Male öffentliche Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten zu den ungeheuerlichen Vorgängen der **politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung, mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden**

Überfällig ist eine Stellungnahme der beklagten Bundesregierung, vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem Kanzleramtsminister, beklagt wegen **Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,** wegen einer Mauer des Schweigens über die Zusammenhänge von politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010, mit einer erdrückenden Beweislage inkl. Zeugenaussagen.

Darüber hinaus:

Bundesweite, politisch motivierte Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, kapitalen Vermögensschäden,

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

ist das Werk einer skrupellosen, bundesweit tätigen Staatsanwaltschaft, die mit

Freiheitsberaubung und psychischer Folter des lebenden Zerschlagungsopfers trotz erdrückender Beweislage extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe fortsetzt. Hauptverantwortlich dafür ist die anweisende Beklagte.

113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden

trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

Im zweiten Anschreiben wurde der Bundespräsident ausführlich informiert über die Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft für 180 € unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft

Sieh Anlage VG180730-1

Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

vom 25.Juli 2018 in Kopie an

Präsident des Bundesverfassungsgerichts mit 2

Verfassungsbeschwerden,

Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),

Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 26)

> Unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft, verantwortlich für politisch motivierte, bundesweite Sippenzerschlagung, verantwortlich für staatlich erzwungene Altersarmut,

verantwortlich für Freiheitsberaubung mit psychischer Folter:

Am Morgen des 14.Juni 2018 um 7.30 Uhr standen 4 Personen in Polizei-Uniform vor der Tür und verlangten ungestüm Zugang, weil sie einen Haftbefehl hätten. Das Opfer hat sie aufgefordert, den Haftbefehl im Posteinwurf einzuwerfen, damit es Einsicht nehmen könnte. Die Einsichtnahme wurde verweigert. Der 4-Mann-Polizeitruup umstellte das Haus und terrorisierte das Opfer durch die vorhandenen Fenster. Das Opfer, Rentner im Alter von 77 Jahren, war im Schlafanzug beim Frühstück, stand unter Schock, hat alles verriegelt, was .zu verriegeln war.

Mit dieser Maßnahme war es ihm aber möglich, genügend Zeit zu gewinnen, um den fertigen, **ersten Brief an den Bundespräsidenten** am Morgen des 14.Juni 2018 per Fax zu übersenden. Danach: Während es durch das Wohnzimmerfenster einem angeblichen Polizisten erklärte, dass hier Missbrauch von Staatsgewalt vorliegen müsse, indem es den Haftbefehl nicht einsehen konnte, wurde es von 2 Polizisten von hinten überfallen und sofort die Hände mit Handschellen auf dem Rücken fixiert.

Die beiden gewalttätigen Polizisten waren mit Hilfe eines Schlüsseldienstes (5. Person) in die Garage eingedrungen und so durch den Treppenaufgang in das Wohnzimmer gelangt. Eine Einsichtnahme in die Belehrung des Haftbefehls wurde ihm nicht ermöglicht. Das schockierte Opfer wurde im eigenem Haus im Schlafanzug abgeführt.

Das Opfer, im Schlafanzug, das keinen physischen Widerstand geleistet hat, forderte Respekt vor einem überfallenen Rentner ein mit Hinweis auf

Art.1 Abs.1 des Grundgesetzes (Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt). Ein gewalttätiger Polizist konterte: "**Das ist das Grundrecht auf Gefangennahme**".

So wird das Grundgesetz von gewalttätigen Polizisten in der Praxis verhöhnt.

Ein Polizist photographierte von der Terrasse aus mit seiner Handy-Kamera den rückwärtigen Bereich des umfriedeten Grundstücks. Das Recht auf Datenschutz, jetzt mit viel Öffentlichkeitsarbeit europaweit aktualisiert und verkündet, ist in Velbert noch nicht angekommen.

Das gesamte Grundstück ist umfriedet mit Zaun, mit gemauerten Torpfosten an der Hofeinfahrt. Die Umfriedung ist verstärkt mit Büschen und Bäumen. Das Polizei-Auto hatte keinen Grund, die Zufahrt in der Hofeinfahrt zu erzwingen. Beim Abtransport des fixierten Opfers ist das Polizeiauto die Hofeinfahrt des Privatgrundstücks weiter abwärts gefahren bis zur Garage, anstatt rückwärts auf die öffentliche Straße, hat am Ende der privaten Hofeinfahrt gewendet und ist über die private Hofeinfahrt zur Polizeiwache und anschließend zur JVA in Wuppertal gefahren.

Es geht hier um schweren Missbrauch von Staatsgewalt und daher um **schweren Hausfriedensbruch mit Rufschädigung in der Nachbarschaft**.

Der 4-Mann-Polizeitrupp wurde angeführt von einem angeblichen **Polizei-Hauptkommissar Thomas Körner**. Der Bitte des Opfers nach Überlassung einer Visitenkarte wurde nicht entsprochen

Das fixierte Opfer, bekleidet mit Schlafanzug, stand unter schwerer Schockeinwirkung, hat auf einer Kopie des Haftbefehl bestanden, hatte aber keine Gelegenheit zur Kenntnisnahme der Belehrung, weil bei Ankunft in der JVA die Kopie des Haftbefehls abzugeben war. Erst nach Rückkehr aus der Haftanstalt am Samstag nachmittags um 16.00 Uhr hatte das Opfer die Möglichkeit zur Einsichtnahme in die Belehrung. Hier musste es mit Erstaunen feststellen: **Die Belehrung informiert über Rechte in 10 Punkten, von denen außer Punkt 8 kein einziger Punkt erfüllt war.**

Selbst Punkt 7 zur Untersuchung durch einen Arzt wurde nur zum Teil erfüllt, weil das Opfer über Hörbeschwerden klagte und um eine entsprechende Untersuchung gebeten hat. Diese Untersuchung hat nicht stattgefunden, obwohl das Opfer auch in der Haftzelle nochmals darum gebeten hat. Das Opfer war erstaunt über Rechte (10 Punkte), die ihm zugestanden hätten. Offensichtlich wurde eine Kenntnisnahme deswegen absichtlich verhindert.

Bei Zugang in der JVA wurde das Opfer aufgefordert, **sich nackt bis auf die Haut auszuziehen**. Es hat den Schlafanzug ausgezogen, hat sich aber geweigert, die Unterhose auszuziehen, weil dies für ihn entwürdigend war. Es verbrachte den ganzen Vormittag im Schlafanzug bis nach dem Mittagessen in einer Art Ausnüchterungszelle in einem unzumutbaren Zustand. Vorder- und Rückwand dieser Zelle bestanden aus vergittertem Glas, sodass Einsicht von allen vorbeikommenden Personen möglich war. Die Seitenwände hatten tiefe Schlaglöcher und waren beschmiert mit Sprüchen wie "Fuck you Wuppertal", "Tod den Deutschen", "Daniel Cibis ist ein Kinderficker" und weitere in nicht verständlicher Fremdsprache.

Es wurde in dieser Zelle von einem Herrn Rommel, der sich als Leiter der Zugangsabteilung vorstellte, verhört, weil sich das Opfer nicht nackt ausziehen wollte. Der JVA-Leiter, tatsächlich Bereichsleiter (JVAI, Justizvollzugs-Amtsinspektor mit Verantwortung auch für die spätere Unterbringung), hat ihm verdeutlicht, dass er auf Empfindlichkeiten einzelner Gefangener nicht Rücksicht nehmen könne. Das Opfer hat in sachlichem Ton darauf bestanden, **sich nicht nackt bis auf die Haut auszuziehen zu müssen**.

Am Nachmittag wurde das Opfer umquartiert in die Zelle 9.4 (Strafhaft, Absonderung, 15-minütige Beobachtung). Hier musste es erfahren, was **totale Isolationshaft in einer Gefangenzelle mit offenem "indischen Plumpsklo" und intensivem Uringestank in der Zelle und Untersagung der Toilettenbenutzung auf der Etage gegenüber bedeutet**.

Das Opfer hat diese Bezeichnung **"indisches Plumpsklo"** geprägt, weil es eine solche Klo-Gestaltung in seinem ganzen Leben nicht gesehen hat. Der Klo-Benutzer muss auf 2 Fußpodesten in Hockstellung sich begeben und dann in ein Plumpsloch von ca. 10 cm Durchmesser zielen. Deswegen hat das Opfer gebeten, die benachbarte Toilette der Etage benutzen zu können. Dies wurde ihm jedoch auf Anweisung des Bereichsleiters Rommel untersagt.

Totale Isolationshaft bedeutet keinerlei Kontakt zur Außenwelt, kein Zugang zu Nachrichten, keine Übertragung von der Eröffnung der Fußballweltmeisterschaft, deren Übertragung aus benachbarten Zellen geräuschweise zu hören war oder andere Ablenkungsmöglichkeiten sowie Überwachung im 15 Minutentakt auch nachts mit Einschaltung von greller Beleuchtung. Man beachte: Es geht hier um Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erziehungshaft für einen Betrag von 180 € und Umsetzung mit **totaler Isolationshaft in einer Gefangenzelle mit offenem "indischen Plumpsklo" und intensivem Uringestank in der Zelle und Untersagung der Toilettenbenutzung auf der Etage gegenüber**.

Wie das gesamte "Strafverfahren", ausschließlich verursacht durch staatlich erzwungene Altersarmut infolge kapitaler Vermögensschäden, ist ein solcher Strafvollzug verfassungswidrig,
weil es schon gegen die grundgesetzlich vorgegebene Verhältnismäßigkeit verstößt und

weil seelische Misshandlung (psychische Folter) dezidiert untersagt ist (Art.104 Abs.1 Satz 2 GG).

Offensichtlich war dieser Strafvollzug, der gegen Menschenrechte in einem unerträglichen Maße verstößt, **von der verantwortlichen Staatsanwaltschaft** mit der Polizei und dem Bereichsleiter der JVA abgestimmt. Mit verfassungswidrigen Beschlüssen der 6.Strafkammer wurde dazu die Basis gelegt.

Daher hat das Opfer Antrag auf unverzügliche Rückerstattung des erpressten Lösegelds (180 €) und Haftentschädigung inkl. Schmerzensgeld gestellt, bis heute ohne Rückmeldung von der 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal. Der Schriftsatz wurde als Teil der Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht übergeben:

Missbrauch deutscher Justiz für psychische Folter:

Verfassungsbeschwerde 2 BvR 1299/18 vom 18.Mai / 18.Juni 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-22.pdf>

> > > Scroll down after link (page 29).

Missbrauch deutscher Justiz für psychische und soziale Zerschlagung:

Verfassungsbeschwerde vom 10.Juli 2018

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-23.pdf>

Wenn eine Umverteilungspolitik in eine Zerschlagungspolitik mit Todesopfer umschlägt und pervertiert, dann ist dies von einem Rechtsstaat zu verhindern:

Das Opfer hat zudem die Zerstörung seines herausragenden Lebenswerkes hinnehmen müssen, aus dem der deutsche Staat großen Nutzen gezogen hat.

Mit der Zerstörung seines Lebenswerkes wurde ihm nachweislich ein **riesiger Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe** zugefügt: Staatliche erzwungene Altersarmut mit Nutzung eines Pfändungsschutzkonto ist die aktuelle Situation. Das ist Zerschlagung 1.

Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen wird beklagt, weil die Zerschlagung auf die Sippe des Zerschlagungsopfers erweitert wurde:

Auf seinen Bruder wurde eine Treib- und Hetzjagd bis in den Tod veranstaltet:

Verlust eines Menschenlebens, totaler Vermögensschäden, Nachlassinsolvenz des einzigen Rechtsnachfolgers und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf den Rechtsnachfolger (Unterzeichner). Das ist Zerschlagung 2. Sieh Seite 16 des ersten Schreibens.

Eine Umverteilungspolitik wird in der Regel von Staatsanwälten umgesetzt. Auch die Perversion einer Zerschlagungspolitik. Hier kommt ein dritter Täter hinzu: Der **Öffentlich-rechtliche Rundfunk ist beklagt, sich an der Zerschlagung direkt beteiligt zu haben** und einen

direkten Schaden von mind. 100.000 € verursacht zu haben. Das ist Zerschlagung 3. Sieh Seite 19 des ersten Schreibens

Einerseits: Die Solidargemeinschaft des deutschen Rechtsstaates bei Umsetzung einer Umverteilungspolitik, insbesondere zur Verhinderung einer Perversion in eine Zerschlagungspolitik, hat bis heute völlig versagt. Verfassungswidrige Versagung von rechtlichem Gehör zu einer erdrückenden Beweislage zu den Zerschlagungen 1, 2 und 3 wird beklagt.

Andererseits: Das Zerschlagungsoffer wird heute von Gerichten und Staatsanwälten bedrängt, verfolgt und psychisch gefoltert, damit es seinen Verpflichtungen gegenüber den Solidargemeinschaften der sozialen Pflichtversicherungen erfüllt, die es aufgrund der staatlich erzwungenen Altersarmut nicht mehr erfüllen kann. Seit 2010, seit Auflösung umfangreicher Altersrücklagen, erhält das Zerschlagungsoffer keine Versicherungsleistungen mehr.

Auf der Täter-Seite wird völliges Versagen der Solidargemeinschaft des Rechtsstaates als einzige Ursache für staatlich erzwungene Altersarmut hingenommen, trotz Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsoffers für den deutschen Staat,

auf der Opferseite werden die Verpflichtungen der Solidargemeinschaft der sozialen Versicherungen gnadenlos eingefordert, mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, obwohl seit Jahren keine Versicherungsleistungen mehr erbracht werden trotz staatlich erzwungener Altersarmut mit Versagung von rechtlichem Gehör für Schadenersatz, die einzige Ursache fehlender Beitragszahlungen sind

Das ist soziale Zerschlagung (Zerschlagung 4) und psychische Zerschlagung (Zerschlagung 5)

Sieh Verfassungsbeschwerden zu Missbrauch deutscher Justiz.

Kein Weiter so! Der rechtsstaatliche Anspruch auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch die beklagten Täter einschließlich des öffentlich-rechtlichen Rundfunks

nach Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens trotz eines herausragenden Lebenswerkes des lebenden Zerschlagungsoffers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution, für Deutschland und Europa

ist mit der Verantwortung eines Rechtsstaates (Staatshaftung) zu erfüllen.

Das Amt des Bundespräsidenten sollte nicht beschädigt werden.

Gerade deswegen ist eine öffentliche Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten, mit persönlicher Beziehung und politischer Verantwortung zum Lebenswerk des Zerschlagungsoffers, zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, notwendig.

Wiederholung des Antrags auf öffentliche Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten ist begründet.

Velbert, 31. Juli 2018



Albin L. Ockl

Anlagen im Schriftsatz vom 31.Juli 2018

Anlage VG180730-1

Zweites Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland vom 25.Juli 2018 in Kopie an

Präsident des Bundesverfassungsgerichts,

Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),

Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 22)

Anlagen im Schriftsatz vom 20.Juni 2018

Anlage VG180620-1

Schreiben an den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

vom 10.Juni 2018 in Kopie an

Präsident des Bundesverfassungsgerichts,

Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),

Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

"Wir klagen an" (Fortsetzung, kein Weiter so)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Mai 2018 (Kapitel BVERFG-22, -23, -24)

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Anlagen dieses Schriftsatzes vom 05. Mai 2018:

Anlage VG180505-3

Antwort des **Dr. Guido Westerwelle** vom 10. Oktober 2007 auf Brief des Zerschlagungsopfers vom 28. Sept. 2007 gemäß Verteiler des beigefügten Schreibens an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007:

Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

wurde in Kopie versandt an

EU-Kommissarinnen und Vorsitzende von Bundestagsfraktionen:

Neelie Kroes, EU-Kommissarin für Wettbewerb

Viviane Reding, EU-Kommissarin für Informationsgesellschaft und Medien

Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Guido Westerwelle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion

Anlage VG180505-6

Dokument zu "unterirdischer" Justiz eines Unrechtsstaates: Pfändungs- und Überweisungsbeschluss der Zentralen Zahlstelle Justiz vom 18. April 2018 nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zur

Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Anlage VG180505-7

Schreiben vom 24. Mai 2017 (nach Rücksprache als PDF per Mail zugesandt) an **Horst Lorenz Seehofer**

Ministerpräsident des Freistaates Bayern

und Vorsitzender der CSU

mit Einladung zu Maischberger-Sendung, die wegen Rundfunk-Sperre des beklagten WDR nicht stattfinden konnte.

Anlagen des Schriftsatzes vom 31. März 2018

Anlage 18-03

Schriftsätze an die 27. Kammer des Verwaltungsgerichtes vom 05. Jan. 2018 und vom 18. Feb. 2018 (gesamt 21 Seiten)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Anlage 18-04

Schriftsatz an den Intendanten des WDR, des ZDF und des ARD-Vorsitzenden (Intendant des BR) vom 15. März 2018 mit Anforderung einer Stellungnahme noch in diesem Monat

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Scroll down after link (page 117)

Anlage 18-05

Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz (BfJ) vom 12. März 2018 zu laufendem Antrag auf Härteleistungen für Opfer extremistischer Übergriffe seit Oktober 2016 nach Schriftsatz des Opfers vom 11. Dez. 2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 16)

Anlage 18-06 mit den Dokumentationen DOK-03

DOK-03-01

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel"

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-02

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland,

Bundesminister Dr. Norbert Blüm

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

"Sozialpolitische Herausforderung im Zeichen neuer Technologien"

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für digitale Evolution

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Günter Rexrodt

Begrüßungsdirektor als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für

Congressteilnehmer auf unserer ONLINE1984 in Berlin,

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg (verstorben 2004 in Berlin):

„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend“. . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation

einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997)

Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)

Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber

der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

(verstorben 2016 in Hamburg)

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst.“

„Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 7)

DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

DOK-03-6

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

DOK-03-7

Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei, Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

DOK-03-8

über 25 Jahre im Dienste der Digital-Branche mit nationalem IT-Gipfel

Hier: Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

Katalog der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

Congressband I der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999

(ISBN 3-89077-192-0, insgesamt 14 ISBN-nummerierte Bände der ONLINE'99)

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

DOK-03-9

Congressband-Verzeichnis ONLINE 1999, ONLINE 2000, ONLINE 2001

Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001

Bundesminister Dr. Werner Müller<nicht erschienen trotz schriftlicher Zusage,

Bundesminister für Wirtschaft und Technologie,

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage 18-07 (in DOK-03-9 beigelegt)

"Wir brauchen eine Gründungsoffensive"

WAZ-Interview vom 28.Feb.2018

mit dem designierten Wirtschaftsminister Peter Altmaier

Anlagen des Schriftsatzes vom 05.Jan.2015

Anlage 18-01

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 zu Zerschlagung 5 durch skrupellose Staatsanwaltschaft: Politisch motivierte Zerschlagung seit 2011 (Amtsgericht Mettmann) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

Hier: Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers

und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Scroll down after link (page 30)

Anlage 18-02

Sofortige Beschwerde vom 02.Jan.2018 wegen sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit (Zerschlagung 4): Zurückweisung einer Zwangsmaßnahme und Ablehnung eines Obergerichtsvollziehers im Auftrag einer Krankenkasse, die seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-2.pdf>

Scroll down after link (page 14)

Anlagen des Schriftsatzes vom 21.Dez.2017

Anlage 1 zur Zerschlagung 3:

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung durch den beklagten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk wegen Mitwisserschaft, Mittäterschaft mit einem nachgewiesenem Schaden von mindestens 100.000 €

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf>

Scroll down after link (page 200)

Anlage 2 : Vom Bundesamt für Justiz abgelehnt!

Antrag auf Härteleistung für

Opfer politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge und Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystem trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 16)

Anlage 3 zur Zerschlagung 5: Staatsanwaltschaft ein Sanierungsfall ?

Information an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin wegen Anspruch auf Rehabilitierung und Entschädigung auf Staatskosten zur Zerschlagung 5

Extremistische Ausuferung von schikanierenden „Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann seit 2011, Klageerzwingungsverfahren am BGH und Verfassungsbeschwerde 2 BvR 741/16

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf>

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 08.Nov.2017:

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Schreiben vom 06.Nov.2017 an die DEBEKA Krankenversicherungsverein A.G.

Anlage „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Schriftsatz vom 04.Nov.2017 an das Amtsgericht Velbert wegen Widerspruch und Antrag auf Unterlassung jeglichen Missbrauchs von Staatsgewalt durch OGV'in Kreyenpoth mit Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17, zusätzlich nachlesbar in der Internet-Cloud:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-11.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 30.Okt.2017:

Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse
bei Prozess- und Verfahrenskostenhilfe (PKH-Verfahren Oktober 2017)

Anlage 171001 im Schriftsatz vom 20.Oktober 2017

Prozesskostenhilfe-Verfahren vom 17.04.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGB-1.pdf>

Anlagen des Schriftsatzes vom 06.Okt.2017:

Anlage BVERFG-A:

Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2017 zu Zerschlagung 3

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf>

Scroll down after link (page 29)

Anlage BVERFG-B:

Verfassungsbeschwerde vom 18.Sept.2017 zu Zerschlagung 2

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Scroll down after link (page 50)

Anlage BVERFG-C:

Verfassungsbeschwerde vom 25.Sept.2017 zu Zerschlagung 1

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Scroll down after link (page 41)

Anlage DEBEKA-D:

Antwort vom 04.10.2017 zum Schreiben der DEBEKA-Krankenversicherung vom
21.Sept. 2017 (Anlage DEB2017-01) im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung mit Todesfolge

Anlage DEBEKA-E:

Urteil 7 O 314/12 der 7.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal vom 16.04.2015 zum
Verlust der Krankenversicherung seit 2010 mit unerträglicher Ignoranz staatlich
erzwungener Altersarmut

Anlagen im Schriftsatz vom 06.Sept.2017

Anlage 201709-01: Zwangsvollstreckungssache 1 DR II 1102/17 der
Obergerichtsvollzieherin Sonya Kreyenpoth im Auftrag der Staatsanwaltschaft Wuppertal
Anlagen im Schriftsatz vom 01.Sept.2017

Anlage 170901-01: Schreiben der XEROX GMBH vom 21.06.2014 über Restmiete von
EUR 17.403,68 trotz Kündigung der Anlage zum 31.12.2003.

Anlage 170901-02: Urteil vom 10.08.2016 mit Verurteilung des Opfers politisch
motivierter Zerschlagungen wegen (fiktiver) Verkehrsordnungswidrigkeit mit
Diskriminierung und Diffamierung seines Lebenswerkes

Anlagen 170828 im Schriftsatz vom vom 28.Aug.2017 :

mit Anlage 7 (ohne Anlage 7.1) aus Ordner 4 des ordentlichen Schadenersatzverfahrens
(teilweise reduziert)

Seite 1 bis 84

Anlagen im Schriftsatz vom 28. März 2017:

Anlage BVG-01 (1 BvR 382/17)

Verfassungsbeschwerde vom 20.Jan.2017 zu Zerschlagung 1

(1 BvR 382/17, 40 Seiten, 136 Seiten inkl. Anlagen, umfangreiche Beweisunterlagen in 5 Ordnern und mit

Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv des Beklagten mit 13 ISBN-nummerierten Congressbänden der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 zu Verfassungsbeschwerde vom 18.Dez.2015, 1 BvR 276/16, angeliefert) wegen ständiger Versagung von rechtllichem Gehör zu Zerschlagung 1 mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts
Aktenzeichen: I-18 W 36/15, Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 70/15 Landgericht Wuppertal

Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung

wegen politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-21.pdf>

Anlage BVG-02 (2 BvR 628/17)

Verfassungsbeschwerde vom 18.Feb.2017 zu Zerschlagung 2

(AR 1475/17, 32 Seiten, 1120 Seiten inkl. Beweisunterlagen in 2 Ordnern)

wegen ständiger Versagung von rechtllichem Gehör zu einer eskalierten Sippenzerschlagung mit Todesopfer

mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts

Aktenzeichen: I-18 W 48/16 Oberlandesgericht Düsseldorf,
2 O 163/16 Landgericht Wuppertal,

Klage auf Schadenersatz einschließlich posthume Rehabilitierung seines verstorbenen Bruders

wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung seines Bruders in einer langjährigen Treib- und Hetzjagd bis in den Tod,

nach zwei Petitionen an den Bayerischen Landtag,

nach krimineller Rechtsbeugung in Verwaltung und Verwaltungsjustiz,

nach Strafanzeige beim Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof

wegen Zerschlagung mit tödlichem Finale und Fortsetzung der Zerschlagung seines

einzigsten Rechtsnachfolgers in NRW, mit kapitalen Vermögensschäden,

vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf>

Verfassungsbeschwerde

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-W05.pdf>

Ruhestätte seines verstorbenen Bruders nach

politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung mit Todesfolge

mit Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit

nach zwei Petitionen (1999/2001 und 2010/2011) an den Bayerischen Landtag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf>

Anlage DOK-03-0

Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, dann Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland

Ministerpräsident Dr. Johannes Rau

auf unserer 5. Europäischen Congressmesse KOMMTECH'88

„Neue Informations- und Kommunikationstechniken: Chancen für den Strukturwandel“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

Anlage DOK-03-1

ONLINE'96: **Weltweit größtes Congressangebot** für technische Kommunikation

> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_96.pdf

Anlage DOK-03-2

Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland

Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998)

auf unserer ONLINE 96: **"Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend"**

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."

> > > <http://www.euro-online.de/h5.htm>

Anlage DOK-03-3

Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Erster Bürgermeister Dr. Henning Voscherau

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst. **“Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen**

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Anlage DOK-03-4

Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland

Bundesminister Dr. Wolfgang Bötsch

auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:

„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>

Anlage DOK-03-5

EU-Kommissar für Wettbewerb in der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Karel van Miert (1989-1999) auf unserer ONLINE'97:

„Für chancengleichen Wettbewerb auf deregulierten Märkten“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>

Anlage DOK-03-6

EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission

EU-Kommissar Erkki Liikanen (1999-2004) auf unserer ONLINE 2001:

„Für eine Informationsgesellschaft für alle“

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-03-7

Minister für Post- und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei,

Minister Emil Ehrenberger auf unserer ONLINE'92

Grußwort anlässlich der ONLINE'92

Anlage DOK-03-8

24 Jahre im Dienste der IT-Branche mit nationalem IT-Gipfel

Programmbroschüre der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

Anlage DOK-03-9

Plenarveranstaltung unserer Europäischen Congressmesse ONLINE2000/2001

Bundesminister Dr. Werner Müller, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

Chris Gent, Chief Executive Officer, VODAFONE AIRTOUCH, Newbury/UK

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>

Anlage DOK-04-1

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2000 bis März 2001

Anlage DOK-04-2

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2001 bis März 2002

Anlage DOK-04-3

Gewinn- und Verlustrechnung unserer ONLINE GMBH April 2002 bis März 2003

Anlage DOK-04-4

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen

Ausfall der Mietzahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Ausfall der Gehaltszahlungen durch unsere ONLINE GMBH

Anlage DOK-04-5

Politisch motivierte Zerschlagung durch Zerstörung der Existenz-Grundlage nach Einstellung der Congressmessen

Auflösung aller Altersrücklagen bis 2010

Anlage DOK-05

Schriftsatz vom 02.Dez.2016 an das Bundesamt für Justiz mit Antrag auf Härteleistung für Opfer extremistischer Übergriffe

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BfJ-01.pdf>

Scroll down after link (page 6)

Anlagen in fortlaufender Nummerierung:

Bis dato wurden folgende Anlagen in den (Beweise)Ordner 1, 2, 3 zur Verfügung gestellt:

Anlagen im Ordner 1

Von den führenden ONLINE-Seminaren zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1971 -1990

Anlage 1.00: Übersicht Ordner 1

Anlage 1.01: Veranstalter und Verlag der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Rückblick: 26 Jahre Europäische Congressmessen, 26 Jahre im Dienste der IT- und TK-Branche

> > > www.euro-online.de/h5.htm

Anlage 1.02: 1971 - 1980

Seminare - Symposien - Fachkongresse - Messekongress

Seminare Teleprocessing 1971 / 1973 / 1974 in Hamburg / München / Wuppertal

Seminarreihe >online< 1975 Technische Akademie Wuppertal

Seminare Online I-IV 1976 mit der Zeitschrift Online ZfD

in Hamburg Düsseldorf München Wien Zürich

1976-1979 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8>

Symposium Online V 1976 / 1977 Technische Akademie Wuppertal

ONLINE 1978 / 1979 Haus der Technik Essen

Herstellerunabhängige Seminare Workshops Symposien Kongresse

1980-1984 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7>

Keynote Speaker > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>

ONLINE 1980 Messe Kongress-Center Düsseldorf

3. Messekongreß für Daten- und Textkommunikation

Anlage 1.03: 1981 -1990

ONLINE'81 Düsseldorf

4.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation

ONLINE'82 Düsseldorf

5.Europäischer Messekongreß für Telekommunikation

ONLINE'83 Düsseldorf

6.Europäische Kongreßmesse für Telekommunikation

ONLINE'84 Berlin

7.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMM'84 Essen

Messe für Bildschirmtext und Mikrocomputer

1985-1987 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#6>

Keynote Speaker > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121111>

ONLINE'85 Düsseldorf mit den Symposien A-Z in 4 Kongressen

8.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'85 Karlsruhe mit Telematik-Kongresse

2.Deutsche Kommunikationsfachmesse

ONLINE'86 Hamburg mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen

9.Europäische Kongreßmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'86 Essen mit den Symposien A-Z in 6 Kongressen

3.Internationale Kongreßmesse für Technische Automation

ONLINE'87 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 7 Kongressen

10.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'87 Essen mit 6 Kongressen und 14 Ganztags-Seminaren

4.Europäische Congressmesse für Technische Automation

1988-1991 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#5>

Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111>

ONLINE'88 Hamburg mit 27 Ganztags-Symposien, 18 Ganztags-Seminaren und

8 Workshop-Zentren

11.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

KOMMTECH'88 Essen mit 6 Kongressen, 14 Ganztags-Seminaren und

8 Workshop-Zentren

5.Europäische Congressmesse für Technische Automation

ONLINE'89 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
12 Workshop-Zentren und 5 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern
12.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'90 Hamburg mit 32 Ganztags-Symposien in 8 Congressen
8 Workshop-Zentren mit 300 Workshops und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
13. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

Anlagen im Ordner 2

Europäischen Congressmessen vor und nach der Innovationswende durch die staatliche UMTS-Auktion 2000: 1991 -2003

Anlage 2.00: Übersicht Ordner 2

Anlage 2.01: 1991 – 2000 / UMTS-Auktion 2000

ONLINE'91 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
14.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
1992-1995 >>> <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#4>
Keynote Speaker >>> <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211>
ONLINE'92 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
15.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
ONLINE'93 Hamburg mit den führenden Congressen in Europa
8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 8 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
16.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'93 & OFFICES'93 Mainz Internationale Congresses für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Bürokommunikation und Informationsmanagement
ONLINE'94 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 24 Workshop-Reihen und 6 internationalen Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
NETWORKS'94 TEL&COM'94 OFFICES&DOC'94 CLIENT/SERVER'94
Congressmesse Frankfurt/Main'94 mit internationalen Congressen für
Integrierte und globale Kommunikationsnetze
Telefon-basierte Informations- und Kommunikationstechniken
Bürokommunikation und Dokumentenmanagement
Client/Server-Architekturen, -Werkzeuge und -Lösungen
ONLINE'95 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
8 Workshop-Zentren mit 23 Workshop-Reihen und 4 internationale Kolloquien,
Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote
Speakers)
18.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation

1996-1999 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3>
 Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>
 ONLINE'96 Hamburg Höchstes Organisationsniveau mit 8 Informationszentren
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 8 Workshop-Zentren mit Workshop-Reihen, Firmenvorträgen und ...Firmensymposien
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 19.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'97 Hamburg 20 Jahre ONLINE im Dienste der IT-Branche
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Jubiläumsprogramm mit Workshop-Vorträge, Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 20.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'98 Düsseldorf 21 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträge,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 21.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 ONLINE'99 Düsseldorf 22 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 2000-2003 > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#2>
 Keynote Speaker > > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112>
 ONLINE 2000 Düsseldorf 23 Jahre Kompetenz & Know-how
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Business Shows mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 23.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp00.pdf>

Anlage 2.02: Innovationswende 2000 - 2003

Staatliche UMTS-Auktion 2000 im August 2000 mit verheerenden Folgewirkungen
 ONLINE 2001 Düsseldorf 24 Jahre Kompetenz & Know-how
Umsatzstärkste Congressmesse vor dem Einbruch
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
New Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit hochkarätigen Sprechern (Plenary & Keynote Speakers)
 24.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/Symp01.pdf>

ONLINE 2002 Düsseldorf 25 Jahre Kompetenz & Know-how
Verlustreichste Congressmesse aller Zeiten trotz 25-jährigem Jubiläum
 Führende Congresses in Europa: 8 Congresses / 32 Symposien in 1 Messe
 Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
 Firmensymposien und Tutorials
 Nationaler IT-Gipfel mit Keynote Speakers
 25.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
 > > > <http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf>

ONLINE 2003 Düsseldorf 26 Jahre Kompetenz & Know-how ohne jede Chance
Letzte Congressmesse mit Verlustmaximierung und ohne Perspektive
Führende Congressse in Europa: 8 Congressse / 32 Symposien in 1 Messe
Net Economy Expo mit innovationsorientierten Workshop-Vorträgen,
Firmensymposien und Tutorials
Innovationswachstum und Kapital auf der Flucht aus der ITK-Branche in
Deutschland
26. Europäische Congressmesse der IT- und TK-Branche
> > > <http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf>

Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Congressbände mit ISBN-Nummer
Informationsbroschüre '84 - '87 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1984 bis 1987
Congressband-Verzeichnis '87 – '90 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1987 bis 1990
Congressband-Verzeichnis '89 – '92 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1989 bis 1992
Congressband-Verzeichnis '95 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1993 bis 1995
Congressband-Verzeichnis '98 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1996 bis 1998
Congressband-Verzeichnis 2002 zu den Congressbänden der Europäischen
Congressmessen von 1999 bis 2001
Congress- und Tutorialbände der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002 und
2003
NB. Im Firmenarchiv sind über 1100 Congressbände verfügbar, für 2003 zusätzlich in
elektronischer Form als PDF
Mehr Informationen in der Internet-Cloud
> > > www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Anlagen im Ordner 3

**Qualifizierte Information über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-
Auktion 2000 und über das deutsche Messewesen in 2004
Ausgewählte Kommunikation als Beweisunterlagen zur staatlichen Diskriminierung
(politisch motivierte Zerschlagung)**

Anlage 3.00: Übersicht Ordner 3

**Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt (1993-1998), bereits auf der
ONLINE'84 in Berlin als Senatsdirektor der Berliner Senatsverwaltung, und auf der
ONLINE 96 in Hamburg**

Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft: Den Wandel aktiv gestalten

3.0 Einbruch des deutschen ITK-Marktes nach der staatlichen UMTS- Auktion 2000, Messewesen mit Subventionswettlauf-Strategien

Anlage 3.01: UMTS-Auktionen 2000 in Deutschland und Europa aus der Sicht eines
qualifizierten Zeitzengen, Dr. Martin Weigele
> > > www.euro-online.de/ftp/UMTS-weigele.pdf

Anlage 3.02: Einbruch des Deutschen ITK-Marktes 1998-2004, zum 1. Mal Schrumpfung
im Jahr 2002, Innovationsmarkt irreversibel vernichtet

Anlage 3.03: Deutsches Messewesen in 2004, Dominanz einer ineffizienten
Staatwirtschaft mit Subventionswettlauf-Strategien (2 FAZ-Artikel):
„Das deutsche Messewesen ist ineffizient“
„Das Messewesen ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet“

Anlage 3.04: Telekom-Chef Timotheus Höttges zur Regulierung: „Es hat 11 Jahre gebraucht . . .“
Interview in THE WALL STREET JOURNAL März 2014

3.1 Veranstalter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH (Kläger) sieht erhöhten Bedarf für Innovationswachstum und Innovationseffizienz

Anlage 3.11: Präsentationen des Klägers des **Veranstalters der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** in 2004 mit dem Ziel eines Comeback

Anlage 3.12: Führende ITK-Anbieter Datenbank des Klägers in Deutschland auf höchstem Organisationsniveau (keine vergleichbare Datenbank im deutschen Messewesen)

Aus einer Vielzahl ausgewählte Schreiben, Studien, Projektvorschlägen, Emails mit Null Erfolg

Anlage 3.21: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Münchner Messegesellschaft in 2004 (SYSTEMS inzwischen eingestellt)

Anlage 3.22: Ausgewählte Kommunikation mit dem Management der Deutschen Messe AG (CeBIT Hannover) in 2004

Anlage 3.31: Ausgewählte Kommunikation mit der Bundesregierung, mit Bundesministerien BMBF und BMWa, mit dem Präsidenten der Fraunhofer Gesellschaft (Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH) in 2004

Anlage 3.41: Schreiben vom 13.03.2005 an den Bundeskanzler Dr. Gerhard Schröder, Referent auf der ONLINE'91 des Klägers

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=5&e=2&m=50>

> > > <http://www.euro-online.de/ftp/Brief.pdf>

3.5 Werbeschreiben für Innovationswachstum an die Bundesländer mit Projektvorschlägen basierend auf dem Bundesländervergleich der Bertelsmann-Stiftung

Anlage 3.51:

1. Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 28.06.2005 - Innovationswachstum in NRW, Deutschland und Europa

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW1.pdf>

2. Schreiben an Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers vom 02.08.2005 - Initiative EuroOnlineNRW mit Projektvorschlag

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/NRW2.pdf>

Anlage 3.52:

Schreiben an Ministerpräsident Roland Koch vom 08.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für Vision von Hessen im Jahr 2015

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hessen1.pdf>

Anlage 3.53:

Schreiben an den Ersten Bürgermeister und Präsidenten des Senats Ole von Beust vom 11.08.2005 -

Innovations- und Wirtschaftswachstum für wachsendes Hamburg

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Hamburg1.pdf>

Anlage 3.54:

Schreiben an Ministerpräsident Prof. Dr. Georg Milbradt vom 12.08.2005 - Innovations- und Wirtschaftswachstum für stärkeres Sachsen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsen1.pdf>

Anlage 3.55:

Schreiben an Ministerpräsident Dieter Althaus vom 15.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Thüringen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Thueringen1.pdf>

Anlage 3.56:

Schreiben an Ministerpräsident Prof.Dr. Wolfgang Böhmer vom 16.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Sachsen-Anhalt
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Sachsenanhalt1.pdf>

Anlage 3.57:

Schreiben an Ministerpräsident Kurt Beck vom 17.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Rheinland-Pfalz
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/RheinlandPfalz1.pdf>

Anlage 3.58:

Schreiben an Ministerpräsident Christian Wulff vom 18.08.2005 -
Ihre Vision für Niedersachsen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Niedersachsen1.pdf>

Anlage 3.59:

Schreiben an Ministerpräsident Günther H. Oettinger vom 19.08.2005 -
Innovations- und Wirtschaftswachstum für starkes Baden-Württemberg
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BW1.pdf>

3.6 Werbeschreiben für Innovationswachstum an neue Bundesregierung nach der vorgezogenen Bundestagswahl in 2005**Anlage 3.61:**

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 24.10.2005 - Neue Aufgaben für Aufbau Ost: Breitband-Internet für Innovations- und Wirtschaftswachstum mit Angebot einer PowerPoint-Präsentation
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Aufbau-Ost-neu.pdf>

Anlage 3.62:

Schreiben an die designierte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 15.11.2005 - Koalitionsvertrag und Breitband-Internet
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Investment.pdf>

Anlage 3.63:

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 01.12.2005 - Breitbandnetze, Breitband-Internet: Quo vadis?
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Breitband-Quo-vadis.pdf>

Anlage 3.64:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 16.12.2005 - Mit kleinen Unternehmen und weniger Bürokratie zu Innovations- und Wirtschaftswachstum – mit großem Verteiler und Projektvorschlag
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen1.pdf>

Anlage 3.65: Schreiben mit Antwort

Schreiben an Bundesminister Michael Glos vom 03.01.2006 - „Von Müller zu Müller“: Ohne Innovationswachstum werden Sie scheitern
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen2.pdf>

3.7 Zunehmende Frustration wegen Diskriminierung trotz Know-how, trotz Weltklasse-Höchstleistungen, angesichts des Niedergangs der ITK-Branche**Anlage 3.71:**

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007 - Aufschwung? Deutschlands Mitte vergessen? Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen3.pdf>

Anlage 3.72:

Schreiben an EU-Kommissarin Neelie Kroes, vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in
Deutschland ohne Perspektive

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-W.pdf>

Anlage 3.73: Schreiben mit Antwort

Schreiben an EU-Kommissarin Viviane Reding vom 01.10.2007 -
Innovationswachstum braucht professionellen Innovationstransfer, ITK-Branche in
Deutschland ohne Perspektive

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/EU-I.pdf>

Anlage 3.74:

Schreiben an ARD-Vorsitzenden Fritz Raff vom 09.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen
Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ARD.pdf>

Anlage 3.75:

Email an alle Intendanten von ARD / ZDF vom 16.10.2007 -
Professionell & Chancenlos: Vom professionellen Innovationstransfer zur persönlichen
Insolvenz

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/ard-zdf.pdf>

**3.8 Neue Bundesregierung: Neue Chancen?
Die Hoffnung stirbt zuletzt****Anlage 3.81:**

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.01.2009 -
Innovationswachstum & Neue Arbeitsplätze: Neubeginn für Leistungsträger des
Mittelstands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen4.pdf>

Anlage 3.82:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 09.11.2009 -

Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum:
Wachstumspotenziale des Mittelstands erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Innovationen5.pdf>

Anlage 3.83:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 23.11.2009 -
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum erschließen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand1.pdf>

Anlage 3.84:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 05.12.2009 -
Potenziale des Mittelstands gedeckelt?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand2.pdf>

Anlage 3.85:

Schreiben an Bundesminister Rainer Brüderle vom 16.12.2009 -
IT-Gipfel unter BMWi-Federführung: Zentrale Planwirtschaft nach 20 Jahren Mauerfall?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand3.pdf>

Anlage 3.86:

Schreiben an Vizekanzler und Bundesvorsitzenden der FDP Dr. Guido Westerwelle vom
11.01.2010 -

Realitätspolitik & Glaubwürdigkeit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand4.pdf>

Anlage 3.87:

Schreiben an FDP-Bundesvorsitzenden Dr. Guido Westerwelle vom 24.01.2010 -
IT-Gipfel & Congressmesse ONLINE, Enteignung & Zentrale Planwirtschaft, FDP-
Glaubwürdigkeitsverlust stoppen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelstand5.pdf>

Anlage 3.88:

Schreiben an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 22.02.2010 -
Deutschland-Initiative für Aufbruchstimmung und Trendwende
Mittelstands-Potenziale für Innovations- und Wirtschaftswachstum
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative1.pdf>

**3.9 Petition an den Deutschen Bundestag
Deutscher Bundespräsident, Öffentlich-Rechtliche Rundfunkanstalten****Anlage 3.91:**

Petition an den Deutschen Bundestag 03/2010-01/2012
Email-Rundschreiben an alle Bundestags-Mitglieder des Wirtschaftsausschusses und
des Petitionsausschusses im März 2010
Betreff: Niedergang der Branche für IT und Telekommunikation, Rechtswidrige
Enteignung des innovativen Mittelstandes
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Bundestag1.pdf>
Fortsetzung in Anlage 6.1

Anlage 3.92:

Schreiben an Bundespräsident Horst Köhler vom 25.05.2010 -
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf>

Anlage 3.93:

Schreiben an Bundespräsident Christian Wulff vom 14.07.2010 -
Wir klagen an
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative3.pdf>

Anlage 3.94

Schreiben an ARD-Vorsitzende und WDR-Intendantin Monika Piel vom 29.01.2011
anlässlich der Petition an den Deutschen Bundestag
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:
Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf>

Anlage 3.95:

Schreiben an Bundesminister Dr. Philipp Rösler vom 25.08.2011 -
Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 3.96

Schreiben an WDR-Intendantin Monika Piel vom 31.12.2012
und 16.01.2013 (Rücktritt Ende Januar 2013)
**Hilfesauftrag zur Rettung herausragender Zeitzeugnisse über
27 Jahre Innovation durch Telekommunikation**
Widerspruch gegen GEZ-Bescheid
Der Hilfe-Auftrag ist nachlesbar in der Internet-Cloud
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf>

Anlage 3.97

Schreiben an WDR-Intendant Tom Buhrow vom 14.06.2013
**Widerspruch gegen Gebührenbescheid im Umfeld eines Politik-, Verwaltungs- und
Justiz-Skandal**
Fortsetzung unserer Bemühungen um Stundung der Gebühren
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf>

Anlage 3.98 (Nachtrag zu Ordner 3)

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 28.05.2010, Seite 1-4:

Wir klagen an

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/bundestag-P.pdf>

Schreiben an Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert vom 03.01.2011, Seite 5-13

System Deutschland ein Sanierungsfall?

UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger

(Seite 5-13)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf>

Anlage 3.99 (Nachtrag zu Ordner 3)

Drei Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 12.03.2013, Seite 1-3:

Wir klagen an

Unsere Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Brief-BP.pdf>

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 28.03.2013, Seite 4-13:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

Schreiben an den Bundespräsidenten Joachim Gauck vom 10.04.2013, Seite 14-20:

Wir klagen an (Fortsetzung)

Unsere Verfassungsbeschwerden 2 BvR 397/13 und 1 BvR 881/12 (Kapitel 27 in 2 BvR 397/13) an das Bundesverfassungsgericht vom 15.01.2013 ff und 25.01.2012 ff.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BundesPr.pdf>

Anlage 4.01:

Analyse IT-Gipfel: Glanz und Elend der deutschen IT-Politik

Anlage 4.00: Leihgabe aus dem Congressmesse-Archiv

Programmbroschüren der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (2x)

Congressmesse-Katalog ONLINE 2000 mit Grußwort des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie Dr. Werner Müller

Congressbände der Europäischen Congressmesse ONLINE 2000 (13):

Congressband I Telekommunikation & Netze 2000

Congressband II Fixed, Mobile & High End Networking

Congressband III Enterprise Networks & Call Centers

Congressband IV Telekommunikations-Sicherheit & Security Management

Congressband V Internet, E-Commerce & E-Business

Congressband VI Software-Offensive mit JAVA, Agenten & XML

Congressband VII Web Content, Workflow & Knowledge Management

Congressband VIII Integrated Commerce, ERM, SCM & Data Warehousing

Tutorialband A High Speed & Multiservice Enterprise Networking: Trends, Strategien, Nutzungspotentiale

Tutorialband B Sicherheit im Internet und Intranet: Gefährdungspotenziale und Gefahrenabwehr

Tutorialband C Electronic Commerce & Recht: Rechtsprobleme und Lösungen

Tutorialband D Workflow & Knowledge Management im Intranet und Extranet: Basis für erweiterte Geschäfts- und Wissensprozesse

Tutorialband E Vom Data Warehouse zum E-Business: Evolution statt Revolution durch Integration

Siehe auch Anlage 2.03: Verlagsservice zu den Europäischen Congressmessen seit 1984 mit ISBN-Nummerierung

Weiterführende Informationen zum Congressbandarchiv mit über 1100 Congressbänden plus Messekataloge plus Programmbroschüren:

ONLINE Congressbände 1976-2003

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56>

Anlage 5.1: Kopie des Einschreibens des Herrn Dr. Henning Voscherau vom 26.08.2014, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg von 1988 bis 1997, Präsident des Bundesrates 1990 / 1991, mehrfach Schirmherr und Plenary Speaker der Congressmessen ONLINE von 1989 bis 1997 in Hamburg.

Anlage 5.2: Anordnung der 7.Kammer des Landgerichts Wuppertal vom 05.11.2014 (eingegangen am 08.11.2014) im Rechtsstreit wegen laufendem Antrag auf Stundung der Beiträge für Krankenversicherung (IIIa) und Pflegeversicherung (IIIb) infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung

Anlage 5.3: Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152): Aufgrund unverschuldeter Notlage infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender staatlicher Diskriminierung ist der Kläger nicht in der Lage, der Forderung des Vertretungszwangs zu entsprechen.

5.3a. Beschluss 20 ZB 14.350 des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs vom 18.02.2014

5.3b. Übergabe des Antrags auf Zulassung 06.12.2013 mit Schreiben des VG Regensburg vom 14.01.2014

5.3c. Schriftsatz vom 21.01.2014 an das VG Regensburg (RO 5 K 12.619 / RO 5 K 11.566) zu Einspruch mit Rechtsmittel der Berufung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/VGE5-Lkpost.pdf>

Anlage 5.4: Schriftsatz vom 22.10.2014 an den Präsidenten des Landgerichts Wuppertal wegen Anzeige und Klage vom 22.06.2014

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf>

Anlage 6.1: Petition an den Deutschen Bundestag (03/2010 - 01/2012)

Pet 1-17-09-703-005442

Ergänzungen zu Anlage 3.91

6.1 a) Beschlussempfehlung des Petitionsausschusses (zugesandt) im Widerspruch zur Realität, die der Petent in einem zerstörten Innovationsmarkt erfahren musste (siehe Einspruch in 6.1 c)

6.1 b) Sammelübersicht 346 zu Petitionen (recherchiert, nicht zugesandt), vom Bundestag beschlossen (Anzahl der anwesenden Bundestagsabgeordneten unbekannt)

6.1 c) Einspruch des Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011 (Recherche zu einer skandalösen Petition, nicht mehr anerkannt)

6.1 d) Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10 wegen erbärmlichen Missbrauch des Petition-Grundrechtes und Täuschung des Petenten: Nicht-Annahme zur Entscheidung ohne Begründung am 24.11.2010

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BVG2611.pdf>

Petition als Nr.32 in einem Massengrab des Deutschen Bundestags versenkt

trotz Einspruch eines erledigten, echauffierten, leider ohnmächtigen Petenten mit Schriftsatz vom 17.12.2011

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf>

6.1 e) Unqualifizierte Absage vom 06.01.2012 nach Einspruch vom 17.12.2011 gemäß Anlage 6.1 c

6.1 f) Demokratie-Studie der Bertelsmann-Stiftung: Der Bundestag arbeitet am Volk vorbei (SPIEGEL ONLINE 08.12.2014)

Anlage 6.2: Nur 3 Jahre später – Deutschland wird digitale Kolonie

Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine **Investitions**offensive an – **Innovations**offensive leider Fehlanzeige

Anlage 6.3: Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Verzögerungsrüge in Kapitel 35 und mit Hinweis auf Eigeninitiative in Kapitel 36

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/OVG-2.pdf>

Anlage 6.4: Bemühungen des Klägers um eine außergerichtliche Einigung mit Schreiben vom 25.08.2011 an den Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler (Klage auf Schadenersatz und Rehabilitierung, Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels unter BMWi-Federführung) wegen unerträglicher Verzögerungen als Anlage zum Schreiben vom 28.08.2011 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Kapitel 36 (36. Eigeninitiative mit Schreiben an den Bundeswirtschaftsminister), siehe auch Anlage 3.96 in Ordner 3:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Mittelst-6.pdf>

Anlage 6.5: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger & Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“
„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“
„Von den USA abgehängt“

Anlagen im Schriftsatz vom 27.03.2015

Anlage 06-OVG: Einladung des Senats von Berlin zum Senatsempfang anlässlich der ONLINE'84: Begrüßung und Eröffnung durch Senatsdirektor Dr. Günter Rexrodt

Anlage 07-OVG: Bundeswirtschaftsminister Dr. Günter Rexrodt auf der ONLINE'96 in Hamburg

> > > <http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121>

Legende mit Kapitelnummerierung

**Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz
wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000
und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung
und Justiz (staatliche Diskriminierung, staatlich motivierte Zerschlagung)**

Klageerhebung mit Schriftsatz vom 15.06.2014

01. Tätigkeit und Lebenswerk des Klägers: Branchen-Pionierleistungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Herstellerunabhängige ONLINE-Seminarreihe: Ursprung und Basis der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
02. Mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 den Innovationsmarkt zerstört: Vom Innovationsboom zur Innovationswende
Mit der Zerstörung des Innovationsmarktes: Verlust der Stammkunden der Congressmessen, Zerstörung von Lebenswerk und Existenz-Grundlage
Ganz Deutschland und Europa sind informiert und schauen zu: Spitzenleistungen staatlicher Diskriminierung
03. Chronologischer Überblick vor und nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Pioniere und Fakten des ITK-Marktes
Innovationswende 2001: Innovationsboom beendet durch Zerstörung des Innovationsmarktes
04. Seit 2010: Petition an den Deutschen Bundestag mit Verfassungsbeschwerde wegen Untätigkeit des Petitionsausschusses
Diverse Gerichtsverfahren, weil wegen Vernichtung der Existenz-Grundlage, wegen Diskriminierung und Ausgrenzung die Altersrücklagen aufgebraucht sind
05. Super-Milliardengrab mit milliardenschweren Spätfolgen:
Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit weltweit größtem Auktionsbetrag von über 50 Milliarden EUR
Branchenfremde Verwendung: Mit Auktionsbetrag 25%-Loch im Bundeshaushalt gestopft, nach 1 Jahr wirkungslos verpufft
06. Staatliche UMTS-Auktion 2000 "aus dem Ruder gelaufen"
Weltweit größter Auktionsbetrag der deutschen UMTS-Auktion im Gegensatz zu „Beauty Contests“ in Europa und weltweit
UMTS-Auktion in 2000 im Vergleich zur UMTS-Auktion 2010: um 2.222% höhere Lizenzkosten je Einwohner
07. Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000:
Einbruch des Branchenumsatzes, Zerstörung des deutschen Innovationsmarktes durch staatlichen Monster-Markteingriff,
Innovationswachstum nach USA und Fernost abgeschoben
08. Unbestreitbar: Professionelle Welt-Höchstleistungen des Klägers mit Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum
09. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung zerstört:
Herausragendes Lebenswerk und Existenz-Grundlage,
Professionell operierendes Congressmesse-Team,
Führende Datenbank für Innovationstransfer in Deutschland
10. Mit totaler Ausgrenzung und staatlicher Diskriminierung gestohlen: Nationaler IT-Gipfel (jetzt unter Federführung des BMWi),
Beklagte Bundeskanzlerin, der jede staatliche Diskriminierung untersagt ist, hat keine Skrupel, in dem enteigneten Forum des Nationalen IT-Gipfel jährlich eine Gipfelrede zu halten
Kommunikationsverweigerung der beklagten Bundeskanzlerin ist ein Fall besonders schwerer Diskriminierung
11. Staatliche UMTS-Auktion 2000:
Erfolgslose Sanierung des Staatshaushaltes unter dem Deckmantel der Marktregulierung.
Marktregulierung aus dem Ruder gelaufen und mit kontraproduktiver UMTS-Auktion 2000
Regulierungsziele völlig verfehlt
12. Mit rechtswidriger UMTS-Auktion 2000 und mit besonders schwerer staatlicher Diskriminierung des Klägers hat der Staat Verantwortung als Täter

Rechtswidrig: Massiver Missbrauch des Regulierungsrechtes für erfolglose Haushaltssanierung anstatt Schadensregulierung
Rechtswidrig: Massive Verstöße gegen die Regulierungsziele des Telekommunikationsgesetzes und gegen das Übermaßverbot des Grundgesetzes,
Rechtswidrig: Vernichtung des Innovationsmarktes anstatt Regulierung des Verbrauchermarktes
Rechtswidrig: Totale Ausgrenzung des Klägers, Enteignung und Übernahme des IT-Gipfels, Kommunikationsverweigerung, Petitionsverweigerung und staatliche Diskriminierung wie in einer Bananenrepublik mit dem Staat als Täter
13. Mit totaler Ausgrenzung und besonders schwerer staatlicher Diskriminierung Altersrücklagen zerstört und in die Altersarmut getrieben
Beklagte Bundeskanzlerin mit totaler Kommunikationsverweigerung hat Hauptverantwortung für schwere staatliche Diskriminierung
Beweise: Qualifizierte Schreiben und Projektvorschläge an Bundeskanzler, Bundeskanzlerin, Bundesminister, Ministerpräsidenten u.a.
14. Spitzenleistung juristischer Diskriminierung des Klägers wegen verheerender Folgewirkungen einer in höchstem Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000. Von deutscher Justiz wie eine „Sau durch 's Dorf getrieben“:
Mit Klageverstümmelungsstrategien, mit Aberkennung von Grundrechten, mit Rechtsbeugung, mit Haftbefehlen im 3er-Pack und 4er-Pack, mit SCHUFA-Eintragungen, mit Zwangsversteigerungsverfahren, . . .
das ganze Programm von Zwangs- und Schikanemaßnahmen infolge verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
15. An den Kanzler des Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte Europarat
Beschwerde Nr. 12092/12 vom 22.02.2012 und weitere Schriftsätze wegen verheerender Folgewirkungen einer im höchsten Maße rechtswidrigen, staatlichen UMTS-Auktion 2000 und totaler staatlicher Diskriminierung
wird behindert?
16. Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz,
Klage auf schnellstmögliche Beseitigung sozialer Ausgrenzung,
Antrag auf Rechtsschutz und Entschädigung bei überlangen Gerichtsverfahren gemäß §198-201 GVG
Die ausführliche Klagebegründung auch in der Internet-Cloud einsehbar:
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 31.10.2014

17. Antrag zur weiteren Vorgehensweise:
Kläger-Anspruch auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung.
Hauptklagepunkt ist der Vorwurf der politisch motivierten Zerschlagung. Ohne eine Entscheidung über den Hauptklagepunkt ist eine Bewertung des Schadenersatzes unmöglich.
Daher: Rückstellung aller Entscheidungen zum Schadenersatz, Unterlassung von nutzlosem Aktionismus, der nur weitere Zeitverzögerungen verursacht.
18. Bundesrepublik verhindert seit 2010 ein rechtsstaatliches Verfahren für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 in Deutschland und Europa.
Verwaltungsgericht Düsseldorf verweigert rechtsstaatliches Verfahren mit dem Vorwand nicht zuständig zu sein, obwohl die aktuellen Rechtshängigkeiten mit Gerichtsverfahren seit Sommer 2013 unbestreitbar sind und verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 permanent zum Nachteil des Opfers entschieden werden.
In keinerlei Weise hinnehmbar: Kläger wird vom Verwaltungsgericht Berlin simultan seit längerem unter Druck gesetzt, obwohl das Verfahren des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf in vollem Gange ist.
19. Vorrangig: Rechtsanspruch auf Rehabilitierung für Opfer der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und politisch motivierter Zerschlagung
Nachgeordnet: Rechtsanspruch auf Schadenersatz
Zu klären mit rechtsstaatlichen Verfahren:
Herausragende Leistungsmerkmale der Congressmessen des Klägers mit dem weltweit größten Congressangebot mit Integration von Information und Weiterbildung zu 32 Innovationsschwerpunkten mit flächendeckender Besucherwerbung und mit nachhaltiger Dokumentation

20. Hochqualifizierte Congressbände der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH für nachhaltigen Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

Antrag auf Besichtigung des Congressband-Archivs durch das Gericht zur Anerkennung des Rechtsanspruchs auf Rehabilitierung

Antrag auf Unterlassung judikativer Verzögerungen durch Beschlüsse zum Schadenersatz, der nur nachgeordnete Priorität (nach Klärung des Rehabilitierungsanspruchs) haben kann

21. Zukunftsperspektive Congressbandarchiv:

Professionelle Dokumentation

hochqualifizierter Zeitzeugen in hochwertiger und umfassender Form

auf dem Weg zur digitalen Informationsgesellschaft

Innovation durch Telekommunikation

Über 260 Congressbände (mehr als 1100 Exemplare) zu über 260 Congressen, zu den Innovationsschwerpunkten der

Telekommunikation in den Jahren 1976 - 2003

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 12.11.2014

22. Unerträglich: Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagung durch Zerschlagung des Congressmesse-Archivs, um Beweise für den Anspruch auf Rehabilitierung zu beseitigen

Kläger bietet an: Besichtigung des kompletten Congressmesse-Archivs im Privathaus

Kläger hat Zeugenaussagen hochqualifizierter Congressleiter beantragt

23. Bayerische Verwaltungsjustiz in Regensburg, München und Ansbach: Trittbrettfahrer der politisch motivierten Zerschlagung durch gnadenlose Ausnutzung der von deutscher Bundesregierung verschuldeten Notlage des Klägers vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit.

Über 20 Jahre Treib- und Hetzjagd auf den Bruder des Klägers (des einzigen Erben), in den Tod getrieben, einen Vorzeige-Betrieb in eine verrottende Ruine verwandelt.

Einzige Möglichkeit des erbenden Klägers: Nachlassinsolvenz.

Nach bewiesener Rechtsbeugung und Grundstücksmanipulation mit NS-Dokumenten aus 1943 durch das Landratsamt Tirschenreuth und Verwaltungsgericht Regensburg:

Verweigerung des Berufungsverfahrens durch Bayerischen Verwaltungsgerichtshof (20 ZB 14.350, 20 ZB 14.152)

Daher Antrag auf Beiladung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof

24. Deutsche Bundesregierung: 100 % Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung

Deutsche Justiz: 100 % Verantwortung für katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa

Spitzenleistung der Kreispolizei Mettmann: Freiheitsberaubung mit körperlicher

Gewaltanwendung ohne Vorlage eines Haftbefehls, Hausfriedensbruch und Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung

25. Aufgrund aktueller Entwicklungen: Antrag auf Fortsetzung des Schadenersatz-Verfahrens vor dem Landgericht Wuppertal

nach Anerkennung des vollen Rehabilitierungsanspruchs

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Fortsetzung der Klagebegründung mit Schriftsatz vom 08.12.2014

Antwort auf Schriftsatz der Beklagten vom 18.11.2014

26. Beklagte sprachlos und Diskriminierungs-blind , weil Wahrheit über verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung, politisch motivierte Zerschlagung) von der Bundesregierung bis dato

gedeckelt, verzerrt und gebeugt wird

Sprachlosigkeit und Blindheit für Diskriminierung in Stellungnahme zum Hauptteil mit umfangreicher Begründung unter der Überschrift „Zum restlichen Vorbringen des Klägers“

27. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung einer Prozesskostenhilfe unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“

(Punkt 2a der Beklagten)

Missbrauch eines PKH-Verfahrens zur weiteren Zeitverzögerung?

Kuh-Handel mit Grundrechten als Schmiermittel?

Einteilung in bemittelte und unbemittelte Personen?

28. Nicht mehr nachvollziehbar: Dubiose Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des Klägers“

(Punkt 2b der Beklagten)

Situationsanalyse 2014 aus der Sicht des Klägers:

Politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen Unternehmers

mit einem professionell operierenden Unternehmen,

mit einem exzellenten Lebenswerk,

mit ansehnlichen Altersrücklagen

Gipfel der Diskriminierungsblindheit: „Nicht ersichtlich, durch welche Handlungen der Beklagten im Zusammenhang mit der UMTS-Auktion der Kläger diskriminiert worden wäre“

29. Kläger 2000 und 2001: Europäische Congressmessen ONLINE nach 25 Jahren im Zenit für Innovationswachstum

Digitales Deutschland 2000: Spitzenstellung im globalen Vergleich vor der

Innovationswende durch staatliche UMTS-Auktion 2000

März 2010: Petition an den Deutschen Bundestag als letzter, verzweifelter Versuch des Klägers, Abhilfe von extremer Diskriminierung durch betonierte

Kommunikationsverweigerung zu erreichen

Dez. 2011: Petition an den Deutschen Bundestag mit umfangreichen Eingaben wird als Nr.32 in einem Massengrab des Bundestags trotz massiver Gegenwehr versenkt

Dez. 2014: Deutscher Bundestag arbeitet am Volk vorbei

Dez. 2014: Deutschland ist zur digitalen Kolonie von USA und China degeneriert

Datenschutz und Datensicherheit: Schwerpunkt-Thema des Klägers seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetzes in den 1970er Jahren

Deutschland 2014 und Beklagte im Würgegriff des NSA

Deutschland 2014 befindet sich im NSA-Würgegriff, die Beklagte hat leitende

Verantwortung für politisch motivierte Zerschlagung des Klägers, für den Datenschutz

und Datensicherheit Schwerpunkt-Thema seit Bestehen des Bundesdatenschutzgesetz in den 1970er Jahren ist.

Petition chancenlos, weil politisch motivierte Zerschlagung des privatwirtschaftlichen

Congressmesse-Veranstalters mit Unterstützung durch die Beklagte Zielsetzung war

Erörterung eines Anspruch auf Rehabilitierung unter „zum restlichen Vorbringen des

Klägers“ (Punkt 2c der Beklagten)

30. Congressband-Archiv mit hochwertigen Beweisunterlagen ist unverkäuflich (Punkt 2d der Beklagten)

Besondere Bedeutung des Congressband-Archivs und seiner Zukunftsperspektive im Zusammenhang mit der Rehabilitierung des Klägers ist unbestreitbar

Zuständigkeit des Landgerichts Wuppertal für Klage auf Schadenersatz nach Abschluss

der Klage auf Rehabilitierung: Siehe auch Kapitel 25

Deutsche Verwaltungsjustiz kann Glaubwürdigkeit gewinnen, wenn es den Weg freimacht für ein längst fälliges Rehabilitierungsverfahren, das der Wahrheit zum Durchbruch

verhilft

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-14.pdf>

Schriftsatz vom 22.12.2014 mit Einsprüche gegen und Anträge auf Richtigstellung zu den Beschlüssen VG 27 K 496.14, VG 27 K 308.14 vom 08.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)

31. Beschreibung der Beklagten in den Beschlüssen ist unzutreffend und irreführend:

Wer wird denn wegen politisch motivierter Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen

Leistungsträgers in Deutschland beklagt?

32. Beschreibung der Klagebegründung im Beschluss VG 27 K 496.14 ist total

mangelhaft, ebenfalls irreführend und entsprechend der Mängel ebenfalls eine juristische

Fortsetzung der totalen staatlichen Diskriminierung des Klägers:

Was wird denn eigentlich beklagt?

Mehrfacher Verstoß gegen Art. 34 GG: Nicht nur

> Grobe Fahrlässigkeit durch einen Markteingriff mit einem Horror-Auktionsbetrag

generiert verheerende Folgewirkungen, sondern auch

> Vorsätzliche Verletzung der Amtspflicht durch gnadenlose Ausnutzung der

verheerenden Folgewirkungen durch staatliche Diskriminierung des privatwirtschaftlichen

Unternehmers mit ausgewiesener Professionalität

33. Beschlüsse sind widersinnig, weil der letzte Schritt vor dem ersten Schritt gemacht

wurde und weil die Beschlüsse tatsächlich überhaupt nicht erforderlich waren:

Fundierte Qualitätsmängel der Beschlüsse nicht zumutbar für den Kläger

Beschlüsse sind reine Gefälligkeitsbeschlüsse gegenüber einer übermächtigen

Beklagten

34. Entscheidung über Verfahrenskosten ist nicht hinnehmbar:

Kläger weist jede Kostenverantwortung für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zurück
Beschlüsse sind sittenwidrig, weil dem Kläger in Anbetracht eines verheerenden Schadens weitere Kosten für unnötige Gefälligkeitsbeschlüsse zugemutet werden

35. Rechtsmittelbelehrung ist nach Verweigerung der Prozesskostenhilfe seit 2011 nur eine Verhöhnung des Klägers

Verhöhnung, weil der 27.Kammer bekannt ist, dass anwaltlicher Vertretung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen der von der Beklagten verschuldeten Notlage und Altersarmut nicht möglich ist und weil von der 27.Kammer seit 2011 Prozesskostenhilfe verweigert wird

36. Keine Beschwerde gegen Abtrennung des Schadenersatzverfahrens, das sowieso vor dem Landgericht Wuppertal durchzuführen ist
sondern Beschwerde nur gegen mangelhafte Ausführung der Beschlüsse, die lediglich weitere Zeitverzögerungen wegen Richtigstellungen verursachen, die von der 27.Kammer zu verantworten sind, und nur gegen Kostenverantwortung des Klägers für Gefälligkeitsbeschlüsse zugunsten einer übermächtigen Beklagten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 02.01.2015 mit Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer gemäß §§198 ff GVG und Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014 (eingegangen am 13.12.2014)

37. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer
gemäß §§198 ff GVG

Kläger hat in extremer Weise unter den materiellen und immateriellen Nachteilen eines überlangen Gerichtsverfahrens zu leiden

2011-2014: Katastrophale Odyssee der Rechtsfindung durch NRW, Bayern, Deutschland und Europa

Vom Verwaltungsgericht Berlin (2011) zum Verwaltungsgericht Berlin (2014)

38. Verzögerungsrüge wegen überlanger Verfahrensdauer seit 06.04.2011 gemäß §§198 ff GVG

Erste Verzögerungsrüge an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg in 2011
Beweis für staatliche Diskriminierung: Sprachlosigkeit der Verwaltungsjustiz bei Verzögerungsrüge und keinerlei Unterstützung der Eigeninitiative des Klägers zu einer außergerichtlichen Einigung

39. Verzögerungsrüge an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin

Eigenberechnung des geltend zu machenden Verzögerungsschadens unter Beachtung der Vorgaben des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) und §§198 ff GVG

40. In allen Gerichtsverfahren von 2011 bis dato,
an Verwaltungsgerichten, Amtsgerichten, an Zivilkammern und Strafkammern der Landgerichte, an Oberlandesgerichten, in mehreren Verfassungsbeschwerden am Bundesverfassungsgericht und in der Individualbeschwerde am EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte),
ausschließliche Begründung ob als Kläger, Beschwerdeführer oder Beklagter: > > >
> > > Verheerende Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und staatlicher Diskriminierung mit dem Ziel politisch motivierter Zerschlagung.

Antwort auf formloses Schreiben des Berichterstatters vom 09.12.2014

Zu beklagen: Überlange Dauer des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens an der 27.Kammer des Verwaltungsgerichtes Berlin als Ursache extremer materieller und immaterieller Nachteile seit 2011

41. Antrag auf umgehende Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs

Rehabilitierung: Nicht nur ein Recht des Klägers, sondern vielmehr eine Verpflichtung der Beklagten

Zerstörtes Lebenswerk des Klägers: Digitale Evolution

Nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000: Deutschland zur digitalen Kolonie von USA und Fernost degeneriert

Neujahrsansprache der beklagten Bundeskanzlerin: Gemeinsame Herausforderungen meistern, zum Beispiel die digitale Revolution. . .

Ohne Rehabilitierung des Klägers hat das in Deutschland einzigartige Congressmesse-Archiv als historisches Vermächtnis anerkannter Zeitzeugen keine Perspektive > > >
daher unverzichtbar im Interesse Deutschlands

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 26.01.2015 mit Beschwerde gegen Beschluss vom 06.01.2015 (eingegangen am 15.01.2015) und wiederholtem Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitation

42. Rechtsmittel der Beschwerde

im Rahmen des Prozesskostenhilfverfahrens

an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Mehrfach diskriminierendes Rubrum: Verstoß gegen Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK

43. Rubrum: Vorangestellte, kurze Zusammenstellung eines juristischen Dokuments mit dem Zweck, den folgenden Inhalt schon am Anfang richtig einordnen zu können

Aktivrubrum mit Angabe relevanter Berufstätigkeit gemäß § 117 VwGO

44. Unterdrückung der verantwortlichen Bundesregierung im Passivrubrum: Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG, Gleichheit vor dem Gesetz)

Mit Recht zurückzuweisen:

Irreführende Reduzierung der Klage der politisch motivierten Zerschlagung auf Angabe eines legalen Verwaltungsaktes, der staatlichen UMTS-Auktion 2000

45. Nicht nur missverständlich, sondern irreführend schon das Rubrum, weil mit umfassenden Beweisunterlagen in Ordner 3 vorgetragen:

Politisch motivierte Zerschlagung eines privatwirtschaftlichen Leistungsträgers mit herausragenden Weltklasse-Leistungen

nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.

Strafrechtliche Bedeutung des Rubrums zur Verhinderung einer besonders schlimmen Rechtsbeugung

46. Unerträglich: Fortsetzung der Diskriminierung am Verwaltungsgericht Berlin schon im Rubrum der juristischen Dokumente

Rehabilitation unverzichtbar, weil

nicht nur die beklagten Staatsorgane Bundeskanzler/Bundeskanzlerin und

Bundesregierung involviert sind,

sondern auch die Staatsorgane Bundespräsident und Deutscher Bundestag ausführlichst informiert sind

47. Längst überfällige Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs: 1.Schritt der Rehabilitation.

Antrag auf Rückgabe des Nationalen IT-Gipfels als Kernpunkt der Rehabilitation und damit verbundene Maßnahmen mit Bezug auf das Schreiben der Beklagten vom 26.11.2014 (eingegangen 13.12.2014) und Schreiben des Klägers vom 02.01.2015 (Kapitel 41)

48. Rehabilitation durch Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen im Vorfeld und mit Synergie zur Hannover-CeBIT:

Weltweit größtes Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten von Telekommunikation, Internet, IoT, IT, digitaler Evolution

Professionelle Unterstützung der digitalen Revolution und des Innovationswachstums mit Innovationsoffensiven der Congressmessen

International wettbewerbsfähiges Innovationswachstum kann man nicht verwalten, sondern man muss es unternehmen

49. Nach EZB-Entscheidung: Investieren in den Aufschwung in Europa und

Diskriminierung des Klägers beenden durch Rehabilitation

Neue Herausforderung: Verhinderung von Multimilliarden-Gräber durch Kapital-Tsunami

Beschwerde gegen Fortsetzung der Diskriminierung überfällig und massenhaft bewiesen

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 30.01.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit

Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss des 11.Senats vom 14.01.2015

50. Anhörungsrüge zum unanfechtbaren Beschluss vom 14.01.2015 (eingegangen am 19.01.2015)

Entscheidungserheblichkeit der Gehörsrüge: Valide und zweifelsfrei

Fortsetzung der Diskriminierung unerträglich, weil Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.3 Abs.1 GG)

51. Parallele Diskriminierung des Klägers im Rubrum juristischer Dokumente der 1. und 2. Instanz:

Verstöße gegen § 117 VwGO, Art.3 Abs.1 GG und Art.6 EMRK

Antrag auf nicht diskriminierende Ausführung des Rubrums

52. Missbrauch des Vertretungszwangs i.V.m. fortgesetzter Diskriminierung zur Verhinderung eines rechtsstaatlichen Verfahrens
Intensive Bemühungen des Klägers um qualifizierte anwaltliche Vertretung ohne Erfolg, von der informierten 27.Kammer gnadenlos ausgenutzt
Dem Kläger wird de facto ein rechtsstaatliches Verfahren mit anwaltlicher Vertretung verweigert

53. Verwaltungsgerichte wollen und können ein rechtsstaatliches Verfahren nicht mehr gewährleisten
Mit der Ablehnung von PKH-Anträgen: Verstoß des Klägers gegen den anwaltlichen Vertretungszwang vom 11.Senat erzwungen
Beschluss des 11.Senats verstößt gegen das Prozess-Grundrecht des Klägers, weil eine anwaltliche Vertretung de facto ausgeschlossen
Verstoß gegen das Grundgesetz (Art.20 Abs.3 GG)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-1.pdf>

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin mit Stellungnahme zu Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung anstatt europäischer Wehklagen (Anlage 6.5)

**„Wir haben das Spiel in der IT-Branche bereits verloren“
„Wir brauchen eine Überlebensstrategie“**

54. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat Anspruch auf Rehabilitierung in Deutschland, in deutschen Bundesländern und in Europa

55. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Europäische Congressmessen des Klägers haben besonderen Anspruch auf europäische Förderung insbesondere durch einen mutlosen EU-Digital-Kommissar
Rehabilitierungspotentiale bei der EU-Kommission durch die Beklagte zu erschließen, weil kein passender Finanzierungsmechanismus

56. Durch Rehabilitierung Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum: Kläger hat besonderen Anspruch auf direkte und indirekte Nachteile, auf materielle Nachteile und immaterielle Nachteile (Schmerzensgeld) durch überlange Diskriminierung und überlange Gerichtsverfahren, durch Rechtsbeugung, . . .

57. Durch sofortige Rehabilitierung: Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum.
Erster Schritt: Anerkennung des Rechtes auf Rehabilitierung in vollem Umfang
Alternativ: Juristische Klärung materieller und immaterieller Nachteile mit Staatshaftung für massive Verstöße gegen das Grundgesetz, für überlange Diskriminierung, für überlange Gerichtsverfahren, für skandalöse Rechtsbeugung, für Missbrauch von Staatsgewalt . . . und abschließender Rehabilitierung
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 10.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Stellungnahme zu den 3 formlosen Briefen mit den Aktenzeichen OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15 des Vorsitzenden Richters des 11. Senats

Klärungsbedarf zu 4 Aktenzeichen, Nachsendung eines zusätzlichen Schriftsatzes vom 30.01.2015 (Anlage 04-OVG)

58. Formlose Briefe im 3er-Pack mit unterschiedlichen Aktenzeichen: Wiederholter Klärungsbedarf mit ständig wiederkehrender Rechtfertigung anstatt Fortschritte gerichtlicher Klärung der Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagung

59. Nach politisch motivierter Zerschlagung seit 15 Jahren:
Technische Büroausstattung und finanzielle Ausstattung des Klägers sind den verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen nicht mehr gewachsen
Kläger wehrt sich mit Recht gegen verschwenderischen Umgang mit hochwertigen, historischen Dokumenten

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 12.02.2015 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Nachsendung in 2-facher Ausfertigung mit Fortsetzung der Klageeingaben an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin

Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen

Schriftsatz vom 08.02.2015 an das Verwaltungsgericht Berlin in Anlage 05-OVG

60. Aufbruchstimmung durch Fortsetzung eines herausragenden, professionellen Lebenswerkes für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum im Zuge der Rehabilitierung

anstatt unerträglicher europäischer Wehklagen

anstatt juristischer Abwimmelung und Abservierung mit verwaltungsgerichtlichen Kopieranforderungen

Antrag auf Stellungnahme zu den Anträgen der Rehabilitierung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Schriftsatz vom 27.03.2015 an den 11.Senat des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg

Anhörungsrüge wegen unanfechtbaren Beschluss (OVG 11 L 3.15 / OVG 11 L 4.15) vom 11.03.2015 und Stellungnahme zu unanfechtbaren Beschluss OVG 11 RL 3.15 vom 11.03.2015, auch ohne verfügbare Rechtsmittel nicht hinnehmbar

61. Politisch motivierte Zerschlagung eines weltweit herausragenden Lebenswerkes des Klägers: Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH

Kläger: Gründer, Planer und Organisator der Congressmessen

Unternehmen des Klägers (des einzigen geschäftsführenden Gesellschafter einer GmbH): Veranstalter der Congressmessen

62. Niemand in Deutschland hat ein vergleichbares Know-how als

Gründer, Planer und Organisator derartig weltweit herausragender Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

Kläger hat dieses herausragende Know-how aus über 25 Jahren Praxis, das ihm Richter eines Oberverwaltungsgerichtes nicht aberkennen können

63. Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH erstellt von 2004 bis 2011 qualifizierte Congressmesse-Projektvorschläge für digitale Evolution

Verweigerung jeglicher Kommunikation der Beklagten mit dem Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen, weil ein privatwirtschaftlicher Leistungsträger unerwünscht ist und mit politisch motivierter Zerschlagung aus dem Weg geräumt werden soll

Heute ist Deutschland digitale Kolonie, Projektvorschläge des Klägers blieben ohne Antwort und ohne Beachtung

64. Unanfechtbare Beschlüsse (§152 Abs.1 VwGO) der Verfahren OVG 11 RL 3.15, OVG 11 L 3.15, OVG 11 L 4.15:

> Schläge in das Antlitz der Justitia

> Verstöße gegen Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention

> Rubrum, Tatbestand und Tenor der Beschlüsse: Rechtswidrig, sachwidrig und daher diskriminierend

> Diskriminierende Beschlüsse sind und bleiben rechtswidrig, auch wenn keine Rechtsmittel mehr zugelassen werden

> Grundrecht des Klägers: Ablehnung der Kostenverantwortung für diskriminierende Beschlüsse bei anhörungsresistenter Fortsetzung der Diskriminierung

65. Unverzichtbare Rehabilitierungsansprüche, längst beantragt vom

Gründer, Planer und Organisator der Europäischen Congressmessen

Mittelstandspotentiale für Innovationstransfer, Innovationseffizienz, Innovationswachstum zu erschließen, ist ein kostbares Know-how aus über 25 Jahren Europäische Congressmessen

Schriftsatz vom 28.04.2015 an den Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg, Antwort auf das Schreiben des Herrn Dr. Schreier vom 10.04.2015 (eingegangen am 15.04.2015)

66. Situationsanalyse April 2015 zum verwaltungsgerichtlichen Verfahren:

Solange eine inhaltliche Bewertung des vorgelegten, umfangreichen und qualifizierten Beweismaterials verweigert wird und auch keine Zeugenaussagen zugelassen werden, wird auch das Recht auf Rehabilitierung verweigert.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-2.pdf>

Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 28.03.2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin. Situationsanalyse März 2017 mit Ablehnungsgesuch gegen den Berichterstatter RiVG Hofmann Antrag auf Terminverschiebung nach Härteleistung / Schadenersatz / Staatshaftung

67. Bis heute: Versagung von jeglichem Gehör zu einer der dunkelsten Phase deutscher Nachkriegsgeschichte -

Situationsanalyse März 2017: Vor 2 Jahren noch kaum vorstellbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation unter Verantwortung der deutschen Bundesregierung, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und

mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung)

mit konzertiertem Zusammenwirken der Beklagten mit dem Öffentlich-rechtlichen Rundfunk, mit gnadenloser Ausnutzung der verheerenden Folgewirkungen durch den Freistaat Bayern,

mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
Eskalation zu Sippenzerschlagung: Staatliche Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene

Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

68. Schuldlose, staatlich erzwungene Altersarmut infolge

politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

Stand März 2017: Schadenersatzanspruch und Rehabilitierungsanspruch wegen

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

Eskalation staatlicher Übergriffe zur Sippenzerschlagung: Staatlicher Frontalangriffe auf deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte

mit ständiger Versagung des

grundgesetzlich garantierten rechtlichen Gehörs für Staatsschuld,

für Staatshaftung wegen staatlich erzwungener Altersarmut,

für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffene

Bürger mit vorzeigbaren Lebenswerk bis in den Tod

Betroffener ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen:

Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe:

Beklagt wird Sippenzerschlagung unter höchster Verantwortung der beklagten

Bundesregierung (Zerschlagung 1) und

unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2)

und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)

unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger)

(Zerschlagung 4) und

wegen kaum vorstellbarer staatlicher Übergriffe durch skrupellose Spezialabteilungen der Staatsanwaltschaften (Zerschlagung 5)

und bis heute unter Verhinderung höchstrichterlicher Entscheidungen und Versagung von rechtsstaatlichen Verfahren.

69. Weltklasse-Höchstleistungen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot inkl. professioneller Dokumentation zu den Innovationsschwerpunkten digitaler Evolution über mehr als 25 Jahre in jährlichem Turnus als Nationaler IT-Gipfel mit Beteiligung führender Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, aus Deutschland, Europa und weltweit
Herausragendes Lebenswerk des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationswachstum mit digitaler Evolution
Ausgehebelt mit Monstermarkteingriff der staatlichen UMTS-Auktion 2000 ohne den Hauch einer Chance für das Opfer
Zerschlagen mit diskriminierender Ausgrenzung des Opfers trotz intensiver Bemühungen um Projekte digitaler Evolution nach der Aushebelung
Konzertierte diskriminierende Ausgrenzung des Opfers von Bundesregierung und ÖRR zwecks Zerschlagung der Europäischen Congressmessen des Opfers und rechtswidriger Übernahme:
Erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums und Ausschachtung von Congress Themen für Phoenix- und ÖRR-Projekte zur digitalen Entwicklung
Steuer- und gebührenfinanziertes Establishment mit brachialer Staatsgewalt gegen ahnungslosen, eigen-finanzierten Privatunternehmer mit professioneller Überlegenheit ohne Subventionen, ohne Gebühren, ohne Staatsgewalt.
Katastrophale Folgewirkungen für das Opfer ohne den Hauch einer Chance

70. Gigantische Umverteilungsoperation durch grobem Missbrauch des staatlichen Regulierungsrechtes nach Maßgabe des Telekommunikationsgesetzes gemäß §2 TKG
Verfassungswidriger Missbrauch einer Frequenzversteigerung zur Enteignung und Erzwingung der staatlichen Übernahme des nationalen IT-Gipfels unter „Federführung“ des Bundeswirtschaftsministeriums nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000
Verfassungswidrig: Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes, rechtswidrig erzwungene Wegnahme des nationalen IT-Gipfels, Vernichtung der gesamten Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen
Zeugnis führender Persönlichkeiten aus deutscher und europäischer Politik zur herausragenden Qualität der Europäischen Congressmessen
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Anerkennung des Rehabilitierungsanspruchs nach politisch motivierter Zerschlagung als Pionier der Digitalisierung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe bis zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit: überfällig.

71. Gigantische Umverteilungsoperation mit politisch motivierten Zerschlagungen (Verfassungsbeschwerde 1 BvR 382/17, Anlage BVG-01) und extremistischer Ausuferung zur Sippenzerschlagung mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders bis in den Tod und Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd auf ihn als seinen einzigen Rechtsnachfolger durch bayerische Verwaltung in NRW (Verfassungsbeschwerde 2 BvR 628/17, siehe Anlage BVG-02):
Frontalangriffe auf das deutsche Grundgesetz
Wirtschaftliche Zerschlagung mit Versagung von jeglichem Gehör durch deutsche Bundesregierung und durch Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Psychische Zerschlagung durch massive Verstöße gegen internationale Menschenrechte (Zerschlagung 5)
Erdrückende Beweislage: Umfangreiches, professionell aufbereitetes und qualifiziertes Beweismaterial vorgelegt; eine geschlossene, logisch organisierte Beweiskette mit den Anlagen 0.01 bis 6.5 in mehreren Ordnern mit historischen Dokumenten.
Juristische Zerschlagung mit massiven Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)

72. Staatliche Übergriffe und schädigende Aktivitäten der beklagten Bundesregierung vor der staatlichen UMTS-Auktion 2000

Mitwisserschaft und aktive Mittäterschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks bereits im Vorfeld (1998) durch Unterstützung mit rechtswidriger Übertragung von PHOENIX (massiver Verstoß gegen Rundfunk- und Fernseh-Recht, Medienrecht): Sieh Zerschlagung 3

Veranlassung von Betriebsprüfungen des Finanzamtes wegen europäischer Aktivitäten zur Durchführung der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH: Einladung des Ministers für Post-und Fernmeldewesen der Tschechoslowakei (1992) Absage einer Ministerrede wegen Einladung an Chris Gent, Chief Executive Officer von Vodafone Airtouch (United Kingdom), unmittelbar vor Übernahme von Mannesmann in 2000

Erfolge der Europäischen Congressmessen: Ein Dorn im Auge der beklagten Bundesregierung und ihrer Ministerialbeamten

Politisch motivierte Zerschlagung um jeden Preis: Zerschlagung der New Economy (O-Ton Bundesregierung Schröder I: „Dotcom-Blase“), erzwungene Abwanderung des digitalen Innovationswachstums nach USA und Fernost, Einfuhr von Agenda 2010 und Hartz IV.

73. Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung für extremistische Ausuferung und Eskalation staatlicher Übergriffe zu einer politisch motivierten Sippenzerschlagung wie in einem totalitären Unrechtsstaat
Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens, ohne anwaltliche Unterstützung wegen Versagung von Prozesskostenhilfe, Unerträglich: Unterdrückung eines rechtsstaatlichen Verfahrens mit einem Einzelrichter-Gerichtsbescheid zu einem Rehabilitierungsdesaster politisch motivierter Sippenzerschlagung

Daher: Ablehnungsgesuch wegen tiefster Besorgnis der Befangenheit des Berichterstatters RiVG Hofmann gemäß §42 ZPO und §54 VwGO

Anspruch auf sofortige Härteleistung wegen extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe gemäß Antrag vom 02.Dez. 2016 beim Bundesamt für Justiz, um wegen politisch erzwungener Altersarmut wenigstens die Reisekosten mit vorausgehender Übernachtung bei Anreise zur mündlichen Verhandlung bestreiten zu können

Anspruch auf Rehabilitierung in vollem Umfang als Wiedergutmachung in einem Rehabilitierungsdesaster aus Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3, Zerschlagung 4 und Zerschlagung 5 mit kausalem Zusammenhang

Antrag auf Terminverschiebung, weil Schadenersatz vor Rehabilitierung, Rehabilitierung ist Teil der Staatshaftung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Schriftsatz vom 10.Aug. 2017 an die 27.Kammer des Verwaltungsgerichts Berlin mit Stellungnahme zum Beschluss vom 21.07.2017 und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anwaltliche Unterstützung

74. Nur Notstandsgesetze nur in Notstandssituationen lassen die Einschränkung von Grundrechten zu

Zurückzuweisen: Generelle Erlaubnis zur Einschränkung von Grundrechten bei hoheitlichen Handeln mit vernichtenden Folgewirkungen für die Opfer staatlicher Handlungen

Zulässig sind nur ordentliche Enteignungsverfahren mit Schadenersatz, wenn dies im öffentlichen Interesse ist, wobei das öffentliche Interesse hier jedoch ein Argument für das Opfer und nicht gegen das Opfer ist

Nicht mehr nachvollziehbar: Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur heimtückischen Umsetzung einer gigantischen Umverteilungsoperation, erzwungen mit verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung und schlimmster Diffamierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz sowie ständiger Versagung von jeglichem Gehör (staatliche Diskriminierung) und nach Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge

75. Staatliche UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen:

Nur Deckmantel für gigantische Umverteilungspolitik mit politisch motivierten Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Auch für hoheitliches Handeln muss von den Tätern Verantwortung übernommen werden

Die von der Bundesregierung betriebene Wirtschaftspolitik war keine Wirtschaftsförderung, es war verfassungswidrige Umverteilungspolitik Automobil-Branche, die von einer gigantischen Umverteilungspolitik am meisten profitieren sollte (VW-Vorstandsmitglied Hartz & HARTZ IV), ist jetzt zum Gesundheits-Gefährder Nr.1 in Deutschland geworden

76. Rechtswidrige Ausführung der staatlichen UMTS-Auktion 2000 längst nachgewiesen Schadenersatz ist juristische Aufgabe ordentlicher Gerichte

Rehabilitierung ist juristische Aufgabe der Verwaltungsgerichte

Umgehung des Grundgesetzes bei juristischer Klärung des Schadenersatzes ist nicht hinnehmbar

77. Rehabilitierung: Angemessene Würdigung des mit Weltklasse-Höchstleistungen seiner Europäischen Congressmessen herausragenden Lebenswerkes für das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen unverzichtbar

Höchste Qualifikation der Europäischen Congressmessen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Weltweit größtes Congressangebot (digitaler IT-Gipfel)

für IT und Telekommunikation (für digitale Evolution)

mit professionellem Verlagsservice für Dokumentation (über 260 ISBN-nummerierte Congressbände mit Auflage von mehreren 100.000)

Angemessene Würdigung für die herausragenden Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen mit dem internationalen Karlspreis von Aachen in

Anwesenheit ehemaliger Beiratsvorsitzender, VIP Speakers, Keynote Speakers,

Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa ist Rehabilitierungsanspruch.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 62)

Schriftsatz vom 28.August 2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Beschluss VG 27 K 308.14 vom 21.07.2017 (eingegangen am 29.07.2017) nach unerträglicher Mitteilung des Landgerichts Wuppertal über Versagung von rechtlichem Gehör für Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens und Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren

78. Folgerungen für das Rehabilitierungsverfahren nach Versagung von rechtlichem Gehör für die Fortsetzung des Schadenersatzverfahrens durch das zuständige

Landgericht

Zurückstellung eines erneuten PKH-Verfahrens (von der 27.Kammer bereits im April 2011 durchgeführt)

Kurzfristige Benennung eines vertrauenswürdigen und fachkompetenten Rechtsanwalts nicht realistisch

79. Unverzichtbar: Schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz

1. Schritt: Angemessene Würdigung des herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

2. Schritt: Angemessener Schadenersatz mit angemessener Rehabilitierung

3. Schritt: Der Staat (Regierung, Verwaltung und Justiz) ist verantwortlich für die Zerschlagungen und muss daher den Wiederaufbau unterstützen

80. Angemessener Schadenersatz als Voraussetzung für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für

digitale Evolution durch Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Wiederaufbau der Datenbank für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Förderung des Wiederaufbaus durch deutsche Bundesregierung und Europäische Kommission

Schadenersatz-Anspruch für materielle und immaterielle Nachteile

Finanzierungsbedarf für den Wiederaufbau gemäß Rehabilitierungsanspruch

Außergerichtliche Einigung über die schrittweise Umsetzung einer angemessenen Rehabilitierung inkl. Schadenersatz?

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 107)

**Schriftsatz vom 01.Sept.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des
Berichterstatters und Richters Hofmann vom 28.08.2017 (eingegangen am
31.08.2017) in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017**

81. Besorgnis einer Unterschätzung des Ausmaßes horrender Schadenswirkungen
Unternehmensgruppe der Familie Ockl als verantwortlicher Träger für Weltklasse-
Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen
für Transfer, Effizienz und Wachstum digitaler Innovationen in Deutschland und Europa
82. Unverzichtbar: Rehabilitierungs- und Schadenersatz-Anspruch wegen immaterieller
Nachteile, Schmerzensgeld
für politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung
staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge
für Verlust von über 30 Lebensjahren (2x17) mit Anerkennung der Weltklasse-
Höchstleistungen für Deutschland und Europa,
für die Treib- und Hetzjagd des Bruders und Schwagers bis in den Tod,
für psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven
Verstößen gegen internationale Menschenrechte, langjährige Schikanie mit
rechtswidrigen Bußgeldverfahren für fiktive Verkehrsordnungswidrigkeiten, Missbrauch
von Staatsgewalt, staatlich erzwungene Altersarmut, . . .
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 144)

**Schriftsatz vom 06.Sept.2017 mit Stellungnahme nach Erhalt weiterer
Zwangsmaßnahmen der Staatsanwaltschaft Wuppertal vom 01.09.2017 zu Urteil mit
Rechtsbeugung
in Ergänzung zum Schriftsatz des Klägers vom 28.Aug.2017**

83. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher
Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge: Hier politisch
motivierte Zerschlagung 5
Hier: Aktueller Beweis durch weisungsgebundene, skrupellose,
diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zwangsmaßnahme zur Vollstreckung eines rechtsbeugenden Urteils wegen einer irrealen
Verkehrsordnungswidrigkeit in einer Kette von rechtswidrigen
Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtllichem Gehör zur staatlich
erzwungenen Altersarmut seit 2011
Anstiftung einer ehrenwerten Obergerichtsvollzieherin zu Missbrauch von Staatsgewalt
Aktueller Beweis für Anspruch auf Schmerzensgeld
wegen strafbarer Rechtsbeugung zum Zwecke der Schädigung des Opfers,
wegen Diskriminierung und Diffamierung des Opfers, was das Zeug hält
84. Erster Schritt der Rehabilitierung des Opfers ist überfällig: Angemessene Würdigung
seines herausragenden Lebenswerkes der Europäischen Congressmessen mit dem
weltweit größten Congressangebot zu den Innovationsschwerpunkten der digitalen
Evolution
Als angemessen anzustreben: Internationaler Karlspreis von Aachen in 2018 für
herausragende Verdienste für Deutschland und Europa
mit Anwesenheit ehemaliger und künftiger Beiratsvorsitzender, VIP-Speakers, Keynote
Speakers, Congress Chairmen etc. aus Deutschland und Europa
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 178)

**Schriftsatz vom 06.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme
zu 3 Verfassungsbeschwerden im September und zu Schmerzensgeld
nach Aufforderung der Krankenversicherung zur Nachzahlung von über 10.000
EUR für Pflegepflichtversicherung zusätzlich zu noch ausstehenden Kosten,
Zinsen, Gebühren . . .**

85. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher
Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesfolge:
**Staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte, europäische und internationale Menschenrechte**
September 2017: 3 Verfassungsbeschwerden wegen ständiger Versagung von
rechtllichem Gehör gemäß Anlage

86. Unverzichtbar: Schadenersatz für Wiedergutmachung immaterieller Nachteile und Schäden (Schmerzensgeld) einschließlich medienrechtliches Schmerzensgeld (Zerschlagung 3) und wegen Missbrauch sozialer Pflichtversicherungen (Versicherungszweck: soziale Sicherheit) für finale Zerschlagung, für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe zu psychischer Zerschlagung, schwerer Freiheitsberaubung mit physischer Gewaltanwendung, Hausfriedensbruch, skrupellose Rufschädigung mit Präsentation des wehrlosen Opfers in vergittertem Schwerverbrecher-Polizeitransporter (Zerschlagung 5) für Verlust der Krankenversicherung im Rentenalter (Zerschlagung 4) und daraus resultierende Gesundheitsschäden, für Nachteile hoher Nachzahlungen für Zeiten ohne Versicherungsleistungen für schwere Nachteile und Zwangsmaßnahmen infolge hoher Nachzahlungen für Pflegepflichtversicherungen und Krankenversicherungen im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen und daraus resultierender Altersarmut (Zerschlagung 4) für Wiedergutmachung zu allen Unannehmlichkeiten, seelischen Belastungen und sonstige Unwohlgefühle aus politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihrer Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge, für den Tod seines Bruders, den Verlust seiner Heimat durch Entfremdung und den Verlust seines Geburtshauses und Elternhauses (Zerschlagung 2) für soziale, kulturelle, berufliche und geschäftliche Aussperrung, für den Verlust von mehr als 35 Lebensjahren (2 x 17,5 Jahre) auf dem Höhepunkt ihrer Schaffenskraft mit der Anerkennung für Weltklasse-Höchstleistungen und statt dessen unerträgliche Demütigungen durch Missbrauch von Staatsgewalt und Versicherungsarroganz zu Klagen politisch motivierter Zerschlagungen > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 212)

**Schriftsatz vom 20.Okt.2017 mit Stellungnahme zum Schreiben des
Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am
13.Okt.2017)**

87. „PKH-Verfahren“ mit Benennung eines zur Vertretung bereiten Rechtsanwalts
Gesucht innerhalb von 2 Wochen: Vertrauenswürdiger Rechtsanwalt als Klagevertreter des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen
Problem: Erforderliche Qualifikation des Rechtsanwalts (Verwaltungsrecht) mit der Fähigkeit einer wirksamen Unterstützung angesichts eines juristischen Scherbenhaufens aus einer gigantischen Umverteilungspolitik mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer zu PKH-Konditionen
Zweites PKH-Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin nach PKH-Antrag in 2011 mit wirtschaftlichen Verhältnissen, die wesentlich verschlechtert sind wegen forciertes Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen einschließlich Zerschlagung 2 mit Todesopfer in 2012
88. Wie ist der „Antrag auf Terminverschiebung“ „bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung“ zurücknehmbar?
Klärungsbedürftig: Wie kann der Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit einem geschätzten Finanzierungsbedarf von 50 Mio € schnellstmöglich gestartet werden, ohne auf Schadenersatz zurückgreifen zu können?
Politisch motivierte Zerschlagungen haben ganze Arbeit geleistet: Inhaber von Pfändungsschutzkonten hat beim Kreditgeber schlechte Karten
Lösungsvorschläge: Z.B. sofortige Härteleistung, aufrechenbar mit später zu klärendem Schadenersatz wäre hilfreich, um den Antrag auf Terminverschiebung der Rehabilitierung bis nach Klärung von Schadenersatz und Staatshaftung (Kapitel 73 im Schriftsatz vom 28.März 2017) zurücknehmen zu können und
weitere Vorschläge zur Planungssicherheit, Verlustabsicherung in der Wiederaufbauphase u.a.m.
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>
Scroll down after link (page 250)

Schriftsatz vom 30.Okt.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017) mit Anlieferung der PKH-Unterlagen ohne Perspektive für eine anwaltliche Vertretung

89. Von Zweifeln zur Gewissheit: Anspruch auf qualifizierte anwaltliche Vertretung zu PKH-Konditionen nicht umsetzbar

Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation selbst für qualifizierte Rechtsanwälte zu komplex

PKH-Konditionen für qualifizierte Rechtsanwälte abschreckend

Rehabilitierung und Schadenersatz durch eine angemessene Förderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen, Anspruch auf Förderung für Entwicklung und Abstimmung konkreter Konzepte

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 284)

Schriftsatz vom 08.Nov.2017 mit Fortsetzung der Stellungnahme zum Schreiben des Berichterstatters und Richters Hofmann vom 09.Okt.2017 (eingegangen am 13.Okt.2017): Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

90. Justizopfer als Ergebnis der Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe nach einer gigantischen Umverteilungsoperation zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge trotz herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts) und:

Alle Staatsorgane waren informiert und haben (sich) versagt

91. Justizopfer eines Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

Justizopfer ohne Chance einer qualifizierten anwaltlichen Vertretung

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 4“

Justizopfer und „Extremistische Ausuferung Zerschlagung 5“

Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:

Justizopfer als Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-15-3.pdf>

Scroll down after link (page 316)

Schriftsatz vom 21.Dez.2017 mit Fortsetzung der Klage auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

92. Klage-Eröffnung 2010: Deutschland ist digitale Kolonie. Kläger wusste nicht, dass er Opfer einer gigantischen Umverteilungspolitik geworden ist.

Digitale Kolonie 2014: Bundesminister Alexander Dobrindt schlägt Alarm und kündigt eine Investitionsoffensive an – Innovationsoffensive leider Fehlansage, Investitionsoffensive auf Bayern minimiert

Digitale Kolonie 2015: EU-Digital-Kommissar Günther Oettinger &

Europäische Wehklagen anstatt Aufbruchstimmung

„Im IT-Sektor haben wir das Spiel bereits verloren“

„Deutschland rutscht weiter ins Breitband-Abseits“

„Von den USA abgehängt“

Deutschland kann die digitale Sicherheit nicht mehr gewährleisten.

Deutschland ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa

Digitale Kolonie 2017: Europa wächst – und verliert (ZVEI: Der Halbleitermarkt 2017)

Deutschland hat den digitalen Trend längst verschlafen (Weltweiter

Telekommunikationsriese Vodafone, Dez.2017)

Deutsche und europäische Konzerne wollen lieber in den USA und Fernost investieren:

Nicht nur in der Digital-Branche. Nach Aufbau Ost kommt Abbau Ost. Sieh Görlitz 2018.

Weil kein Innovationswachstum aus Mittelstandspotentialen wegen Unternehmens-Genozid der Innovationselite!

System Deutschland ein Sanierungsfall?

Hat das Grundgesetz nur noch ein Grundrecht für Asylanten?

93. Weisungsgebundene Staatsanwaltschaft 2017 mit beklagten Bundeskanzleramt als Weisungsgeber: Ein Sanierungsfall?
Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Kreisverwaltung Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen wiederholter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017,
nach Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft zum Zwecke der physischen Zerschlagung des Justizopfers: Aktenkundig beim Bundesverfassungsgericht (Zerschlagung 5)
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Schriftsatz vom 05.Jan.2018 mit Fortsetzung der Klage in 2018 auf Rehabilitierung, Schadenersatz & Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

94. Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: 20 Jahre

Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)

Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).

Besonders diskriminierend:

Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung

Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?

Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen

95. „Weihnachtsgeschenke 2017“ staatlich erzwungener Altersarmut als Beschäftigungstherapie für den Jahreswechsel

von krimineller Hassjustiz skrupelloser, weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und von sinnloser Vollstreckungsjustiz in einem teuflischen Unrechtssystem:

zu Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft

zu sozialer Zerschlagung unter dem Deckmantel sozialer Sicherheit

Trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

96. Verheerende Folgewirkungen einer unsäglichen Umverteilungspolitik gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution

Europäische Congressmessen des Opfers zerschlagen, obwohl:

Systemrelevant für digitales Innovationswachstum, mit Vorrang für Chancen der Digitalisierung, aber mit Verantwortung für Risiken

Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa mit verheerender

Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:

Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG

Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung, siehe Anlage 18-01

Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, siehe Anlage 18-02

Wer auf digitales Innovationswachstum verzichten muss, ist auch Versager bei der Risikobeherrschung in der Digitalisierung

Deutsche Justiz längst Teil dieser schlimmen Entwicklung

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 39)

Schriftsatz vom 18.Feb.2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

97. Deutschland hat „schleichende“ Staatskrise, ohne sie zu erkennen

Schlimmer als in Indien: Umverteilung in die Kaste der Rechtlosen

mit Eskalation zur Sippenerschlagung mit tödlichem Ausgang

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Bemühungen des Klägers um Sensibilisierung der Öffentlichkeit zu einer **schleichenden**

Staatskrise, die von der gegenwärtigen Gesellschaft inzwischen als Normalzustand empfunden wird

Missbrauch deutscher Justiz und deutscher Institutionen für ein teuflisches

Menschenrechte-verletzendes Unrechtssystem

Kein Weiter so! Neubeginn mit Aufklärung der Öffentlichkeit.

System Deutschland hat Sanierungsbedarf.

98. Erinnerung mit Ausführungen aus alten Schriftsätzen an

angemessene Rehabilitierung, angemessene Würdigung des Lebenswerkes und

angemessener Schadenersatz

für professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

mit Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum

mit Integration des Digital-Gipfels

Deutsche Justiz hat längst Handlungsbedarf.

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 84)

Schriftsatz vom 31.März 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

99. Jetzt: Gigantische Umverteilungspolitik und Zerschlagungspolitik der

herrschenden Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

mit politisch motivierten Zerschlagungen

mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

mit Eskalation staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter

Sippenerschlagung mit **Todesfolge**

mit eskalierender, staatlicher Übergriffigkeit

durch gegenseitige Amtshilfe

durch gegenseitige Regierungshilfe

durch Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner

durch eine skrupellose Staatsanwaltschaft ohne Sinn und Verstand

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

100. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation seit

1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

im Zuge der Kumpanei öffentlich-rechtlicher Vertragspartner (Zerschlagung

3, gebührenfinanzierter Staatsrundfunk) mit einem **nachgewiesenen**

Mindestschaden von 100.000 €

Rechtshängig beim Verwaltungsgericht Düsseldorf 27 K 5854/13

mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 444/18 vom 18.Jan.2018 mit

Handlungsbedarf der 27.Kammer

Arrogante Versagung jeglicher Kommunikation des ÖRR trotz terminierter

Aufforderung zur Antwort seit 2007

trotz eines herausragenden Lebenswerkes

mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

101. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit

extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe seit 1998, 20 Jahre

bitteres Unrecht

hier im Zuge gegenseitiger Amtshilfe für das beklagte Bundeskanzleramt

und beklagte Öffentlich-rechtliche Vertragspartner

Hier: Gegenstandsloser Widerspruchsbescheid des Bundesamtes für Justiz

(BfJ) nach **Antrag auf Härteleistung** für Opfer extremistischer Übergriffe als

Beweis für gegenseitige Amtshilfe bei der Durchsetzung gigantischer Zerschlagungspolitik durch das beklagte Bundeskanzleramt (Anlage 18-05) trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Opfers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa

102. Gigantische Zerschlagungspolitik der herrschenden Generation mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe

zur Sippenzerschlagung mit Todesopfer

seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

hier im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe für die beklagte

Bundesregierung durch die beklagte Bayerische Staatsregierung

mit gnadenloser Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd nach dem Tod seines Bruders auf das Zerschlagungsopfer als seinen einzigen Rechtsnachfolger, in NRW!

103. Kein Weiter so ! Neubeginn !

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener Rehabilitierung

für professionellen Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:

Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 125)

Schriftsatz vom 05.Mai 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution und diversen Anträgen

104. Kampf gegen die Mauer des Schweigens: Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält. Daher

> Erinnerung an Umsetzung von

angemessener Rehabilitierung mit Schadenersatz und

professionellem Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution

> Neue Klage 2018 auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz durch den Öffentlich-rechtlichen Rundfunk inkl. Einspruch gegen schikanierende Zwangsmassnahmen eines diskriminierenden Widerspruchsbescheid des beklagten Westdeutschen Rundfunks

105. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen durch

brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen:

im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),

im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),

in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)

Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 im Jahr 2000 erst, nachdem mit vorhergehenden Maßnahmen zwar Schaden, aber nicht die geplante Zerschlagung erreicht wurde

Überwindung der Mauer des Schweigens unverzichtbar:

Lückenlose Aufklärung der Zusammenhänge von

gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

106. Längst überfällig: Transparenz und Aufklärung der Zusammenhänge

von gigantischen Zerschlagungen, HARTZ IV und Agenda 2010

Verantwortung des Politikers und Chefs des Bundeskanzleramtes

Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

Verantwortung für bundesweite Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen zu **Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens** und kapitalen Vermögensschäden

Eskalation von politisch motivierten Zerschlagungen durch brutale, teuflische Machtpolitik der Bundesregierung Schröder I seit 1998, bundesweit mit allen verfügbaren Institutionen und Verfahren:

im Zuge gegenseitiger Amtshilfe (Z1, Zerschlagung 1),

im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe (Z2),

in strafbarer Kumpanei mit öffentlich-rechtlichen Vertragspartnern (Z3)

Teuflisches Unrechtssystem: Opfer wird für verheerende Folgewirkungen von politisch motivierten Zerschlagungen verantwortlich gemacht (soziale Zerschlagungen Z4 und Z5)

Antrag auf Befragung / öffentliche Stellungnahme des Politikers und Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)

107. Bundesweite Eskalierung zum Abschuss einer "vogelfreien" Sippe:

Umsetzung mit einer weisungsgebundenen, skrupellosen Staatsanwaltschaft, mit bundesweiter Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt und

mit Weisung aus der beklagten bayerischen Staatskanzlei selbst in NRW

"Unterirdische" Justiz mit psychischer Zerschlagung durch einen

Unrechtsstaat: Freiheitsberaubung mit Hausfriedensbruch unter dem

Deckmantel von Erzwingungshaft, ohne Haftbefehl, ohne

Durchsuchungsbefehl, im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen

mit bundesweiter Eskalation zur Sippenzerschlagung, mit Verlust eines

Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden

"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Erklärung von staatlichen

Übergriffen nach Rechtsbeugung als "rechtskräftig", mit Rechtskraft zu

Missbrauch von Staatsgewalt

"Unterirdische" Justiz eines Unrechtsstaates: Parallele Verfolgung in

Verfahren an zwei Amtsgerichten gleichzeitig

Ablehnung durch das Opfer wegen politisch erzwungener Altersarmut:

Kostenverantwortung für "Rechtskraft" von Bußgeldern durch Missbrauch

von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaften

trotz erdrückender Beweislage von politisch motivierten Zerschlagungen

trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland,

Europa und weltweit

108. Dokument zu Kosten einer "unterirdischen" Justiz mit Missbrauch von Drittschuldnern:

Pfändungs- und Überweisungsbeschluss unter Missbrauch von

"Drittschuldnern" nach bundesweiter Eskalation politisch motivierter

Zerschlagungen mit bayerischer Beteiligung zur

Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und mit kapitalen Vermögensschäden (Zerschlagung 2)

Kläger: Einziger Rechtsnachfolger nach Hexenjagd gegen seinen Bruder

seit 1998 bis in den Tod (2012), im Landkreis Tirschenreuth (nördliche

Oberpfalz / Bayern)

Fortsetzung bayerischer Hexenjagd in NRW mit grundgesetzlich längst

abgeschafften Steuernachforderungen trotz Nachlassinsolvenz, mit

Eintreiben von Gerichtskosten trotz krimineller Rechtsbeugung, mit

Erzwingung einer Sicherheitshypothek für kriminelle Rechtsbeugung vor und nach dem Tode seines Bruders.

Es wird weiter zerschlagen, was das Zeug hält

Antrag auf unverzügliche Härteleistungen durch das Bundesamt für Justiz wegen für extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe

109. Klage-Erweiterung gegen die Bundesrepublik Deutschland,

vertreten durch die deutsche Bundesregierung in Berlin,

vertreten durch den Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat

Antrag auf öffentliche Rehabilitierung der zerschlagenen Sippe **mit Verlust eines Menschenlebens**, mit kapitalen Vermögensschäden und Zerschlagung der bayerischen Heimat

Totale Zerschlagung einer bundesweit tätigen Sippe trotz hervorragender Leistungen, Zerschlagung im Zuge gegenseitiger Regierungshilfe mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

Antrag auf öffentliche Stellungnahme des zuständigen Bundesministers

110. Kein Weiter so ! Neubeginn !

Herausragende Persönlichkeiten aus Deutschland und Europa:

Zeugen für Weltklasse-Höchstleistungen des Zerschlagungsopfers für digitale Evolution in Deutschland und Europa

Europäische Congressmessen für digitale Evolution:

Weltweit größtes Congressangebot mit Dokumentation zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation in Deutschland, Europa und weltweit

Juristischer Anspruch des Zerschlagungsopfers

auf Umsetzung von angemessener, öffentlicher Rehabilitierung

für professionellen Wiederaufbau der

Europäischen Congressmessen für digitale Evolution in Deutschland und Europa auf Staatskosten

zum großen Nutzen für Deutschland und Europa

Zweifacher Antrag auf Stellungnahme und Zeugnis des Bundespräsidenten

am Verwaltungsgericht Berlin und Düsseldorf gestellt

zu den Zusammenhängen von

gigantischen Zerschlagungen, Hartz IV und Agenda 2010

zu extremistischer Ausuferung in Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens und kapitalen Vermögensschäden

zu mehr Transparenz (EU whistleblower protection law!)

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 180)

Schriftsatz vom 20.Juni 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit Schreiben an den Bundespräsidenten

111. Schreiben vom 10.Juni 2018 an den

Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland

Gigantische Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden

Generation seit 1998, 20 Jahre bitteres Unrecht

Anspruch des Opfers auf angemessene Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14)

Anspruch des Opfers auf öffentliche Rehabilitierung und Schadenersatz beim Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)

Eskalation politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer

Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten Sippenzerschlagung mit

Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der deutschen Heimat,

psychische Zerschlagung mit Freiheitsberaubung und kapitalen

Vermögensschäden

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>

Scroll down after link (page 243)

Schriftsatz vom 31.Juli 2018 mit Erinnerung an Umsetzung von angemessener Rehabilitierung, Schadenersatz und professionellem Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen für digitale Evolution mit zweitem Schreiben an den Bundespräsidenten

112. Persönliche Beziehung und politische Verantwortung des

Bundespräsidenten zum Lebenswerk des Zerschlagungsopfers mit

ausführlicher Darstellung im

ersten und zweiten Anschreiben an den Bundespräsidenten

Bis heute: Unerträgliche Mauer des Schweigens zu
bundesweiter politisch motivierter Sippenzerschlagung
> unter Beteiligung des beklagten öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit
bundesweiter Interessenslage (Zerschlagung 3),
> unter Beteiligung der bayerischen Staatsregierung
(Zerschlagung 2)
> unter Gesamt-Verantwortung der beklagten Bundesregierung
(Zerschlagung 1)
mit Steuerung durch angewiesene, bundesweit tätige Staatsanwaltschaften
113. Auch Bundespräsident und Bundesverfassungsgericht sind informiert:
Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen mit wiederholter
Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Deckmantel von
Erzwingungshaft
> unter Verantwortung einer skrupellosen Staatsanwaltschaft,
verantwortlich für die Umsetzung politisch motivierter Zerschlagungen mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zur bundesweiten
Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens, Zerschlagung der
deutschen Heimat, mit kapitalen Vermögensschäden
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Zerschlagungsopfers mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution,
für Deutschland und Europa
> > <http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-0.pdf>
Scroll down after link (page 285)